Antifaschistisches INFO BLATT 32

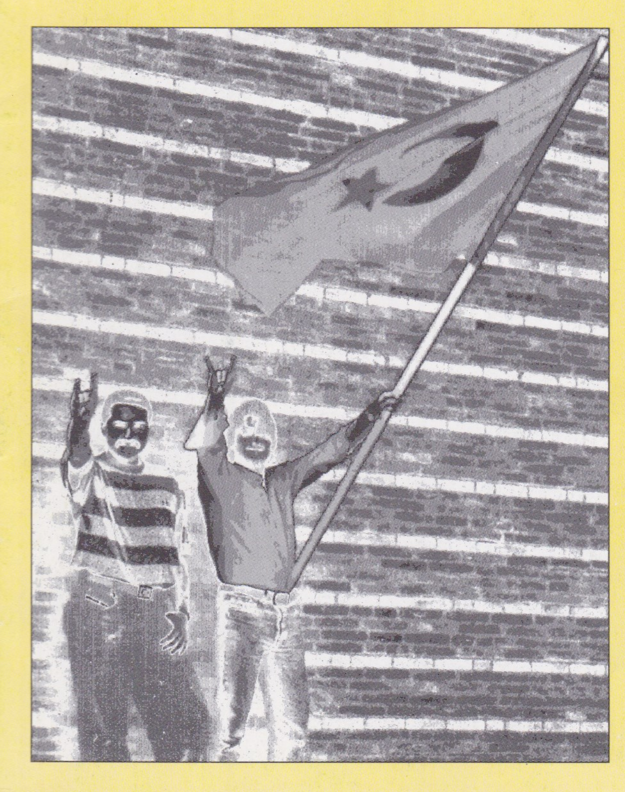
Nov./Dezember 1995 5,– DM

„Innere Sicherheit": Big Brother is watching you

Graue Wölfe

Veganer auf dem rechten Weg?

Österreich: Prozeß, Bomben und Wahlen



4Xw60



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 32, November/Dezember 1995

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. Seiten 33/34)

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Adressen der internationalen Zeitschriften auf der Rückseite:
Demos Nyhedsbref; Postboks 1110; 1000 Kobenhavn K; Dänemark
Searchlight Magazin Ltd; 37 B New Cavendish Street; London W 1 M 8 J R; GB
Lotta Dura; Ammerlinghaus; Stiftgasse 8; A-1070 Wien; Innenumschlag: für H.Mader
monitor; Pb 4406 Nygardstangen; 5028 Bergen; Norwegen
Reflex, 21er Rue Voltaire; 75011 Paris; Frankreich
Carf; BM Box 8784; London W C 1 N 3 XX; GB
Expo; Box 1030; 11479 Stockholm; Schweden

»Es wechseln die Zeiten...«

»Fünf Jahre Deutschland sind Anlaß genug, Rückschau zu halten«, beginnen Leipziger Antifas die Beschreibung Ihrer Broschüre »Leipzig ganz rechts«. Dem können wir uns nur anschließen.

Die Nazistruktur präsentiert sich uns heute anders als zur Zeit der Wende und davor. Im Vergleich zu heute war sie damals relativ klein und wurde in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen, war aber auf dem aufsteigenden Ast. Mit dem Einzug der REPs ins Berliner Abgeordnetenhaus mit 7.5% im Jahre 1989 und dem Fall der Mauer im selben Jahr begann sich die Situation zu verschärfen. Die Ideen der wenigen Nazis aus dem Westen fielen gerade unter der Jugend des Ostens auf fruchtbaren Boden. Im Osten entstand eine Bewegung, die auch auf den Westen zurückwirkte. Die Nazis erhielten mehr Zulauf, als sie einbinden konnten.

Diesen Aufschwung als eigenen Verdienst der Nazis darzustellen, würde deren damalige Fähigkeiten überbewerten. Den Freiraum zur Rekrutierung erhielten sie von den Regierenden, ja von der ganzen politischen Klasse, die Sozialdemokratie eingeschlossen. Die Neonazis waren willkommen, um die Politik der Herrschenden zu flankieren, um die Wut der Bevölkerung von sich selbst abzulenken: Wenn Hunderttausenden der Arbeitsplatz zerschlagen wird, ihnen die Sozialleistungen zusammengestrichen werden, gibt es in demokratisch entwickelteren Ländern (z.B. in Frankreich) Aufstände. Das ist berechtigt und dort kein Staatsnotstand. Nicht so in Deutschland: Hier blieb der soziale Protest verhalten, die Wut wurde am vermeintlich Schwächeren und Fremden abgelassen. Die Flüchtlinge und ImmigrantInnen bezogen die Prügel, die sich Kohl, SPD, FDP und Co. redlich verdient hatten.

Unter Benutzung der Nazis wurde ein politisches Klima geschaffen, das zur Verschärfung eines Rechtsrucks geeignet war und ist. Dieser hält bis heute - wenn auch in verminderter Intensität - an. Zur Kultur der »demokratischen Mitte« zählen heute Wahlprogramme der CDU mit Inhalten, die in den Jahren davor nur die NPD und Republikaner vertraten. Das Parteienspektrum ist in seiner Gesamtheit nach rechts gerutscht, konservative und reaktionäre Werte und Positionen schlagen in fast allen gesellschaftlichen Ebenen durch, ohne daß sich politische Alternativen dagegen formieren würden (hingewiesen seien auf die Themen der Inneren Sicherheit, Sozialabbau, Abschiebungen, Kriegseinsätze etc.). Eine Umkehr dieses Trends ist nicht Sicht, er wird sich auch in der Ausgestaltung des vereinigten Europas niederschlagen. Mit den Auswirkungen dieses Rechtsrucks, der nicht auf Deutschland beschränkt ist, werden wir noch in Jahrzehnten zu tun haben.

Nachdem die neonazistischen Mordbuben ihre Schuldigkeit getan haben, werden sie von den Herrschenden fallengelassen - vorerst. Sie schaden der Durchsetzung der großen politischen Vorhaben mehr als sie nutzen - im Moment. Heute werden ihre Organisationen teilweise verboten. Vorgegaukelt wird, daß das Problem damit behoben sei. Das ist mitnichten so. Rassistische Angriffe haben sich auf hohem Niveau eingependelt, wenn sie auch nicht jene »Spitzenwerte« erreichen wie 1991-1993. Das relativ gut und straff organisierte Nazi-Netz, das im Hintergrund die Fäden zieht, wird von der Repression nur gestreift. Die Art und Weise, wie die Parteiverbote umgesetzt werden, läßt den Schluß zu, daß die Szene zwar einen Dämpfer erhalten soll, nicht aber ganz zerschlagen. Man könnte sie ja noch mal brauchen.

Wir halten es angesichts der gegebenen Situation für wichtig, unseren Blick mehr auf das machtpolitische Zentrum der Gesellschaft zu richten. Die politisch fatalen Entwicklungen gehen von dort aus (z.B. Europapolitik, Großmachtstreben, Kriegseinsätze). Das soll natürlich nicht heißen, von den Nazis abzulassen. Wir müssen sicherstellen, daß sie weiter beobachtet werden und ihnen Widerstand entgegengesetzt wird.

Konservative und Neofaschisten haben sicherlich viele Unterschiede, diese Spektren haben sich aber in den letzten Jahren angenähert. In dieser Annäherung liegt eine Gefahr, die wachsam beobachtet werden muß. Eine Aufgabe antifaschistischer Politik ist es, zu verhindern, daß diese beiden Spektren sich zusammenschließen, denn das war Anfang der 30er Jahre die Basis für den Hitler-Staat.

Daß uns nicht alleine das ausmacht, wogegen wir sind, sondern für was wir eintreten ist eine Selbstverständlichkeit. An diesen Positionen mangelt es gerade in der Linken. Die Linke befindet sich in einer Krise und wird sich nicht weiterentwickeln, wenn wir nicht heute daran gehen, Fehler zu analysieren, neue Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Auch die Antifa droht in eine Sackgasse zu laufen, wenn sie nur den Nazis hinterherläuft.

Viele Strukturen der Linken befinden sich seit einiger Zeit in Auflösung. Wir befinden uns in einer Phase, wo deutlich wird, daß diese Linke durch einen Konsens von früher zusammengehalten ist, der heute nichts mehr gilt. Viele Linke sind einfach stehengeblieben, igeln sich in ihren eigenen Realitäten ein und verfahren nach dem Motto »jeder hat seine Welt, doch meine ist die richtige« - so ein Teil der Autonomen, wie die Mehrheit der Gesellschaft auch. Die Moralapostel, wie Günther Grass oder Teile der Antinationalen, werden nicht müde, die deutsche Vereinigung zu beweinen und trauern vor allem den eigenen nicht eingelösten Ansprüchen und Träumen nach. Vernachlässigen wollen wir hier diejenigen, die es vorziehen nicht allzu tiefgründig nachzudenken und uralte Sozialismuskonzepte hochleben lassen, als ob der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten keine inneren Gründe gehabt hätte und er bei dieser Starrheit nicht zwangsläufig gewesen war. Und wir...?

Wir sind noch recht lebendig, wissen wie viele andere auch vor allem, was wir nicht wollen und fangen an, uns mehr Gedanken um das zu machen, was wir nicht wissen. Auch wenn klar ist, daß wir in der nächsten Zeit nicht gerade einen neuen linken Aufschwung erleben werden, gibt es doch genug Sinnvolles zu tun. Dazu gehören Diskussionen, die momentan öffentlich kaum geführt werden. Die kritische Sichtung der gemachten Erfahrungen stände da an wichtiger Stelle. Es gilt abzuwägen was bewahrenswert ist und von was wir uns trennen sollten. Wichtig wäre die Entwicklung eines langfristigen Verständnis von Strategie und Taktik, das geeignet ist, die Gesellschaft zu verändern, Schritt für Schritt für eine Welt ohne Kriege, eine Welt der gegenseitigen Achtung, eine Welt, in der die Reichtümer der Erde, der Mehrheit der Menschen zugute kommt. Dazu ist vor allem die Weitergabe von Erfahrungen an die Jüngeren wichtig. Denn: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist lediglich übriggeblieben. ■

Der Aus- und Umbau der »Inneren Sicherheit«:

Big Brother is watching you

»*Keine Nischen kontrollfreier Kommunikation für Verbrecher*« forderte Innenminister KANTHER (CDU). Damit machte er das Ziel der Innenpolitik der letzten und wohl auch der kommenden Jahre deutlich: Kontrolle überall. Im Duett mit dem eiskalten Strategen SCHÄUBLE, der Ostdeutschland hin und wieder als »Mitteldeutschland« bezeichnet und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren fordert, treibt der Ziehsohn ALFRED DREGGERS den Ausbau des starken bis autoritären Staates weiter voran. Nicht genug mit dem fortgesetzten Abbau demokratischer Rechte und die Revidierung erkämpfter Freiheiten seit der »geistig-moralischen Wende« von 1982.

Nein, zusätzlich haben wir es mit einer neuen Qualität der Sicherheitspolitik im Inneren zu tun, die untrennbar mit der neuen Rolle Deutschlands in Europa und der Welt und damit der neuen deutschen Außenpolitik verbunden ist.

Der Begriff »Innere Sicherheit« im heutigen Sinn taucht zum ersten Mal 1972auf: im von der Innenministerkonferenz verabschiedeten »Programm Innere Sicherheit«f, das den Um- und Ausbau von Polizei und Nachrichtendiensten einleitete. Dies war die staatliche Antwort auf die StudentInnenbewegung und die daraus entstehenden politischen Entwicklungen. Im Zuge der Terroristenhatz der 70er und 80er wurde der Apparat der Exekutive ausgebaut. Das begann damit, daß der Bundesgrenzschutz (BGS) erheblich aufgestockt, Befugnisse erweitert wurden und ging bis zum Ausbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zur überdimensionalen Superbehörde.

Hinzu kam die Unterzeichnung der Verträge von Schengen im Juni 1985, die von Deutschland entscheidend vorangetrieben wurden. Parallel zur Öffnung der inneren Grenzen und dem Ausbau der Festung Europas, wurde ein Sicherheitsrisiko heraufbeschworen, das durch den Wegfall der Grenzen entstehen würde und dem entgegengewirkt werden müsse.

Dann kamen Wende und Vereinigung. Die PolitikerInnen – und vor allem die rechten Machtstrategen der CDU – waren sich der politischen Bedeutung dieser historischen Ereignisse bewußt. Sie begannen, das vereinigte Deutschland auf einen neuen Kurs in Europa und der Welt zu bringen. Auf einmal war die Möglichkeit da, eine größere Rolle zu spielen als bisher. Man hatte die volle Souveränität wieder und wird nur noch gestört von den moralischen Bedenken einiger »Ewiggestriger« und einigen BeobachterInnen aus dem Ausland.

Doch um die – nun mögliche – stärkere Außenpolitik zu fahren, sind klare Verhältnisse im eigenen Land unabdingbar. Um den Staat zur »*Schutz- und Schicksalsgemeinschaft*«[1] zusammenzuschweißen, werden nach dem Motto »Einheit durch Abgrenzung« Randgruppen isoliert und zu »Feinden der Nation« gemacht (wir erinnern uns: »*Sozialbetrüger*«, »*Asylbetrüger*«, »*Zigarettenmafia*«...).

Gleichzeitig wird mit dieser Begründung das gesetzliche Instrumentarium geschaffen, gegen die Randgruppen und – im Falle eines Falles – gegen eine mögliche Gefährdung der »Inneren Sicherheit« vorzugehen.

Ein Kreislauf, der sich beliebig oft in Gang setzen läßt und den man an den großen Gesetzespaketen der letzten Jahre zum Ausbau der »Inneren Sicherheit« ablesen kann.

1992: »*Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität*« (OrgKG)

Der Durchsetzung des Gesetzespakets zur »Organisierten Kriminalität«, ging eine langwierige Kampagne voraus, die das Bedrohungsszenario »Organisierte Kriminalität« (OK) eindrucksvoll in die Schlagzeilen brachte. Damit wurde breiterer Widerstand gegen die Änderungen und Neuerungen, die mit dem Gesetzespaket im Strafgesetzbuch, dem Betäubungsmittelgesetz und der Strafprozeßordnung vorgenommen wurden, im Vorfeld verhindert.

Als OK definierte der Bundesrat: »...*eine vom Gewinnstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten durch mehrere Beteiligte (...), die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig*
- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftlicher Strukturen
- unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- unter dem Bemühen auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft Einfluß zu nehmen, zusammenwirken.«

Eine Beschreibung die, auch wenn sie sich »nur« auf die Delikte Drogenhandel, bandenmäßiger Diebstahl, Hehlerringe, Waffenhandel, Nachtgewerbskriminalität, Schutzgelderpressung und Staatsschutzdelikte beziehen soll, sehr allgemein formuliert ist. Entsprechend sieht das Gesetz dazu aus: Klare Definitionen fehlen, stattdessen wird mit Generalklauseln und allgemein formulierten Delikt- und Tätergruppen gearbeitet. Demnach können wir damit rechnen, daß die im OrgKG durchgesetzten Neuerungen,



wie z.B. beobachtende- und Rasterfahndung, bald auch gegen Linke eingesetzt werden. Doch in diesem Artikel soll es vorrangig darum gehen, wie das gesellschaftliche Klima dafür geschaffen wurde[2].

Im Falle des OrgKG konstruierten die Architekten der »Inneren Sicherheit« – nachdem die »terroristische« Bedrohung mehr oder weniger weggefallen ist – eine Mischung aus Organisierter Kriminalität und Ausländerkriminalität. Diese ruft das Gefühl einer nicht einzuschätzenden Bedrohung hervor, der die Polizei nicht mehr gewachsen sei. Hier gilt wie eh und jeh, daß nicht Fakten und belegbare Zahlen zählen, sondern an das Gefühl der Bürger appelliert und deren Manipulationsfähigkeit (z.B. durch Massenmedien) ausgenutzt wird. Ob Zahlen, wie *»seit 1991 Schaden von über 9,8 Milliarden DM«*[3] der Wirklichkeit entsprechen, spielt dabei keine Rolle mehr.

Mit ähnlichen Mitteln wurde 1993 das verstümmelte Asylrecht gesellschaftsfähig gemacht und ein Jahr darauf das

Verbrechensbekämpfungsgesetz von 1994

Dieses richtet sich ebenfalls gegen die OK und sieht z.B. die Einführung von Schnellprozessen vor, mit denen ein wichtiges Rechtsgut und BürgerInnenrecht (das aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus hervorging) eingeschränkt worden ist – der »gerechte« Strafprozeß.

Zentraler Punkt des Gesetzespakets ist die Beteiligung des BUNDESNACHRICHTENDIENSTES (BND) an der Bekämpfung der OK. Was der BND mit Hilfe des von ihm inszenierten Plutoniumschmuggels nicht geschafft hat, nämlich nach dem Ende des Kalten Krieges eine Existenzberechtigung für sich zu schaffen, wird nun gesetzlich festgelegt. Daß dies eine teilweise Aufhebung der Trennung von Polizei und Nachrichtendienst ist, scheint angesichts der »Bedrohung« durch die OK nicht mehr zu interessieren. Wer dennoch BürgerInnenrechte und Grundsätze von Demokrarie einfordert, dem wird »Kumpanei« mit Mafiabossen vorgeworfen.

Auch der VERFASSUNGSSCHUTZ (VS) hat mittlerweile seine Zuständigkeit in Sachen OK bekundet. Und so ermitteln die beiden Geheimdienste mit ihren wesentlich umfangreicheren Möglichkeiten munter und liefern den eigentlichen Strafverfolgungsbehörden ihre Ergebnisse zu allem, was sie als OK definieren. Wozu braucht man da noch eine gemeinsame Behörde aus Polizei und Geheimdienst (wie das Reichssicherheitshauptamt im Nationalsozialismus), die den demokratischen Anstrich unglaubwürdiger machen würde? Es klappt doch auch so (dies soll **keine** Gleichsetzung sein, sondern lediglich eine Tendenz verdeutlichen!).



Der Tonfa im Einsatz: die Kampfsportwaffe erreicht durch das Herumschleudern an einem senkrecht aufgesetzten Griff eine hohe Geschwindigkeit und verursacht so wesentlich schwerere Verletzungen als normmale Knüppel

»(...) Das Gleiche gilt für bestimmte bayerische Politiker und einen FDP-Ministern, die solchem Handeln nicht Einhalt gebieten, sondern statt deAssen ihren als Hausmacht verstandenden Seilschaften in Pullach, Wiesbaden und Köln unmittelbar und mittelbar zu verstehen geben, daß die Bundestagswahlen 1994 nur noch über das Thema Innere Sicherheit zu gewinnen sind. (...)

Wenn jedoch einem Dienst von politischer Seite Weisung erteilt wird, 'jetzt zügig das Thema Terrorismus nach vorne zu bringen', wenn dann weiterhin (...) von diesem Dienst und einer Behörde ein Einsatz organisiert und ausgeführt wird, gegen zwei Personen, die bereits seit über einem Jahr lückenloser Kontrolle unterliegen, und dieser Einsatz so abläuft, wie er ablief, machen sich Politiker und Staatsbedienstete mit jenen gemein, die sie zu bekämpfen vorgeben. (...)

Die schwarzen Personallisten bestimmter Dienststellen, in denen zahlreiche Medienmitarbeiter als verdeckte Gehaltsempfänger geführt sind (während die nicht zu kooperativem Handeln Bereiten überwacht werden), sind in den letzten sechs Jahren immer länger geworden. (...)«

aus einem anonymen Brief zweier leitender Beamter des Bundesinnenministeriums, erschienen in der Wochenzeitung »Freitag« im Juli 1993 (kurz nach Bad Kleinen)

Kleinkram?

Weniger Beachtung als die beiden angeführten Gesetzespakete fand der Entwurf für ein neues BKA-Gesetz vom Februar diesen Jahres. Dieser sieht die Stärkung der Position des BKA, die endgültige Unterordnung der Länderbehörden unter die Bundesbehörde und die Zuständigkeit des BKA für europäische Fragen vor. Dies würde bedeuten, daß entgegen dem föderalen Charakter, den in diesem Land die Polizeistruktur teilweise noch besitzt (ebenfalls eine Lehre aus dem Nationalsozialismus) eine Oberbehörde existieren würde.

Aber natürlich zeigt sich der Ausbau der »Inneren Sicherheit« nicht nur an den Monsterprojekten auf Bundesebene. In den letzten fünf Jahren sind mit den ähnlichen Begründungsszenarien nahezu alle Polizeigesetze der Länder verschärft und teilweise auf bayerischen Standard gebracht worden. (In Bayern existiert seit Jahrzehnten das repressivste und schärfste Landespolizeigesetz der BRD.) Extrembeispiel für diese Entwicklung ist Sachsen, wo die CDU alleine regiert.

Doch auch die SPD mischt mit. In diesem Jahr wurde ein neues Polizeiaufgabengesetz für das SPD-regierte Brandenburg verabschiedet. Im Entwurf waren Neuerungen von »verdeckten Ermittlern« bis hin zum »Großem Lauschangriff« und dem »Finalen Rettungsschuß« enthalten. Der zweiwöchige »Vorbeugegewahrsam« nach bayerischen Vorbild macht ebenfalls Schule.

Auch in der Praxis ist Bayern Vorreiter.

Mitte diesen Jahres wurde die gesamte bayerische Polizei mit einer ausgerüstet, die bisher Spezialeinheiten vorbehalten war: dem Tonfa (siehe Foto) – mit dazugehörigem 10-stündigem Trainingsprogramm.[4]

Natürlich zeigen sich die Folgen (des Ausbaus) des staatlichen Repressionssystems hin und wieder in der Öffentlichkeit, wie aktuell die rassistischen Polizeiübergriffe. Was einem wie Kleinkram vorkommt, läppert sich zusammen und ist Ausdruck und Ergebnis der herrschenden Politik. Daß momentan die rechtlichen Grauzonen verschärft ausgenutzt werden (z.B. Abnahme von einfachen Tüchern als Vermummung bei Vorkontrollen, Paragraph 129 (a) Verfahren gegen vermeintliche TerroristInnen in wesentlich größerer Zahl als früher und sechs Mal 24-Tage-Arrest für Totalverweigerer statt vier Mal wie früher) ist sicher kein Zufall.

Wie kommt's?

Auffallend ist, daß sämtliche Gesetzesverschärfungen und -neuerungen der letzten Jahre keinen nennenswerten Widerstand nach sich zogen. Das war nicht immer so. Mittlerweile haben es die Politstrategen um Schäuble und Kanther offensichtlich geschafft, mit geschickt lancierten Kampagnen das ihnen passende gesellschaftliche Klima zu schaffen. Bei den Menschen werden soziale Ängste geschürt und ein Gefühl der ständigen Bedrohung nach dem Motto »alles wird immer schlimmer« erzeugt. Dem kann sich niemand vollständig entziehen. Dadurch verändert sich die eigene Wahrnehmung und man beginnt seine subjektiven, beschränkten Eindrücke als »Realität« zu verallgemeinern. Erzeugte Vorurteile scheinen sich zu bestätigen. Dabei wird häufig eine Bedrohung gegen die herrschende Werteordnung zur

Verbrecher-Syndikate

COSA NOSTRA *USA* über 5.000 Mitglieder	**CAMORRA** *Neapel und Umgebung* ca. 5.000 Mitglieder
MEDELLIN-KARTELL *Kolumbien* ca. 15.000 Söldner	**N´DRANGHETA** *Kalabrien* ca. 5.100 Mitglieder
CALI-KARTELL *Kolumbien* ca. 80.000 Söldner	**YAKUZA** *Japan* ca. 90.000 Mitglieder
MAFIA *Sizilien* ca. 5.000 Mitglieder	**CHINA CONNECTION** *Honkong, China, Taiwan* ca. 50 Banden m. rund 300 000 Mitgl.
SACRA CORONA UNITÀ *Apulien* 1.000 bis 1.400 Mitglieder	**"ROTE MAFIA"** *ehem. Sowjetunion* ca. 5.000 Syndikate

so wird Stimmung gemacht (aus einem Informationsblatt der CDU)

Bedrohung gegen die BürgerInnen umgemünzt.

Ein beliebtes Mittel ist dabei das Herumjonglieren mit Statistiken. Diese gelten als seriös und sicher, sind aber in der Realität beliebig manipulierbar. Das Beispiel dafür ist die »POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK« (PKS), die die einzige dauerhaft verfügbare Datenerhebung zum Thema Kriminalität ist und dementsprechend oft in der Diskussion herangezogen wird.

Besonders Law-and-Order-Politiker wie Kanther und der Berliner Innensenator HECKELMANN (CDU) tun dies, um ihre Maßnahmen zu begründen. Leider sagen sie nie dazu, daß es sich bei der PKS um eine Tatverdächtigen- und nicht um eine Verurteiltenstatistik handelt. Ebenso wird verschwiegen, daß die Steigerungsrate von 17% bei Tötungsdelikten 1993, die sie so gerne anführen, darauf zurückzuführen ist, daß in diesem Jahr die Mauertoten aus 40 Jahren DDR dazugezählt wurden. Tatsächlich ist diese Steigerungsrate – wie auch die Kriminalität insgesamt – rückläufig. Doch wie soll man bei solchen Tendenzen Gesetzesverschärfungen durchsetzen?

> ***»Ein wirklich leistungsfähiger totalitärer Staat wäre ein Staat, in dem die allmächtige Exekutive politischer Machthaber und ihre Armee von Mangern eine Bevölkerung von Zwangsarbeitern beherrscht, die zu gar nichts gezwungen zu werden brauchen, weil sie ihre Sklaverei lieben«***
> Aldous Huxley, Schöne neue Welt

Einerseits waren und sind es die »Terroristen«, die als Thema für die staatliche Meinungsmache herhalten müssen. Nachdem die RAF angekündigt hatte, keine Anschläge mehr durchzuführen, und das eindeutige Feindbild weg war, wurden PKK und seit neuestem auch »radikal«, K.O.M.M.I.T.E.E. und »aiz« als neue Staatsfeinde Nr.1 ausgemacht.

Andererseits ist es in neuerer Zeit die OK, mit deren Hilfe die Bedrohung in Szene gesetzt wird. Beiden Themen ist eins gemeinsam: Es ist wenig bekannt über sie, Straftaten sind schwer nachzuweisen und so kann leicht ein kaum nachprüfbares Bild der Bedrohung erzeugt werden. Dadurch wird der Sicherheitsbegriff schwammiger, und was theoretisch als Schutz für den einzelnen Bürger gedacht war, wird in der Praxis zur Kontrolle: In jedem/r BürgerIn wird einE VerdächtigteR vermutet. Was in den 70ern als Kampf gegen den »Sympathisantensumpf« begann, ist heute die gerade ausgebaute »Rasterfahndung«. Hier wird aufgrund bestimmter Merkmale (z.B. Versicherungskarte) innerhalb der Gesellschaft ein Kreis möglicher Täter konstruiert. Ebenso bringt die wiedereingeführte Beobachtende Fahndung, bei der von Personengruppen heimlich Bewegungsbilder erstellt werden tausende Unbeteiligte ins Fadenkreuz der staatlichen Verfolgung.

Hier zeigt sich eine Entwicklung, die in den letzten Jahren immer deutlicher wird: Weg von der Verfolgung, hin zur Prävention. Damit wird die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden von dem Bereich der konkreten Straftaten und Gefahren in den Bereich der möglicherweise entstehenden Gefahren verlagert und somit in die Mitte der Gesellschaft: JedeR wird potentiell tatverdächtig.

Wie weiter?

Diese Entwicklung setzt sich auch in den weiteren, von Kanther geforderten, Verschärfungen des Straf- und Prozeßrechts fort. Unter dem Namen »*Offensive 2000*« forderte er bereits kurz nach Inkrafttreten des Verbrechensbekämpfungsgesetzes 94 ein weiteres. Er legte allerdings keinen Gesetzesentwurf vor und begründete dies damit, nur »*Handlungsbedarf*« aufzeigen zu wollen. In Wirklichkeit muß er erstmal warten, bis die harten Brocken, die gerade erst abgelehnt wurden, durchzukriegen sind. Dazu gehören unter anderem: Kronzeugenregelung bei der OK, Wiederholungsgefahr bei OK als Grund für U-Haft, der »Große Lauschangriff«, »milieubedingte Straftaten«, weitere Intensivierung der Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, ausgedehnte Verbote im Bereich des »*gewalttätigen politischen Extremismus*« sowie die Beweislastumkehr beim Verdacht der Geldwäsche.

Damit werden zentrale Grundrechte dieser Gesellschaft, wie die Unverletzlichkeit der Wohnung und die Lage der Beweislast bei der Anklage, abgeschafft bzw. eingeschränkt.

Angesichts dieser Fülle von umgesetzten und geplanten Verschärfungen im Bereich der »Inneren Sicherheit« muß man sich fragen, was passiert dort und warum?

Zum einen geht es um den Umbau der »Inneren Sicherheit«, zwecks Anpassung an die geänderte politische Situation nach dem Wegfall des Realsozialismus auf dem Weg

Ohne Worte



nach Europa. Die Einheit nach außen läßt sich nur erreichen durch das Zusammenschweißen der »Nation«. Zum anderen streben die beteiligten PolitikerInnen den präventiv kontrollierten Bürger an. Der Ausbau der »Inneren Sicherheit« beinhaltet den Abbau der Grund-, Menschen- und BürgerInnenrechte. Und so geht es eben auch »*präventiv*«[5] gegen die Linke.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste

Daß Repression niemals Kriminalität vollständig beseitigen kann, sondern daß dies nur eine Ursachenbekämpfung schaffen könnte, ist auch den Herren dort oben klar.[6] Die Polizei kann Einzelfälle aufklären, wobei nicht selten unbedeutende Randfiguren als Riesenerfolg verkauft werde; an den Strukturen ändert sie nichts.

So ist es die Vorliebe von Kanzler KOHL, Kriminalität als etwas Abstraktes, nicht zu verstehendes darzustellen: »*keine noch so gründliche soziologische oder psychologische Analyse* (kann) *die Realität des Bösen wirklich erfassen*«[7].

Daß dies Schwachfug ist, dürfte auch Helmut Kohl nicht übersehen haben. Natürlich gibt es nicht »das Böse«; Kriminalität ist die logische Folge aus einer Gesellschaft, die geprägt ist von Konsum, Konkurrenz und Egoismus, in der es Menschen mit viel und Menschen ganz ohne Geld gibt. Und natürlich haben die PolitikerInnen letztendlich auch kein Interesse, Kriminalität vollständig zu beseitigen. Wer weiß, wieviele Dinge à la U-Boot-Affäre, Celler Loch, Parteispendenskandal (alles OK nach ihrer Definition) da noch ans Licht kommen würden?

Neben den alten Mitteln von Integration und Repression soll die Prävention allgegenwärtig sein. Damit ist aber nicht eine Prävention gemeint, die Kriminalität **unnötig** machen soll, sondern eine, die sie **unmöglich** macht – Kontrolle eben. Es wird nicht an den Ursachen der Kriminalität gearbeitet, sondern es soll verhindert werden, daß das Symptom Kriminalität, welches zeigt, daß in dieser Gesellschaft vieles schief läuft, sichtbar wird.

Demokratie wird zur Makulatur, und genau da muß unser Ansatz für Widerstand und eine Politik gegen diese »Innere Sicherheit« liegen. Hier werden zentrale Grundwerte in Frage gestellt und darauf folgend abgeschafft. Dies Aufzudecken in Zusammenarbeit mit bürgerlichen und liberalen Kräften ist eine unserer Aufgaben.

Daß nicht alle mit dieser Entwicklung und dem Rechtsruck einverstanden sind zeigt nicht zuletzt die Rolle des Bundesverfassungsgerichtes, das bisher eine eher konservative Position eingenommen hatte. Nach Sitzblockaden-, »*Soldaten sind Mörder*«- und Kruzifixurteil muß dem Bundesverfassungsgericht doch ein gewisses demokratisches Gespür bescheinigt werden. Gleiches ist unserer Einschätzung nach bei liberalen Teilen der Bevölkerung vorhanden. Ziel muß es also sein, Öffentlichkeit zu schaffen, Bündnisse zu schließen und sich gemeinsam den Plänen der Herrschenden entgegenzustellen, um ein Europa der Kontrolle und Überwachung zu verhindern. Widerstand auf diesem Gebiet tut Not und muß dauerhafter Bestandteil der politischen Arbeit werden! ■



Anmerkungen:
1) Wolfgang Schäuble
2) Für eine genauere Beschreibung was mit dem Gesetzespaket durchgeführt wird, empfehlen wir die Zeitung der Roten Hilfe.
3) Deutsche Polizei, Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Nr. 7 Juli 1995
4) Junge Welt vom 29.7.95
5) Kanther am 13.6. zu der bundesweiten Durchsuchungswelle
6) Dazu nur eine Zahl: nach dem Geldwäschegesetz von '93 wurden '94 2738 Verfahren eingeleitet; es konnte allerdings nur bei 4% der »Verdacht der Geldwäsche konkretisiert werden« (Zitat: Kanther in der Berliner Zeitung vom 28.7.95)

Quellen und zum Weiterlesen:
- Europol – Die Bullen greifen nach den Sternen, Hamburg 1990, Hrsg.: Bürger kontrollieren die Polizei, CILIP, Straßenmedizin
- Bürgerrechte und Polizei, Cilip 48 Nr.2/1994 u.a., Berlin
- ZAG – Zeitung antirassistischer Gruppen, verschiedene Ausgaben
- Die Rote Hilfe – Zeitung der Roten Hilfe e.V., verschiedene Ausgaben

»Innere Sicherheit« in Europa: Deutschland setzt Standards

Bereits seit den 50er Jahren gibt es in Europa Zusammenarbeit in Sachen »Innere Sicherheit«.

Dabei haben sich im Laufe der Jahre zwei Ebenen herauskristallisiert: Im Rahmen der EG/EU existiert seit 1976 die gemeinsame Planungsinstanz TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violance International), der nun Schritt für Schritt die Aufgabe eines westeuropäischen Innenministeriums übertragen werden soll. Beschlußfassendes Gremium bei TREVI ist die Ebene der Innen- und JustizministerInnen. Dieser untergeordnet ist die der leitenden MinisterialbeamtInnen, die die einzelnen Arbeitsgruppen (siehe Grafik) anleitet.

Die Treffen der – unter der Ministerebene geheimgehaltenen – TREVI-Mitglieder entziehen sich jeglicher Kontrolle. Nicht mal EG-BeobachterInnen sind zugelassen. 1988 gab es auf allen Ebenen insgesamt 24 Treffen, Tendenz steigend.

Für die praktische Ebene im Rahmen der EU wurde am 26.Juli 95 die EUROPOL-Konvention unterzeichnet, die man als Satzung der europäischen Polizeibehörde bezeichnen kann. Europol wird sich neben seinem Steckenpferd »Rauschgift« unter anderem mit Nuklearschmuggel, Geldwäsche und illegaler Einwanderung beschäftigen. Mittelfristig ist eine Polizei-Datenbank nach Vorbild des Schengener Informationssystems (SIS) geplant.

Damit sind wir auch schon bei der zweiten europäischen Ebene: Schengen. Der Vertrag von Schengen sieht nicht nur eine Öffnung der Grenzen zwischen den beteiligten Staaten vor, sondern auch die Verhinderung eines dadurch angeblich entstehenden »Sicherheitsrisikos« mittels immer stärkerer Kontrolle und immer mehr Befugnissen für Polizei etc. Grenzüberschreitende Observationen, Datenaustausch zu präventiven Zwecken und kontrollierte Drogenlieferungen für Scheingeschäfte sind da nur Beispiele. Hinzu kommt die Abschottung Europas für Flüchtlinge, indem die Grenzen von innen nach außen verlegt werden und die Verschärfung zahlreicher Gesetze in allen beteiligten Ländern aufgrund der sogenannten »Harmonisierung« der Rechtslage. Das bedeutet, daß die anderen Schengenstaaten Deutschlands Hotelmeldepflicht übernehmen, daß Holland seine liberale Drogengesetzgebung aufgeben muß u.s.w. u.s.f. Ergebnis ist der massive Abbau von BürgerInnenrechten in allen beteiligten Ländern, sowie die fehlende Kontrolle neu entstehender Instanzen der Exekutive.

Innerhalb der Gemeinschaft der sieben Schengen-Staaten setzt Deutschland, als größtes Land in Europa, gemeinsam mit Frankreich die Maßstäbe. Schengen wiederum gilt als Pilot- und Vorbildprojekt für die gesamteuropäische Einigung. Dementsprechend ist es zu großen Teilen die deutsche Politik, die die Standards für das kommende Europa bestimmt. Dies ruft Besorgnis bei den sonst eher an die deutsche Politik angepassten Nachbarländern hervor und Innenminister Schäuble ließ sich '90 sogar dazu hinreißen, zum »*Verzicht auf Perfektionismus*« aufzurufen.

Hier entsteht ein unüberwachbarer Apparat europäischer Polizeiexekutive, der zwar nie das Verbrechen aus dieser Welt schaffen können wird, dafür aber den Abbau nationaler BürgerInnenrechte überflüssig und so manchen sozialen und politischen Kampf schwerer bis unmöglich machen wird. Bis dahin ist es allerdings noch ein Stück. Es ist also noch Zeit zum Widerstand...

Großmachtpolitik am Balkan

Bundesrepublik rüstet Kroatien hoch

»Die deutsche Außenpolitik ist mit der Souveränität Kroatiens und Sloweniens am Ziel, und Genschers Triumph vor seinem Abgang lag darin, an der Adria zwei Vorfeldstaaten deutscher Ordnungspolitik geschaffen zu haben«, schrieb der Rüstungs- und BND-Experte ERICH SCHMIDT-EENBOOM 1993. Die Einflußnahme läuft zu einem erheblichen Teil über die militärische Aufrüstung. Bruchstücke davon sind mittlerweile bekannt geworden. Das *Neue Deutschland* berichtete Ende September von den Recherchen eines österreichischen Luftfahrtjournalisten. So habe Kroatiens Luftwaffe noch vor zwei Jahren nur über ein paar unbewaffnete Sportflieger verfügt. Heute soll sie über 15, eventuell sogar 20 MiG 21-Kampfjets und einige Trainer dieses Typs verfügen. Den OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)-Zählern sind nur sechs MiGs mitgeteilt worden. Die Piloten weisen über 150 jährliche Flugstunden nach, wovon ihre Kollegen aus Polen oder Rußland nur träumen können. Doch woher stammen diese Mengen Kerosin?

Der Wiener Journalist stieß wiederholt auf deutsche Spuren. Auf dem militärischen Teil des Zagreber Flughafens traf er auf PKW mit deutschen Kennzeichen. Elekroverteilerkästen für Nachtbeleuchtung zierten deutsche Firmenschilder, Anlaß- und Kompressorwagen waren ebenfalls deutschen Ursprungs. *»Alles Anzeichen für eine intensive Kooperation,«* folgert der Wiener . Das Bonner Verteidigungsministerium streitet natürlich jegliche Lieferung ab. Da drängt sich die Frage auf, wo die ganzen MiGs, die die Bundeswehr von der NVA übernommen hat, geblieben sind. Der Wiener stellte einen Schwund von einem Dutzend Maschinen fest. Die Hardthöhe jedoch bleibt hartnäckig: Die MiG 21 in Kroatien kommen nicht aus deutschen Beständen

Die »bis«-Variante der MiGs flog in Zeiten der DDR nur das Jagdfliegergeschwader 8, der gesamte Bestand ging an die Bundeswehr. *»Die haben jeden Schraubschlüssel nachgezählt«*, zitiert das ND einen Techniker, *»alle Dokumentationen mußten wir abgeben.«* Dies verwundert ihn im nachhinein, denn die Maschinen sollten laut Vertrag zerstört werden. Aufschluß über die Herkunft der kroatischen MiGs könnten alte Techniker aus dem DDR-Geschwader geben, die »ihre« Maschinen wiedererkannt haben wollen. Die hätten nämlich einige Besonderheiten, wie z.B. nachträglich angeschweißte Haken, um in Eimern Öl auffangen zu können. Zudem sind die kroatischen Maschinen an den Stellen, die einst ein NVA- oder Bundeswehrwappen zu zieren pflegte, dick mit Tarnfarbe übermalt. Diese Übermalaktion ist ein Hinweis darauf, daß diese Maschinen schon von anderen Mächten genutzt worden waren.

Ein weiteres großes Fragezeichen gibt es bei der Herkunft der raketenstrotzenden Mi 24-Kampfhubschrauber, offiziell für die *»Verwundetenbergung«* der kroatischen Armee. *»Im mecklenburgischen Basepohl standen noch vor einem Jahr 45 der einst 52 'unverkäuflichen' NVA-Hornissen«*, schreibt das ND. Heute sind dort nur noch acht zu finden. Angeblich war Ungarn der Empfänger der verschwundenen Maschinen. Doch Ungarn soll nicht einmal das Geld haben, um seine eigenen Mi 24 fliegen zu lassen.

Und immer dabei – Heckler & Koch

Die Waffenstory läßt sich fortsetzen. Bevorzugte Gewehre der kroatischen Soldaten sind mittlerweile G 3-Gewehre und MP5-Maschinenpistolen aus dem Hause Heckler & Koch bzw. aus deren Lizenzproduktion.

SCHMIDT-EENBOOM beschreibt in seinem Buch über den BND einen Transport von Kriegsgeräten aus NVA- und sowjetischen Beständen im September 1991 aus Cottbus. Darunter waren AK-Hochleistungsgewehre, Munition und Fahrzeuge. Zielort nach Angaben der Bahnangestellten: die kroatische Hauptstadt Zagreb. Auch die MBB-Panzerfaust ARMBRUST hat ihren Weg nach Kroatien gefunden. Sie war in den 70ern von MBB mit Geldern des Verteidigungsministeriums entwickelt worden, fand jedoch bei Bundeswehr und BGS kein Interesse. Über die Vermarktungsfirma Unicorn International, Singapur, ging die ARMBRUST nach Kroatien.

Im Kriegsgebiet sind MP-5-Maschinenpistolen von Heckler & Koch mit Prägenummern entdeckt worden, die Schießprüfungen durch das Beschußamt Ulm belegen. Heckler & Kochs Erklärung: Die Läufe der Waffen seien mit Ausfuhrgenehmigung an Partner in Großbritannien gegangen.

Vor ihrer Auflösung verkauften die christlichen Milizen im Libanon ihre Waffen nach Slowenien (330 Millionen Dollar). Das Geschäft sollte über einen deutschen Waffenhändler vermittelt werden. Kein erstaunlicher Fakt, bestanden doch enge Konkakte zwischen den Brüdern GEMAYEL, den Führern der christlichen Milizen und FRANZ JOSEF STRAUß. SCHMIDT-EENBOOM nennt den deutschen Waffenhändler Mertins, mit seiner Firma MEREX langjähriger Waffenexportpartner des BND. MERTINS räumte ein, daß sich der BND bei ihm erkundigt hätte, wie Waffen nach Jugoslawien gebracht werden könnten.

Von den deutschen Behörden haben die Waffenschmuggler wenig zu befürchten. Das ND nennt den Fall der drei Waffenschieber, die die Staatsanwaltschaft im März festsetzte. Die hatten nachweislich 117 LKW-Ladungen Militärgüter nach ex-Jugoslawien gebracht – Wert ca. 15 Millionen DM. Die Haftbefehle waren schon bald wieder außer Kraft gesetzt. Bei den Waffengeschäften versucht sich der BND im Hintergrund zu halten. Seine Wühlarbeiten haben eine längere Tradition. In den 50er und 60ern war es die Unterstützung der faschistischen exilkroatischen Organisationen. Aber auch in Jugoslawien in den 80ern tat sich einiges. Als Beispiel nennt SCHMIDT-EENBOOM die Auszeichnung des Chefs des Journalistenverbandes mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse nach TUDJAMNS Sieg in Koratien. Begründung: Geheim! Auszeichnung auf Vorschlag des Außenministers Genscher, sein Nachfolger Kinkel war zu dieser Zeit Chef des BND.

Sechs osteuropäische Staaten hat die Bundesrepublik in das Programm der militärischen und polizeilichen Ausstattungshilfe für den Zeitraum 1992 bis 1994 neu aufgenommen worden. Und auch für die Wiederaufbauhilfe will die Bundesregierung Weichen stellen. Entwicklungshilfeminister Spranger hatte laut *Junge Welt* dem kroatischen Präsidenten Tudjman im März eine Beihilfe zum Wohnungsbau über 30 Millionen DM versprochen. Dies, obwohl Tudjman erklärt habe, das Geld für Siedlungen in der Krajina, damals noch serbisch kontrolliert, zu verwenden. Durch die ungleiche Entwicklung der beiden Teile Bosnien-Herzegowinas, des serbisch und des moslemisch-kroatischen Sektors, arbeitet die deutsche Regierung an einer Zementierung des Konflikts. ■

Quellen:
- ND 23./24.9.95
- Junge Welt 12.10.95
- Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase. Der BND, die unheimliche Macht im Staate Düsseldorf 1993.

Deutsche Waffen schon einmal im Einsatz auf dem Balkan: Wehrmachtssoldaten erschiessen und erhängen am 22. April '41 in Pancevo bei Belgrad willkürlich zusammengetriebene Menschen als Rache für einen Anschlag auf zwei SS-Männer



Burgdorf/Lehrte:

Anzeigenblatt gegen Antifas

Seit September 1989 erscheint in Burgdorf und Lehrte –in der Nähe Hannovers – ein kostenlos ausliegendes Anzeigenblatt. Diese »Zeitung« fiel durch stark rechtskonservative bis rechtsradikale Äußerungen des Redakteurs, PAUL RHODE, auf. Im August letzten Jahres sammelten Unbekannte den größten Teil der öffentlich ausliegenden Zeitung ein und stellte diese zerrissen, in Müllsäcke verpackt, den Anzeigenkunden vor die Tür. In einem beiliegenden Bekennerschreiben wurden die Inserenten über den rechtspopulistischen Inhalt der Zeitung informiert, mit der Bitte, keine weiteren Anzeigen aufzugeben.

Nach einer Strafanzeige des Herausgebers gegen Unbekannt wegen Diebstahls und Nötigung, schaltete sich der Staatsschutz ein. Mehrere mutmaßliche AntifaschistInnen wurden in der Folge vorgeladen. Zudem gab es einen Durchsuchungsbefehl für die Stadtsparkasse, wo die ermittelnden Beamten Videoaufnahmen mitnahmen. Sie hofften, darauf Personen beim Einsammeln der »Zeitung« wiederzuerkennen.

Der Herausgeber höchst selbst sammelte vor einem Jugendzentrum Müllsäcke ein und ließ deren Inhalt dem polizeilichen Staatsschutz zukommen. In der Dezemberausgabe 1994 setzte die »Zeitung« eine Belohnung von 100 Mark für jeden »ergriffenen und überführten Täter« aus, der beim »Stehlen« des kostenlosen Blattes erwischt wird. Unter der Überschrift »Linksradikale Antifa-Kids outen sich selber« veröffentlichte Paul Rhode steckbriefartig Fotos mit Namen und Adressen. Betroffene Personen wurden in dem Artikel mit Straftaten und Drogenkonsum in Verbindung gebracht.

Rhode verfügt über gute Kontakte zu CDU und FDP, die ihn in seinem Wahn unterstützen. Es soll sogar vorgekommen sein, daß LehrerInnen ihre SchülerInnen Rhode gegenüber denunzierten – ja sie auf Fotos »identifizierten«, auf denen sie nicht drauf waren.

Zum Schutz gegen diese diffamierende Kampagne hat sich breites Bündnis gebildet, in dem auch SPD und Kirchengemeinde vertreten sind. Gemeinsam soll nun etwas gegen die »Zeitung« unternommen werden.

Kontakt über:
Antifa Burgdorf/Lehrte
Mittelstraße 6, 31303 Burgdorf

Wie kriminell ist die Benutzung von *Kursivschrift* ?

Am 17.Juli dieses Jahres liefen kurz nach zehn Uhr vormittags Beamte des Staatsschutzesim Bonner Buchladen »Le Sabot« auf. Stolz präsentierten die zehn Polizisten einen Durchsuchungsbeschluß des Bonner Amtsgerichtes, ausgestellt elf Tage zuvor. Als Begründung galt ein Verfahren gegen »Unbekannt« wegen »Sachbeschädigung zum Nachteil der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg«. Seitens der Staatsgewalt vermutete mann, daß im Buchladen die Antifa Bonn/Rhein-Sieg über Räume verfüge, und in diesen Räumen erhofften die Ermittler Beweismaterial gegen »Unbekannt« aufzufinden.

Eben jenem »Unbekannt« wird zur Last gelegt, am 23.Juni 1995 sieben Fensterscheiben der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg zerstört zu haben. In der Stadthalle sollte eigentlich die Rüstungsmesse COPEX stattfinden, sie wurde allerdings wegen der zerstörten Fensterscheiben abgesagt, weswegen die Stadt eine Millionenklage des Pächters erwartet.

Gegen den organisierten Waffenhandel in Form einer Rüstungsmesse hatte sich in Bonn ein Bündnis gegründet, das sich zum Ziel gesetzt hatte, die Veranstaltung zu verhindern. Zumal der Leiter der COPEX ein gewisser KARL-HEINZ DISSBERGER sein soll. Bei Dissberger hob die Polizei 1980 ein umfangreiches Munitions- und Waffenlager aus, darunter sieben Handgranaten. Ferner fand die Polizei damals eine Einladung zu einer Wehrsportübung mit persönlicher Unterschrift des Nazi-Terroristen KARL-HEINZ HOFFMANN. Als Betreiber eines VERSAND-HANDELS FÜR MILITÄRISCHE FACHBÜCHER UND MILITÄRISCHE AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDE verschickte Dissberger, laut Polizei NPD-Sympathisant, unter anderem Pakete, aus denen Handgranaten herauskullerten, als sie auf dem Postweg versehentlich beschädigt wurden.

In Bonn will mann behördlicherseits nun die Antifa Bonn/Rhein-Sieg für die erfolgreiche Verhinderung der Waffenshow verantwortlich machen. Laut Amtsgerichtsbeschluß bestehe der »dringende Tatverdacht«, daß »Mitglieder der Antifa Bonn/Rhein-Sieg die Sachbeschädigung an der Stadthalle in Bonn-Bad Godesberg« begangen hätten. Der Beweis ist ganz simpel: Die Antifa-Gruppe habe eben nicht nur »offensiveStöraktionen als Mittel der Verhinderung« der COPEX propagiert, sondern auch »in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Anschlag« Plakate an der Halle angebracht – etwa eine Woche vorher nämlich. Und zuguterletzt hat das Gericht noch einen unwiderlegbaren Beweis zu bieten: »Schließlich weist das Bekennerschreiben hinsichtlich des Schriftbildes in ähnlicher Weise in Kursivschrift gedruckte Passagen auf, wie die Presseerklärung der Antifa« (*also Vorsicht: Künftig keine Kursivschrift benutzen!!*).

Damit hatte mann also die Begründung für die Durchsuchung bei der Antifa Bonn/Rhein-Sieg zusammengebastelt und kreuzte im Buchladen »Le Sabot« auf. Doch selbst wenn sich jener »Unbekannt« in den Reihen der örtlichen Antifa befunden hätte, wären die staatlichen Ermittler im Buchladen an falscher Stelle gewesen, denn »Le Sabot« ist lediglich die Postadresse der Gruppe.

Dessen ungeachtet nahmen die Beamten mit, was sie zu fassen bekamen: Sie nahmen einen Haufen ausliegender Materialien mit, vor allem Flugblätter des Bündnisses und Plakate der Antifa, etliche Disketten und die Festplatte des Buchladen-Computers wurden kopiert. Selbst Geschäftsunterlagen wurden von den eifrigen Staatsschützern entwendet. Ferner wurden einer Schreibmaschine und einem Drucker Schriftproben entnommen. Ob die fleißigen Gesetzeshüter dabei auch schon die gesuchte *Kursivschrift* entdeckt haben, ist bisher nicht bekannt.

Die Antifa Bonn/Rhein-Sieg sieht in der willkürlichen Durchsuchung den Versuch, »linke Strukturen wie die der Antifa Bonn/Rhein-Sieg und des Buchladens zu durchleuchten« und »die erfolgreiche Arbeit unserer Organisation in der Öffentlichkeit und bei den anderen Bündnisgruppen zu diskreditieren«. Der Buchladen erklärte, er werde sich »nicht davon abhalten lassen, durch unser Sortiment und unsere Öffentlichkeitsarbeit weiterhin die Inhalte linker Politik zu vermitteln«. ■

»Aussichten« für Zurückgeschobene

Einschätzungen zum Rückführungsabkommen Deutschland-Vietnam

Im Antifa-Infoblatt Nr. 25 und 29 berichteten wir über die Situation der VietnamesInnen in der BRD. Inzwischen ist das Rückführungsabkommen zwischen der BRD und Vietnam in Kraft getreten. Das folgende Interview wurde uns freundlicherweise von der Zeitschrift ZAG zur Verfügung gestellt.

ZAG: Am 23. Juli 1995 wurde das Rückführungsabkommen Deutschland-Vietnam unterschrieben, ab Oktober ist mit den ersten Abschiebungen zu rechnen. Für wen wird das Abkommen zuerst Folgen haben?

REISTROMMEL: Das Rückführungsabkommen betrifft nicht die Boat people und nicht diejenigen, die im Moment einen gültigen Aufenthalt besitzen. Es betrifft alle diejenigen, die keinen gültigen Aufenthalt mehr haben – wie abgelehnte Asylbewerber, Illegale oder Straftäter – oder aus einem gültigen Aufenthalt herausfallen wie Vertragsarbeiter.

Nach dem Abkommen wurde auch gesagt, es sollen vorrangig freiwillig Zurückkehrende berücksichtigt werden. Im Konsulat in Berlin liegen ca. 8 000 Anträge auf freiwillige Rückkehr vor. Die Ausländerbehörden bzw. die Asylaufnahmestellen (z.B. in Eisenhüttenstadt) haben allerdings diese Freiwilligkeitserklärungen zum Teil unter Zwang mit Inhaftnahme und mit der Androhung von Schlägen abgefordert .

Werden die Freiwilligen in das im Rückführungsabkommen vereinbarte Kontingent miteinbezogen?

Sie werden in das Kontingent gezählt, so daß – wenn die Freiwilligen zuerst berücksichtigt werden sollten – im Grund genommen schon die ersten zwei Kontingente mit 2500 (1995) und 5000 (1996) Rückführungen erfüllt sind.

Was hat es mit der Zwangsrückführung von Beschuldigten auf sich? Was sind in diesem Zusammenhang Beschuldigte?

Beschuldigte sind diejenigen, deren Verfahren wegen Geringfügigkeit oder nicht erwiesener Schuld eingestellt wurde, oder deren Strafsache sehr gering ist.

Dadurch ist die Quote für Abschiebungen nochmal ein großes Stück weiter runtergesetzt worden gegenüber dem Ausländergesetz, wo man zu 180 Tagessätzen verurteilt sein mußte.

Hat sich an der Kriminalisierung von VietnamesInnen seit der Unterschrift unter das Rückführungsabkommen was geändert?

Die Polizei führt schon jetzt auf der Straße vermehrt Personalkontrollen an Vietnamesen durch. Die Behörden haben schon vorher angefangen, Grenzübertrittsbescheinigungen einzuziehen und den Vietnamesen ein Schreiben auszuhändigen, daß sie in Gewahrsam genommen werden können, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Damit werden sie nochmal kriminalisiert, auch wenn sie nicht ausreisen können, weil es ja Kontingente gibt.

Du hast kürzlich selbst Vietnam besucht und dir ein Bild von der politischen und wirtschaftlichen Situation gemacht: Was erwartet die Rückkehrer?

Die ersten Erfahrungen haben wir schon mit den 45 000 Zurückgekehrten von 1990/91, und da haben die wenigsten Arbeit gefunden, weil es keine Arbeit gibt. Die Investitionen finden im Süden statt, während die Vietnamesen hier aus dem Norden kommen. Es kommt noch dazu, daß das vietnamesische Gesetzbuch auch mit der Zusicherung an den deutschen Außenminister, daß es keine Strafverfolgung wegen unerlaubter Ausreise gibt, trotz allem noch gültig ist. Inwieweit es zu strafrechtlichen Verfolgungen kommt, das ist sehr unterschiedlich und hängt von Beziehungen und Geld zum Bestechen ab und davon, wo man wohnt. Je nachdem, ob es bei Vaterlandsverrat bleibt, oder ob noch andere Paragraphen dazukommen, erwarten einen Rückkehrer Strafen zwischen einem halben Jahr bis 20 Jahre. Es sind auch Deserteure und Wehrdienstverweigerer hier, diese Leute spielen in dem Abkommen keine Rolle. Es gibt keine Zusicherung, daß sie nicht abgeschoben werden.

Aber wenn Vietnam die Leute nicht will, warum hat Vietnam das Abkommen unterschrieben?

Vietnam ist seit Anfang des Jahres von Deutschland unter Druck gesetzt worden. Andererseits braucht Vietnam Investitionen, um die ökonomische Lage im Land in den Griff zu bekommen.

Sind Frauen von den Zwangsrückführungen anders betroffen als Männer?

Alleinstehende Frauen mit Kindern sind mit Sicherheit stark betroffen. Die Situation von Frauen in Vietnam ist in etwa identisch mit der unserer Großmütter in Deutschland. Eine Frau, die sich in unseren Augen noch nicht emanzipiert hat, aber eventuell ein uneheliches Kind hat, wird von ihrer Familie nicht mehr akzeptiert. Ich habe in Vietnam keinen Mann betteln gesehen, aber viele Frauen mit Kindern.

Wie ist eure Reaktion auf das Rückführungsabkommen?

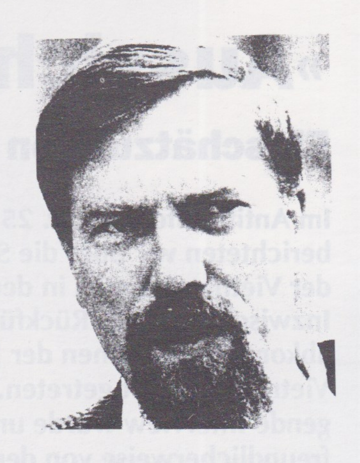
Wir sind ziemlich resigniert, weil wir immer gehofft haben, daß die vietnamesische Seite sich solange wie möglich aus diesem Abkommen zurückhält. Zumal wir versucht haben, ihnen klar zu machen, was das für die hier lebenden Vietnamesen bedeutet. Im April die Schießerei und Vietnamesenjagd in Chemnitz, die Schießerei in Berlin, die Übergriffe im Wohnheim, das wird alles schlimmer nach der Unterschrift Vietnams. Dafür gibt es ein Almosen von 100 Millionen Mark von deutscher Seite.

Wie sieht die konkrete Arbeit von Reistrommel jetzt aus?

Wir machen Aufklärung. Wir haben das Abkommen kommentiert, um verständlich zu erklären, was es bedeutet. Es wird übersetzt und verteilt, damit die Betroffenen ihre Situation selbst überblicken können. Dann machen wir weiter Druck bei der Anerkennung der DDR Arbeits- und Aufenthaltszeiten für die Vertragsarbeiter. Wir fordern die Schaffung eines wirklichen Aufenthaltsrechts und noch mal eine Amnestieregelung für kleine Strafsachen und eine Altfallregelung. Wir versuchen, daß Härtefälle anerkannt werden, wenn die Leute schwer erkrankt sind und dort nicht versorgt werden können. Wir versuchen, uns schützend vor Familien zu stellen, die auseinandergerissen werden sollen. ■

Rieger flieht nach Schweden?

In der letzten Ausgabe konnten wir es nur noch als Kurzmeldung verbuchen, jetzt kommt Genaueres nach: Am 30.August wurde der Anwalt und hochrangige Nazikader JÜRGEN RIEGER in Hamburg verhauen. Offensichtlich waren es AntifaschistInnen, die den langjährigen Nazi nach der Verhandlung gegen die Betreiber des Hamburger NATIONALEN INFOTELEFONS (NIT), ANDRE GOERTZ und JENS SIEFERT, abfingen. RIEGER kam dabei sein Koffer mit Prozeßunterlagen abhanden.



Was die Medien als *»krankenhausreif geschlagen«* und das faschistische Monatsblatt NATION UND EUROPA als auf der *»Intensivstation (...) mit knapper Not das Leben gerettet«* bezeichneten, war eigentlich harmlos: RIEGER wurde noch am selben Tag nach ambulanter Behandlung mit ein paar Schürfwunden entlassen.

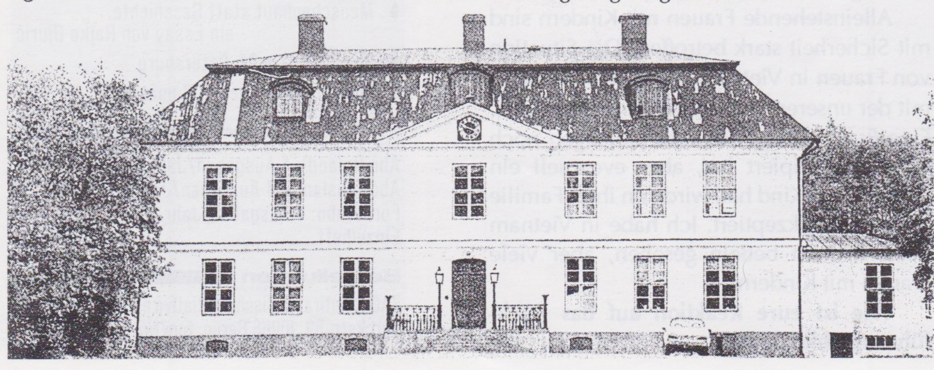
Nicht am selben Tag entlassen wurde hingegen ein 21jähriger iranischer Student, der kurz nach der Tat als angeblicher Tatbeteiligter festgenommen wurde. Vorgeworfen wurde ihm Körperverletzung und Schwerer Raub. Der Schwere Raub wurde jedoch fallengelassen und der Beschuldigte aus der Untersuchungs-Haft entlassen, nachdem der Koffer wieder aufgetaucht war. Der Haftrichter hatte die U-Haft damit begründet, daß an der später veröffentlichten Pressemitteilung zu erkennen sei, daß die Tat geplant gewesen wäre. Einen weiteren angeblichen Tatbeteiligten suchen die Bullen noch.

Rieger wird wohl durch die Aktion in seinem Entschluß bestärkt worden sein, in Schweden zu *»siedeln«*, um dort ein *»Leben nach eigener Art«* (?!) zu führen. So verkündete er, von den kommunistischen Chaoten genug zu haben und nun endgültig seine deutsche Enklave in Schweden zu gründen. Bereits in der Februarausgabe von NATION UND EUROPA (NE) hatte RIEGER inseriert, daß er *»junge deutsche Familien«* sucht, die mit ihm auswandern – wahrscheinlich bis heute vergeblich.Bei dem Gut, von dem in der NE-Anzeige die Rede ist, handelt es sich um die Sveneby-Säteri bei Mariestad (545 00 Töreboda, Tel.: 0506-200 19). Rieger hat es laut *taz* mittlerweile erstanden, und zwar für saftige 3,4 Millionen DM. Laut *FOCUS* ist er bei der zentralen Meldebehörde als Immobilienbesitzer registriert und besitzt bereits ein Konto bei einer Bank in Växjö. Einen Schützenpanzer hätte er ebenfalls schon auf das 650 Hektar große Gut gebracht.

Daß RIEGER sich wirklich aus der Politik zurückziehen wird, wie er angekündigte, ist angesichts seiner über 35jährigen Geschichte in der deutschen Naziszene nicht gerade glaubwürdig. Das NIT Berlin kündigte am 21.Oktober bereits an, daß Rieger den wegen Beleidigung vor Gericht stehenden verantwortlichen Redakteur der BERLIN-BRANDENBURGER-ZEITUNG (BBZ) der NATIONALEN, CHRISTIAN WENDT, verteidigen werde. Der Prozeß am 23./24.Januar 96 beim Amtsgericht Tiergarten verspricht nicht nur wegen Rieger und dem Zeugen Alwin Ziel (Innenminister Brandenburgs) spannend zu werden. Denn der langjährige Nazikader Wendt und die wichtige Struktur der Nationalen werden ihre Anhänger sicher nicht zu Hause lassen.

Und schließlich gibt es in Schweden eine Naziszene mit guten Kontakten nach Deutschland, die für Rieger sicher interessant ist. Jedenfalls versucht er sich in Schweden das Image eine politischen Flüchtlings zuzulegen. Gegenüber der schwedischen Abendzeitung EXPRESSEN betonte Rieger: *»Wenn die Linken in Deutschland erfahren, wo ich wohne, kommen sie her und brennen das Haus nieder«*.

Bleibt zu hoffen, daß die schwedischen BürgerInnen Rieger vertreiben, wie es MEINOLF SCHÖNBORN und THIES CHRISTOPHERSEN in Dänemark erlebt haben. Die Betroffenheit und Angst vor einem faschistischen Zentrum dort ist groß genug dafür. ■



Die Sveneby-säteri, deren neuer Besitzer Jürgen Rieger ist

Wir dokumentieren hier ein Interview mit autonomen AntifaschistInnen zur Aktion gegen Rieger. Erschienen in der Hamburger Regionalausgabe der taz vom 9./10. September 95.

Welchen Sinn und Zweck soll es gehabt haben, Rieger zu verprügeln?
Es ging konkret darum, Riegers Aktionsradius zumindest vorübergehend einzuschränken, auch weil er von staatlicher Seite bis jetzt relativ unbehelligt gelassen wurde. Wir haben gezeigt, daß auch ein hoher Nazi-Funktionär wie Rieger angreifbar ist. So eine Aktion hat Symbolfunktion.(...)

Nun dient solche Gewalt auch als Legitimation für Gegengewalt.
(...) Während Nazis bewußt Tote einkalkulieren, hat von uns niemand ein Interesse daran, einen Faschisten wie Rieger zu töten. Dieses Gerede von den siamesischen Zwillingen – Nazis auf der einen Seite, Autonome auf der anderen Seite –, die sich gegenseitig die Köpfe einbauen, während dem Staat eine neutrale, schlichtende Rolle zukommt, ist hanebüchen. Der Rieger ist doch kein Opfer, solche Rede zeugt von einer Verdrehung der Ursachen von Gewalt.
Im Gegensatz zu den Neo-Nazis problematisieren wir Gewalt und halten sie für überwindbar. (...).
In Gegenden, wo Antifas aktiv waren, wurde dem Nazitreiben Einhalt geboten.

Selbstjustiz statt Strafrecht?
Militanz ist nicht das Primat antifaschistischer Politik. Wir sprechen dem Staat jedoch die Legitimation für sein Gewaltmonopol ab. (...) es ist natürlich immer eine Gratwanderung zu entscheiden, welche Aktionsform am angemessensten ist. Wir sind uns sehr wohl über die Problematik eines solchen Vorgehens bewußt. Diese Aktion soll keinen Vorbildcharakter haben, sie kann andere Aktionsformen nur ergänzen. (...)

Schattenboxen

Prozeß wegen Fortführung der Nationalistischen Front

Meinolf Schönborn im Gespräch mit Heinrich-Jörn Schönlaub bei einem Treffen des Armanenordens

Nachdem mit Hilfe der rassistischen Anschläge und Pogrome von Rostock, Hoyerswerda und den Morden von Mölln und Solingen das Recht auf Asyl politisch abgeschafft war, hatte der rassistische Mob seine Funktion vorerst erfüllt. Nun gefährdete er das Ansehen der Republik, den Ruf des »Standort Deutschland«. Eine der ersten Organisationen, die Ende 1992 verboten wurden, war die Nationalistische Front. Seitdem wird sie unter anderem Namen weitergeführt, ein Umstand, den die Spatzen von Dächern pfeifen, den Innenminister leugnen und Richter ohne rechtes Auge nicht sehen wollen.

»Der Kampf wird immer härter«. Unter der Parole machten die alten Kader der NF unter Leitung des ehemaligen Bundesvorsitzenden Meinolf Schönborn weiter. Da dies auch die kritische Öffentlichkeit bemerkte, war die Staatsgewalt gezwungen Konsequenzen zu ziehen. Seit dem 7. September 1995 stehen der »Chef« und zwei seiner Parteisoldaten (Eckhard »Theo« Scholz und Stefan Pielert) vor dem Dortmunder Landgericht. Den Vorsitz hat der entzückende Richter Reichel. Ein berüchtigter Kunde, der zuvor bereits erfolgreich dafür gesorgt hatte, die Neonazis von der Gruppe Volkswille und der Nationalen Offensive ungeschoren davon kommen zu lassen. So läßt auch dieser Prozeß gegen eine neofaschistische Organisation, die sogar einen paramilitärischen Flügel unterhält, tief in den Verfolgungswillen des deutschen Rechtsstaates blicken.

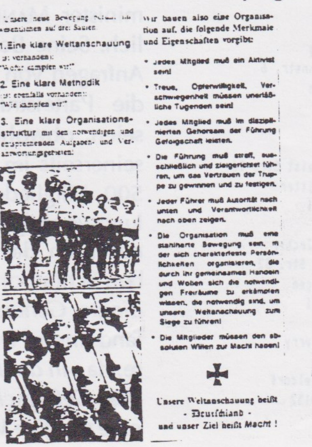
Alles sei rein privat oder rein geschäftlich, so lautet die Verteidigungsstrategie von Rechtsanwalt Eisenecker, dem Verteidiger Schönborns. Es geht um zwei Projekte: Einmal den »Bericht zur Lage«, in dem Schönborn verkündete: *»Ich bin nicht am Ende, sondern ich fang erst richtig an!«* oder *»Jetzt geht es wieder richtig los«* (das sei rein privat). Zum anderen ist der Aufbau eines sogenannten Propagandaverteilkreises (PVK) Gegenstand des Verfahrens. Unter Namen des PVK wurde der Verkauf und die Verschickung von Neonazi-Propagandamaterial in großer Stückzahl nach dem Parteiverbot fortgeführt. *»Von irgendwas muß mein Mandant ja leben«*, versuchte Eisenecker den »Chef« zu rechtfertigen. Der PVK sei eine rein geschäftliche Angelegenheit. Die Tatsache, daß die alte NF ebenfalls ihr Propagandamaterial verkaufte und nicht verschenkte, sich also nur der Name geändert hatte, findet vor dem heiligen Gericht keine Erwähnung. Der Staatsanwalt scheint nach dem Motto »Reden ist Silber, Schweigen ist Gold« zu verfahren. Er glänzt durch Inaktivität und Lustlosigkeit. Er scheint – wie der Richter – die Zeit auszusitzen. Denn sicherlich glaubt er den Aussagen des Staatsschutzes, nach denen die *»Strukturen der alten NF völlig zerschlagen«* seien. Mit diesem Attest können drei Seiten gut leben: Der Staatsschutz poliert seine miserable Bilanz und Inaktivität, denn nach neuesten Unterlagen zählen zu Schönborns Kreis ca. 830 Personen (siehe Infoblatt Nr. 31), der Staatsanwalt spart sich lästige Recherchearbeit, die notwendig wäre, das Gebilde aus Lügen zusammenbrechen zu lassen und Schönborn lacht sich ins Fäustchen.

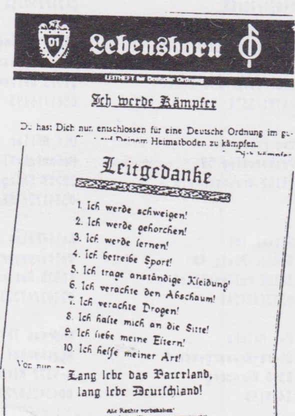
Von den Nazizeugen ist jedenfalls keine Aufklärung zu erwarten - sie verloren plötzlich das Gedächtnis und konnten sich an zuvor gemachte Aussagen nicht mehr erinnern. Entweder die Anklagepunkte waren bereits verjährt oder es fiel der von unserem Bundeskanzler geprägte Satz: »tut mir leid, daran kann ich mich nicht mehr erinnern.«

Geladen war auch Schönborns Berater, der Hamburger Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Er betonte, daß Schönborn alle Schritte nach dem Parteiverbot mit ihm abgestimmt hätte und er sie rechtlich für unbedenklich halte. Er erklärte, daß er nie Mitglied der NF gewesen sei, eine Aussage, die durch die Auswertung des Parteiarchives der NF bestätigt wurde. Rieger erklärte weiterhin, daß er nie auf einer Parteiveranstaltung der NF teilgenommen habe und das ist eine eindeutige Falschaussage: Er war Hauptredner des NF-Bundestreffens 1991 in Fulda, er verfaßte für die Organisation den berüchtigten 9-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung«, den Startschuß für die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock. Riegers tatsächlicher Einfluß auf die Organisation ist weitaus höher, als der eines normalen Vorstandsmitglieds. Denn Rieger ist ein alter Hase mit guten Kontakten zum Netzwerk der alten SS-Angehörigen. Er hat

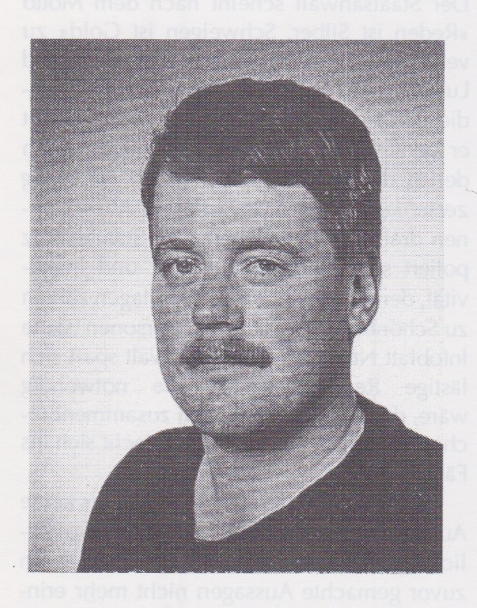
Publikationen der NF-Nachfolger 1995











Dennis Kuder aus Iserlohn (Oben) und Maik Gamisch aus Wolgast (Mitte) gehören zu Schönborns Gemeinschaft. Unten: Die Führungsmannschaft (Stand 15.11.1993)

Holger Steinbiss 1000 Berlin 030/8835685	Marko Warkentin Osnabrücker Str. 30 10589 Berlin 030/3451203	Marco O. Rätz Suermondtstr. 50 13053 Berlin	Heiko Ladinig Kennhauser Damm 159 13591 Berlin
Ulli Boldt Paul-Krause-Str. 1A 14129 Berlin 030/8037946	Andre Schmidt Ausbau 103 14624 Dallgow	Klaus-Dieter Rolf Liethberg 6 25524 Itzehoe 04821/73185	Jan-Peter Lipski Heinrich-Hertz-Str. 48 28211 Bremen 0421/230363
Thorsten Schibblock Vätjenstr. 122 28213 Bremen 0421/213400	Hans-Joachim Varnhorn/Fleßner Utbremer Str. 102 28217 Bremen 0421/33807651	Markus Lehmkuhl Johannesstr. 8 2860 Osterholz-Scha. 04791/5374	Sönke Hering Tile-Hagemannstr. 6 29525 Uelzen 0581/16493
Eckhard Scholz Quellenstr. 20 32758 Detmold	Egbert Böhmfeld Eduard-Windthorst-Str. 34 33604 Bielefeld 0521/287152	Uwe Preen Jasperallee 58 38102 Braunschweig	Ulf Müller Heinrich-Kleist Str. 26 38239 Salzgitter 05341/264861
Christian Ellermeyer Dörerstr. 14 38300 Wolfenbüttel 05331/62902	Matthias Kienitz Kendessener Str. 6 38300 Wolfenbüttel	Oliver Idl Grüner Platz 4A 38302 Wolfenbüttel 05331/74261	Ralf-Peter Zecher Volkardeyer Str. 32 40878 Ratingen 02102/473231
Dirk Pelster Hammstr. 20 4400 Münster 0251/524146	Stefan Pielert Am Bränchen 1 A 54550 Daun 06592/8582	Uwe Mainka Obere-Krämergasse 9 8500 Nürnberg 2419190	Andreas Thierry Agathenhof A-9322 Micheldorf 00434268/20152

Erfahrung, wie man in Deutschland eine Organisation so weiterführt, daß Verbote unterlaufen werden. Er kennt die deutsche Politik und Justiz und weiß, daß sie zufrieden sind, wenn auf die alten Reizsymbole und Namen verzichtet wird. Denn offiziell hat die NF ihren Namen zu den Akten gelegt - heute nennt sie sich »Die Gemeinschaft« und ihre Funktionäre sind heute »kulturell« tätig, wie der Schönborn-Anhänger und Bundeswehrrekrut MARKO WARKENTHIN aus Berlin vor Gericht bestätigte. Unter »Kultur« verstehen die Nazis z.B. die Gremien der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT oder der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN, die Treffen von Riegers ARTGEMEINSCHAFT oder seiner GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE, EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG. Der kulturelle Deckmantel macht's möglich.

Durch die nicht gerade glaubwürdigen Aussagen der Neonazis kann eine Fortführung der NF nicht bewiesen werden, das ist klar und wäre auch verwunderlich. Kaum beachtet werden dagegen die Aussagen von Leuten, die ein Interesse an der Wahrheitsfindung haben, da sie Betroffene sind. Mitglieder der »Detmolder Bürgerinitiative gegen ein Nazizentrum« berichteten über die zahlreichen Treffen, die im NF-Zentrum Detmold Pivitsheide nach dem Verbot stattgefunden haben. Sie berichteten auch von Angriffen aus dem Nazizentrum auf Mitglieder der BI, die vor dem Haus standen.

Völlig unverständlich bleibt warum die Unterlagen des Parteiarchivs der NF, die der grünen Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach zugespielt worden sind, keinen Eingang in den Prozeß finden. Durch diese Unterlagen lassen sich zumindest drei Tatsachen belegen:

1. Stefan Pielert betrieb den Klartext-Versand der NF nach dem Verbot weiter (2 Ordner mit Bestellzetteln von 93/94).

2. Kontoauszüge von 1993/94 belegen, daß der FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND (FJD), der nicht vom Parteiverbot betroffen ist, eine Tarnorganisation der NF nach wie vor ist und

3. befinden sich die Mitgliedslisten Schönborns mit Stand vom 15.11.1993 in den Unterlagen und dokumentieren die Fortführung der NF auf das Genaueste.

Doch Richter Reichel lehnte eine Einbeziehung der Dokumente ab und bezeichnete sie als »Mist«. »Mist« ist dafür schon der richtige Ausdruck, aber es ist brauner Mist und der ist so authentisch, daß das ganze Verfahren eine völlig andere Wendung nehmen müßte, würden diese Materialien zugelassen.

So zeichnet sich ab, daß bei diesem Prozeß nichts Wesentliches rauskommt. Werden Schönborn und Co. freigesprochen, wäre das ein Persilschein und eine höchstrichterliche Genehmigung seiner Organisationstätigkeiten. Dann geht es weiter mit der »braunen Gemeinschaft der Einzeltäter«. Der oberflächliche Teil der Journalistenriege (und der bezahlte) wird den Behörden nach dem Munde schreiben und bestätigen, daß alle Organisationen zerschlagen seien und somit keine Gefahr auszumachen sei, dann herrscht wieder Friede im Land. Wenn mal doch eine Wehrsportgruppe auffliegt (Gruppe ist ja dann ansich schon eine Vorverurteilung, lassen Sie uns sagen, »eine sich zufällig regelmäßig treffende Ansammlung von Waffennarren«), ist es nicht wesentlich, wenn sie zu Schönborns Netzwerk gehört. Zuletzt geschehen am 29. September in Ostwestfalen. Es war die WEHRSPORTGRUPPE WIEHENGEBIRGE um MANUEL K. HABERHAUER und PETER SCHOLZ. Razzien gab es auch in Lutterstadt Wittenberg, denn da kommt Scholz her und dort agiert die KAMERADSCHAFT WITTENBERG, die bereits vor einiger Zeit Gegenstand polizeilicher Ermittlungen war. Alle kriegsspielenden Nazis waren auf Schönborns Organsationslisten vertreten.

Aber wie überall stinkt der Fisch am Kopf, in diesem Fall ist es der Bundesinnenminister MANFRED KANTHER (CDU) persönlich. Seine Behörde betonte wiederholt auf Anfragen von Bündnis 90/Die Grünen, daß die Parteistrukturen der NF zerschlagen seien, obwohl der Bielefelder Staatsschutz seinerseits im Sommer '95 von bundesweit 500 Mitgliedern sprach. Mit viel Einfühlungsvermögen wertet das Bundesinnenministerium das im Organisationsrundschreiben Schönborns von 1995 verlangte *»unbedingte Gehorsamsprinzip«* (aus: »Deutschland unsere wichtigste Aufgabe«) als Folklore, da *»in der rechtsextremistischen Szene ... das Gefolgschafts- und Gehorsamsprinzip eine gängige Verhaltensregel«* sei. ■



Gary Lauck in Deutschland im Knast

Seit dem 5. September 95 sitzt GARY LAUCK, Leiter der NSDAP/AO, in Untersuchungshaft im Gefängnis Holstenglacis in Hamburg. Nachdem zwanzig Jahre immer wieder gegen Lauck ermittelt wurde, ließ ihn die Staatsanwaltschaft Hamburg auf Grund eines internationalen Haftbefehls am 20.3. in Greve/Dänemark, im Haus von JONNY HANSEN, Chef der DNSB (DÄNISCHE NATIONALSOZIALISTISCHE BEWEGUNG), festnehmen. Die Auslieferung Laucks ist von einem großen Presseecho begleitet worden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft jedoch blockierte die Herausgabe von konkreten Informationen über die Ermittlungen, lediglich die Straftatbestände der Ermittlungen wurden der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Diese sind die Paragraphen §86/§86a (Verbreitung verfassungswidriger Propaganda/Kennzeichen), §130 (Volksverhetzung), §131 (Gewaltdarstellung) und Ermittlungen nach §129 (Mitglied in einer kriminellen Vereinigung, wobei die Ermittlungen seltsamerweise nicht gegen andere Personen geführt werden). Ganz auf der Linie des Verfassungsschutzes und der Strafermittlungsbehörden soll mit der zu erwartenden Anklage versucht werden, Lauck als Chef einer Propagandaorganisation mit Namen NSDAP/AO zu verurteilen, deren einziger Zweck die Herstellung und Verbreitung nationalsozialistischen Schriften ist.

Der mißlungene Versuch von 150 Nazis für ihren neuen, selbsternannten Märtyrer Gary »Rex« Lauck zu marschieren, Roskilde im August '95.



Dies bestätigt die Pressestelle der Hamburger Staatsanwaltschaft, die von einem *»überwiegenden Urkundenprozeß«* spricht. Es soll hauptsächlich darum gehen, Lauck die direkte Herstellung nationasozialistischer Schriften und den Vertrieb dieser in die BRD nachzuweisen. Die eigentliche Struktur der NSDAP/AO, in der Lauck die Rolle des PR-Mannes erfüllt, die sich seit Anfang der siebziger Jahren hauptsächlich in der BRD und im benachbarten Ausland in illegalen Zellen organisiert, die mit allen Mitteln von öffentlichen Provokationen bis hin zu tödlichen Anschlägen versuchen, die NSDAP als legale Partei wieder durchzusetzen, ist von den Ermittlungen nicht betroffen. Von Anfang an war der BRD-Staat über den Verfassungsschutz an dieser Struktur beteiligt. Somit wundert es nicht, daß diese Struktur in der zu erwartenden Anklage keine Rolle spielt.

Bevor Lauck allerdings in die BRD ausgeliefert werden konnte, gab es ein sechsmonatiges juristisches Hick-Hack um die Auslieferung.

Lauck versuchte mit allen Mitteln, sich einer Auslieferung in die BRD zu widersetzen. Dänisches Recht erlaubt eine Auslieferung nur, wenn der zu Ausliefernde in Dänemark eine ebenso hohe Strafe zu erwarten hätte wie im Auslieferungsland. Da es in Dänemark kein NS-Verbot gibt, blieb die Ermittlung wegen Volksverhetzung und Gewaltdarstellung Auslieferungsgrund. In letzter Instanz war dem stattgegeben worden. Hiernach versuchte LAUCK noch den juristischen Schachzug des politischen und humanitären Asyls in Dänemark, hatte damit jedoch keinen Erfolg.

Antifaschistische Arbeit und Perspektive

Für den Prozeß gegen Lauck sind bisher zwei wesentliche Schwerpunkte herausgearbeitet worden. Einmal soll es darum gehen, LAUCK und seine KameradInnen die Möglichkeit zu nehmen, sich über diesen Prozeß öffentlich darzustellen, oder die Möglichkeiten so klein wie möglich zu halten. Das heißt sowohl, den Neonazis nicht den Raum zu lassen, Lauck als Opfer von was auch immer darzustellen, als auch ein Stelldichein von Neonazikadern in Zusammenhang mit dem Prozeß zu veroder behindern.

Zum Anderen wird jetzt schon und erst recht während des Prozesses die eigentliche Dimension der NSDAP/AO und die Funktion des Neonazis Lauck genauer beleuchtet und aufgezeigt. Wichtig wird hierbei sein, das Wechselspiel von faschistischer Mobilisierung und staatlicher Politik zu beschreiben.

Letztendlich denken wir, soll eine Verurteilung von Lauck in der Öffentlichkeit dazu dienen, deutlich zu machen, daß gegen Neonazis vorgegangen wird. Dies geschieht dann jedoch, ohne die eigentliche Struktur der Neonazis aufzuzeigen oder gar anzugreifen.

Inwieweit die oberflächliche juristische Vorgehensweise gegen Lauck dazu dienen soll, dem staatlichen Konstrukt von Rechts=Links weiter Vorschub zu leisten und welche Bedeutung dies für aktuelle 129/129a- Verfahren gegen antifaschistische und linke Projekte wie z.B. die Ermittlungen gegen die »radikal« haben kann, ist im Moment erst andiskutiert.

Mit dem Prozeß gegen Gary Lauck ist frühestens Ende des Jahres zu rechnen.

Dann werdet ihr wieder von uns hören.

AK »Lauck to hell« Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

■

Berlin

DIE NATIONALEN und REPs machen gemeinsame Sache

DIE NATIONALEN werden als Sammlungsorganisation für Kader verbotener Naziparteien und Möglichkeit zur legalen Arbeit in Berlin und Umland immer wichtiger. Nicht nur, daß dort mittlerweile Mitglieder der REPs, der DEUTSCHEN LIGA, der FAP, der NF und andere zusammenarbeiten. DIE NATIONALEN weiten auch ihre Strukturen in Brandenburg immer mehr aus und haben inzwischen eine eigene Jugendorganisation, das JUNGE NATIONALE SPEKTRUM (JNS).

Bei der Wahl am 22.Oktober in Berlin konnten DIE NATIONALEN jedoch nicht die für eine Landesliste nötigen Unterschriften zusammenkriegen und stellten deshalb nur zwei Direktkandidaten auf – MIKE PENKERT in Tiergarten und DETLEV CHOLEWA in Treptow. Beide hatten natürlich nicht den Hauch einer Chance. Cholewa ist Chef der KAMERADSCHAFT TREPTOW, die größtenteils aus der verbotenen FAP hervorgegangen ist.

Im Wahlkampf, den Die Nationalen fast nur in Tiergarten führten, ergab sich eine brisante Mischung, da sie mit den REPs eng zusammenarbeiteten. So traf sich jede Nacht ein Plakatiertrupp aus Nationalen, REP-Funktionär FRANK SEIFERT und anderen REPlern bei Mike Penkert in der Wilsnacker Str. 13 (Tel.:394 17 30), um von dort loszuziehen. Man beschränkte sich nicht nur auf Wahlkampfpropaganda, sondern nebenbei wurden der alternativen Dorotheenstädtischen Buchhandlung und dem Café Scheselong die Scheiben mit Naziplakaten zugekleistert. Offensichtlich eine Racheaktion für das Hausverbot, daß Penkert vom Café bekam, und dafür, daß in beiden Läden die Zeitung der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM) ausliegt. Der REP-Nazi Seifert hatte der Buchhandlung bereits einmal gedroht »er könne ja mit Freunden wiederkommen«, als man die Zeitung nicht aus der Auslage nehmen wollte.

Desweiteren fielen die REPler KIM KURLBAUM (Zitat: *»du schwule Judensau«*) und MICHAEL AULICH auf, als sie bei gemeinsamen Wahlständen von REPs und NATIONALEN das freundliche Gespräch mit Nazikader CHRISTIAN WENDT suchten, der verantwortlicher Redakteur der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG der Nationalen ist.



Christian Wendt (links) und Kim Kurlbaum im Gespräch

Frankfurt/Oder

Brandstifter beschuldigen sich gegenseitig

Seit dem 5. September 1995 wird erneut der Prozeß in Sachen »Dolgenbrodt« verhandelt. Das verschlafene brandenburgische Dörflein erlangte bundesweite Bekanntheit, als ruchbar wurde, daß dessen Bewohner Anfang November 1992 2.000 DM sammelten, um neofaschistische Brandstifter anzuheuern. Den guten Bürgern war das gerade fertiggestellte Asylbewerberheim ein Dorn im Auge und der Neonazi SILVIO JANKOWSKI aus Königs Wusterhausen wird in 2. Instanz beschuldigt, es angezündet zu haben (zuvor mußte er freigesprochen werden). Das Mitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT Jankowski beschuldigt seinerseits drei andere Neonazis der Tat. Es handelt sich um das ortsbekannte Trio MARCO SCHMIDT, RENATO PASCHKE und ERIC OTTO. Gegen die drei wird noch in anderer Sache ermittelt: Sie haben 1991 aus einem fahrenden Auto auf einen Hausbesetzer aus der linken Szene mit einem Kleinkalibergewehr geschossen. Die Ermittlungen sind längst abgeschlossen, doch das Verfahren liegt seit einigen Jahren bei der Staatsanwaltschaft Potsdam auf Eis.

Internationale ANTI-ANTIFA-Vernetzung

In Frankfurt/Oder sitzt das NATIONALE PRESSEARCHIV (NPA), das aus der Struktur der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT hervorgegangen ist. Seit geraumer Zeit ist das Projekt der Gruppe um DANNY SOWADE eifrig um Einigung der neofaschistischen Rechten bemüht, u.a. durch ihre Mitarbeit bei den Berlin-Brandenburger NATIONALEN (siehe Infoblatt Nr. 30). Jetzt gibt das Projekt einen eigenen Rundbrief mit dem phantasievollen Namen »NATIONALER BEOBACHTER« heraus. Das Heftchen ist an die *»Aktivisten- bzw. Skin-Szene«* gerichtet und soll auch über Aktivitäten dieser Kreise berichten und sie unterstützen. So ist der Rundbrief ein weiteres Projekt, um die von Parteiverboten geschädigte Szene beisammenzuhalten.

Das NPA sieht sich selbst auch als Projekt der ANTI-ANTIFA und dient als Ansprechpunkt für internationale Gruppen. Eine Anzeige des NPAs findet sich in der neuesten Ausgabe der schwedischen Zeitung »WERWOLF«, die Teil der internationalen Vernetzung der ANTI-ANTIFA-Gruppen ist. Sie druckte Listen von norwegischen AntifaschistInnen ab, die bei einer norwegischen Antifainitiative durch eine eingeschleuste Nazi-Spitzelfrau entwendet wurden. Den Erstabdruck der Listen besorgte das englische Pendant zur schwedischen »WERWOLF«, die Zeitung »REDWATCH«. Sie wird von der Gruppe COMBAT 18 herausgegeben. Die Gruppe richtete im Frühjahr diesen Jahres ein internationales ANTI-ANTIFA Treffen in England aus.

Hamburg

Parteizeitung der verbotenen FAP besteht weiter

Die Parteizeitung der FAP „»STANDARTE«, erscheint weiter unter dem Namen »DER STANDARD«, herausgegeben ANDRÉ GOERTZ (ehemaliger Hamburger Landesvorsitzender FAP und Leiter der Bundesgeschäftsstelle). Zwischendurch hieß das Blatt, das in einer

Auflage von 800 Stück erscheint, »Die neue Standarte«. Die Nummerierung der Ausgaben wurde trotz der Namensänderungen fortgesetzt. Laut »blick nach rechts« wird die Zeitung in Tschechien gedruckt.

In der kürzlich erschienenen Ausgabe 13 propagieren die MacherInnen, was sie selber mit ihrer Zeitung umsetzen: »*Nur die totale Vernetzung in autonomen Gruppen (...) ist ein wirksames Mittel gegen die Repression*«.

Diese Vernetzung wird vorangetrieben und findet ihren Ausdruck auch in dem erweiterten Herausgeberkreis der Zeitung »Einheit und Kampf«.

Die Zeitung der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten wird vom ihrem Vorsitzenden Holger Apfel herausgegeben, ihm assistieren seit neuestem André Goertz und Steffen Hupka aus Quedlinburg. Hupka ist Exponent der NF-Nachfolgeorganisation Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA).

Nach den Parteiverboten organisieren sich die Neonazis in organisationsübergreifenden Projekten. Organisationsstreitereien spielen eine untergeordnete Rolle. Ein Teil der Struktur tritt mit legalen Projekten an die Öffentlichkeit, der andere Teil koordiniert die verdeckt arbeitenden Nazigruppen.

Koblenz

Prozeß wegen Fortführung der Deutschen Alternative

Seit dem 29. September wird vor dem Landgericht Koblenz gegen den ehemaligen Bundesvorsitzenden der 1992 verbotenen Deutschen Alternative (DA), Frank Hübner, und den heutigen Vorsitzenden der Deutschen Nationalisten, Michael Petri (23), sowie weitere 20 verhandelt. Sie werden beschuldigt, die DA nach dem Verbot weiterbetrieben zu haben.

Die Angeklagten waren nach dem Parteiverbot alle Bestandteil scheinbar unabhängiger Strukturen. Petri sowie der Mitangeklagte Sascha Chaves-Ramos leiteten die Partei Deutsche Nationalisten, deren Funktion in der Rekrutierung Jugendlicher liegt.

Der ehemalige stellvertretende DN-Vorsitzende (und Mitangeklagte) Ilias Casteas soll heute in Naumburg in Sachsen-Anhalt als Kopf des Arbeitskreises gegen politische Verfolgung fungieren, der Solidarität mit dem inhaftierten NSDAP/AO-Propagandachef Gary »Rex« Lauck fordert. Ebenfalls zu den Angeklagten gehören die Mitglieder der Aktionsfront nationalrevolutionärer Kameraden (aktiv in Baden-Württemberg) Manfred Huck, Christian Hehl und René Rodriguez.

Der ehemalige Bundesvorsitzende aus Cottbus, Frank Hübner, gesellte sich mittlerweile zu der Sammelpartei im Berlin-Brandenburgischen, den Nationalen.

Sachsen-Anhalt

Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten (JN)

Am 2./3. September fand ein bundesweiter »*Arbeitskongreß*« der JN statt, an dem sich nach eigenen Angaben 100 Nazis beteiligten. Neben Rechtsschulung und Frühsport stand die Verabschiedung des »*nationalen Jugendprogramms*«, das neben den JN-Thesepapieren als »*ideologisches Fundament*« dienen soll, auf dem Programm. Es sprachen Dr. Reinhold Oberlercher, der das »100-Punkte-Programm zur nationalen Notstandsregierung« verfaßt hat, der mittlerweile abgesetzte NPD-Chef Günther Deckert, der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel sowie Bruno Vogt.

Apfel zog eine positive Bilanz der letzten Jahre in Sachen Kaderbildung und Mitgliederzulauf, was er auf die aggressive Aktions- und Propagandarbeit zurückführte. Auch der Zusammenarbeit mit der Mutterpartei NPD bescheinigte er angesichts neuer Einflußmöglichkeiten der JN auf die NPD seit dem letzten Parteitag eine gute Zukunft.

Solingen

Urteil gesprochen

Im Prozeß gegen Markus Gartmann, Christian Buchholz, Christian Reher und Felix Köhnen wegen Ermordung von fünf türkischen Frauen und Kindern in der Woche der Abschaffung des Asylrechts wurden Urteile zwischen 10 und 15 Jahren gesprochen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die vier die Tat ausgeführt haben; drei Verteidiger wollen Revision beantragen.

Daß die vier Verurteilten und ihre Tat kein einmaliges Phänomen sind, sondern das Extrem einer gesellschaftlichen Situation und eines Klimas, das von ganz anderen Leuten geschaffen wurde, blieb wie üblich ausgeblendet.

Anti-Antifa!

Aus der Post...

Sven Ruda
Brunnenstraße 141
10119 Berlin

Ausgewählter Rundbrief an Führungskameraden der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland und in der Ostmark!

Liebe Kameraden,

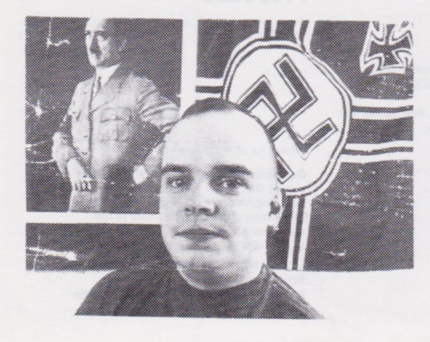
ich bitte euch vorab, den Inhalt dieses Schreibens vertraulich zu behandeln und das Blatt unverzüglich nach Kenntnisnahme zu vernichten.

Ich habe während meines Prozesses sowie in individuellen Gesprächen mit Kameraden meinen Rückzug aus der NS-Szene erklärt sowie meine Abschwörung von den Thesen des Nationalsozialismus.

Wer mich wirklich kennt - und das sind nur wenige Kameraden - der weiß, daß hinter dieser plötzlichen Kehrtwende, die ich öffentlich bekundete, etwas ganz anderes steht. Ich bin Mitte 1993 nach eingehenden Gesprächen mit der Führung der NL darüber eingekommen, daß ich mich verstärkt um die Anti-Antifa-Arbeit in Mitteldeutschland, insbesondere in Brandenburg kümmern werde. Ich genieße nach wie vor Rückendeckung von verschiedenen Führungskameraden der Bewegung. Leider ist man aber durch die uneinheitliche Strukturierung der AA-Gruppen, sowie die Auseinandersetzung mancher Führungspersonen untereinander, scheinbar unfähig, sich kanalisiert zu parteiübergreifenden Arbeiten zusammenzufinden. Ich möchte euch jedoch bitten, mir für meinen zukünftigen Weg, den ich für die NS-Bewegung gehe, Eure Unterstützung im Rahmen Eurer Möglichkeiten zu geben. Ich erwarte vor allem, daß man insbesondere seine untergebenen Kameraden auffordert mich nicht körperlich anzugreifen. Nach unten sollte sich weiterhin die "Aussteigerthese" durchsetzen. Mein Ziel ist es nach ca. einem Jahr gezielt in die linke Szene in Mitteldeutschland einzutauchen und somit an Insiderinformationen heranzukommen. Das Ergebnis wird wohl allen Kameraden - gleich welcher Organisation - hilfreich sein. Deshalb bitte ich um Eure Unterstützung. D.h. aber auch, daß Ihr mich bei eventuellen gemeinsamen Treffen als Linken diffamiert, um den Eindruck bei meinen "neuen Kameraden" der Echtheit zu erwecken. Ich arbeite z.Zt. an einer LEGALEN Anti- Antifazeitschrift, für die ich noch Informationen benötige. Zusendungen können aber auch weiterhin an Andre gerichtet werden. Bitte der Vermerk dabei, ob die Objekte nochmals geprüft werden müssen oder nicht. Ich bitte nochmals darum mich in diesem Fall zu unterstützen, um eine neue Dimension der feindlichen Abwehr, durch antikommunistischen Zersetzungspraktiken zu erlangen. In diesem Sinne verbleibe ich im voraus dankend.

Sven Ruda

Alles für Deutschland.



***Sven Ruda** kommt aus der Nationalen Alternative und war an deren Weg in die Bedeutungslosigkeit beteiligt. Dann gründete er den Kameradschaftsbund Deutschland in Frankfurt/Oder. 1993 wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren nach §129a geführt (das später eingestellt wurde), da er an einer Wehrsportgruppe beteiligt gewesen sein soll. 1994 wurde er zu einer Haftstrafe von über einem Jahr wegen Schändung des jüdischen Friedhofs in Müncheberg (Brandenburg.) verurteilt. Das Urteil wurde jedoch am 1.2.95 wegen eines Formfehlers aufgehoben und muß neu verhandelt werden. Am 7.2.95 wurde der selbstherrliche Nazi wegen Propagandadelikten zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Ob er im Knast sitzt ist unklar. Der Brief ist offensichtlich älteren Datums und die Adresse im Briefkopf nicht mehr aktuell.*

tierRECHTE

»*Ebensowenig erforscht ist die Frage, ob und inwieweit rechtsökologische Argumentationen die Attraktivität rechtsextremistischer Einstellungen gerade für Jugendliche erhöhen könnten*«, schreiben Thomas Jahn und Peter Wehling 1991.[1] Anhand aktueller Entwicklungen am Rand der Ökologie- und Tierschutzbewegung wollen wir zeigen, daß dort ein solcher Übergang heute in Ansätzen organisatorisch und ideologisch existiert und eben gerade jüngere Menschen darin selbstbestimmt und in Abgrenzung zu traditionellen rechtsextremen Gruppen gegen Abtreibung und für ein Leben nach naturgesetzlicher Ordnung eintreten. Da sie auch Gewalt für das Erreichen dieser Ziele nicht ausschließen, droht nach Amerika nun auch hier eine Bewegung militanter Lebensschützer.

Seit den 70er Jahren erfährt kaum eine politische Bewegung eine so kontinuierliche Zunahme an gesellschaftlicher Bedeutung wie der 'Umweltschutz'. Ging es zu dessen Beginn eher gegen regionale Großprojekte (z.B. den Bau von Flughäfen oder Kernkraftwerken), so können heutzutage schon einzelne international agierende Umweltschutzgruppen wie Greenpeace punktuell die Machtfrage gegenüber Regierungen oder Großkonzernen stellen. Dieser Erfolg liegt mit darin begründet, daß sich unter dem diffusen Begriff 'Umweltschutz' politisch gegensätzliche Strömungen zu einzelnen Aktionen verbinden können, da sich noch kein geschlossenes politisches Weltbild in dieser Bewegung festsetzen konnte. Doch das Interesse an solchen Entwürfen wächst parallel zum Erstarken dieser Bewegung und es erscheint durchaus als möglich, daß das noch stärker boomende New Age das massenwirksame Eingangstor für ein anti-emanzipatorisches, nach ökologischen Gesetzen ausgerichtetes Weltbild werden könnte. So schreibt Peter Kratz: »*Das materielle Ziel der angeblich neuen Spiritualität ist ein Angriff auf die große Mehrheit der Menschen. Bei näherem hinsehen erscheint die Naturreligiösität nur noch als Deckmantel dieses Angriffes. Im Visier erscheinen ethische Normen, soziale Errungenschaften, ja sogar das Lebensrecht des Individuums. Das gab es alles schon einmal als politische und gesellschaftliche Praxis, im historischen Faschismus. Die Unbelehrbahren, die immer wieder scheinbar neuen Ideologien nachrennen, statt sich an den Interessen der Menschen zu orientieren, leisten einer solchen gesellschaftlichen Praxis Vorschub, auch wenn sie für sich etwas anderes, ja sogar das Gegenteil, im Sinn haben mögen.*« [2]

Dabei kann durchaus auf ältere Ökologie-Konzepte der Rechten zurückgegriffen werden, denn von Anfang an reklamierten Rechtsradikale »*die geistigen Wurzeln der Ökologie- und Tierschutzbewegung*«[3] für sich. So war der WELTBUND ZUM SCHUTZ DES LEBENS, dessen Wurzeln im Nationalsozialismus liegen, eine der ersten Organisationen in der BRD, die gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie mit Begriffen wie 'Lebensschutz', 'Heimat', 'Natur' und 'Gesundheit' argumentierte. Von da an lassen sich bei fast allen rechtsradikalen Gruppierungen wenigstens Ansätze des Umweltschutzthemas wiederfinden:



gegensätzliche politische Strömungen arbeiten beim Thema 'Umweltschutz' zusammen, wie hier in Frankfurt/M.

»*Ökologie von rechts ist kein einheitlicher, in sich geschlossener theoretisch-ideologischer Entwurf; es lassen sich jedoch spezifische rechtsökologische Stereotypen ausmachen (...). Dazu gehören:*
- *eine grundlegende Naturalisierung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge;*
- *die These vom Verlust 'natürlicher Gleichgewichte' in der ökologischen Krise*
- *ein fundamentalistisches Verständnis des 'Lebensschutzes', insbesondere in der Frage des Schwangerschaftsabbruches;*
- *die Rede von der 'Entfremdung' des Menschen von Heimat, Volk und nationaler Kultur als Ursache ökologischer Zerstörungen;*
- *der Angriff auf den westlich-liberalistischen und östlich-kommunistischen 'Materialismus';*
- *der Ruf nach dem 'starken Staat' als dem Garanten des (ökologischen) Gemeinwohls;*
- *der Verweis auf die 'Überbevölkerung' der Bundesrepublik bzw. Deutschlands;*
- *die Behandlung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer als 'ökologisches Problem'.*«[4]

Dieser Ausdifferenzierung rechtsökologischer Argumentationsmuster muß unbedingt die antikapitalistische Kultur- und Technikkritik rechtsradikaler Jugendorganisationen bzw. »Nationalrevolutionären« hinzugefügt werden, weil dieser Ansatz mit traditionellen Mustern rechtsradikaler Ideologie (z.B. dem völkischen Rassismus) bricht, und sie auf einer anderen, scheinbar

Als Rand der Ökologie- und Tierschutzbewegung bezeichnen wir hier die Strukturen und Gruppen, die sich um die Themen 'Veganismus', 'Tierrechte' und 'Erdbefreiung' gebildet haben und sich dort von den entsprechenden bürgerlichen Organisationen, die im Tierschutz mit einem Verein in jeder Kleinstadt sehr stark vertreten sind, distanzieren. So beschreibt das VEGAN-INFO die seit 1879 existierende Spaltung der Szene in konservative und revolutionäre TierschützerInnen als wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Tierschutzbewegung. Als Hauptunterscheidungskriterien gelten dabei für die Praxis das Anwenden von 'Gewalt' (z.B. Tierbefreiung aus Versuchslaboren) und in der Theorie eine Ausdehnung der Analyse von Tierunterdrückung (d.h. nicht nur das Verhalten einzelner Menschen wird als tierfeindlich bezeichnet, sondern die gesamte Gesellschaftsstruktur, z.B. die Wissenschaft). Aktuell ist die Szene geprägt durch eine unüberschaubare Menge von Kleingruppen, die sich grob an den drei oben genannten Inhalten orientieren:

1. Veganismus: »*Vegan ist die Bezeichnung für eine Lebensweise, die die konsequente Form des Vegetarismus darstellt. (...) VeganerInnen lehnen den Konsum tierlicher Produkte ab.*« (Vegan-Info; Nr.6; S.2)
2. Tierrechte: Für die TierrechtlerInnen ist der 'Veganismus' nur eine Konsequenz aus der eigenen Theorie von der Unterdrückung der Tiere, die sich in der Praxis ansonsten noch gegen Zoo, Zirkus, Jagd etc. richtet (was natürlich in der veganen Szene auch nicht ausgeklammert wird, aber manchmal doch hinter Ernährungstips und Kochrezepten zurückbleibt).
3. Erdbefreiung: Erdbefreiung hat als jüngste Theorie den umfassendsten Anspruch, indem sie sowohl Veganismus als auch Tierrechte integriert und diesem dann noch die gesamte weitere Natur (also Pflanzen) hinzufügt.

Trotz dieser nach außen getragenen Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen verbindet die grundlegende Theorie vom Kampf gegen den 'Speziezismus' (d.h. die Unterdrückung der Spezies Tier durch die Spezies Mensch) alle drei Bereiche. So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß in den jeweiligen Zeitungen Bezug auf- und Werbung füreinander gemacht wird bzw. dieselben Philosophen (H.F.Kaplan) zu Wort kommen.





ökologisch-fortschrittlichen Ebene fortsetzt. Dies macht einen Zugang zu rechtsradikalem Gedankengut auch außerhalb der rechtsradikalen Szene, etwa am Rand der Ökologie- und Tierschutzbewegung, möglich.

Als selbsternannte 'Erdbefreier' machen mit HARDLINE und FRONTLINE zwei Gruppen auf sich aufmerksam, die offen gegen Abtreibung (*»Abtreibung ist kein 'Recht', genauso wenig wie Mord ein 'Recht' ist !«*[5]) und für ein Leben nach Naturgesetzen argumentieren und damit zentrale Forderungen ökofaschistischer Gruppen übernehmen. Daneben zeichnet sich ihre Ideologie durch eine Modernisierung bestimmter vorbelasteter Begriffe aus. Es geht nicht mehr um einen Kampf zwischen höher- und minderwertigen 'Rassen', sondern vielmehr um den zwischen Kulturen, die sich in der Frage nach einer tötungsfreien Ethik in feindliche Lager aufspalten lassen. Hinter dieser gesellschaftlich breiter diskutierten Menschenfeindlichkeit, die sich theoretisch als Abkehr vom Anthropozentrismus (der Mensch steht im Mittelpunkt) hin zum Biozentrismus (die Natur steht im Mittelpunkt menschlichen Handelns) beschreiben läßt und als Unterordnung des einzelnen Menschen unter angebliche Naturgesetznotwendigkeiten ebenfalls breit von Ökofaschisten diskutiert wird, zeigen sich aber deutlich die Kontinuitätslinien zum traditionellen Rechtsextremismus. So unterteilt HERBERT GRUHL die Welt in eine unordentlich *»satanische«* im Gegensatz zu einer ökologisch *»dem Leben dienenden«* und ordnet dabei den Menschen als *»gefährlichstes Produkt«* der Natur eindeutig zu[6]. Auch bei HARDLINE/ FRONTLINE sind die potentiell zu vernichtenden *»egozentrischen Bastarde«*[7]/ Menschen (während die Erdbefreier sich selbst als »instinktgeleitet« zum Tierreich zählen), abtreibende Frauen, Homosexuelle und (als unkonventionelle Zugabe) alle 'Fleischfresser'. Hinzu kommen ein »wissenschaftlicher Beweis« (Augenform, Darmlänge etc.) für den Veganismus als natürliche Lebensweise des Menschen[8], das Bekenntnis zum Neuheidentum in Bezug auf die eigene 'Urkultur'[9], eine organizistischen Unterordnung des Individuums unter die 'ökologische/ vegane Revolution'[10] sowie willkürliche Gewalt[11], die keine Skrupel hat, sich positiv auf faschistische Briefbombenanschläge zu beziehen[12].

Zahlenmäßig sehr dünn besetzt (FRONTLINE hat nach eigenen Angaben vier Ortsgruppen in der BRD: In München, Essen, Dortmund und Bremen) befinden sich HARDLINE und FRONTLINE zur Zeit in ihrer Aufbauphase, in der durch Flugblätter, Flugschriften und die vierteljährlich erscheinende Zeitung INSTINKT sowie durch Provokationen massiv für die eigene Ideologie geworben wird. Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen sind dabei inhaltlich wie personell gering.

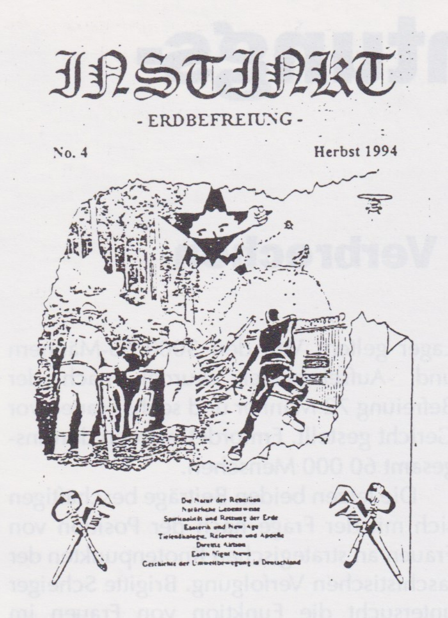
HARDLINE, seit nunmehr ca. zwei Jahren in der BRD (hauptsächlich im Ruhrgebiet) aktiv, bindet sich eng an seine amerikanische Mutterorganisation, die dort aus der veganen und drogenfreien (straight edge) Hardcore-Musikszene, vornehmlich getragen von jungen, weißen Mittelschicht-Männern, hervorgegangen ist. Symbolisch für diese Szene steht die Band EARTH CRISIS aus Syracuse, die neben der Forderung nach Veganismus, Tierschutz und Drogenenthaltsamkeit schon mal abtreibende Frauen als *»Demon with blood on your hands«* bezeichnet.[13] Sänger Karl Buechner begründet dies so: *»Jedes unschuldige Leben muß respektiert werden. Sei es ein Tier oder eben ein ungeborenes Kind.«*[14]

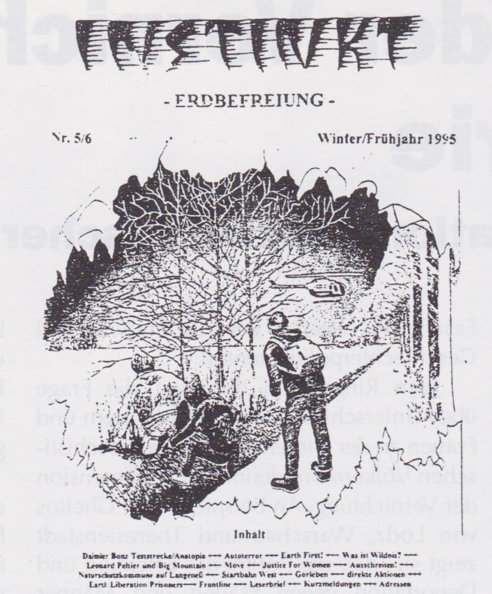
FRONTLINE dagegen ist 1994 als vermutlich taktische Abspaltung von HARDLINE entstanden, nachdem diese 1993 von Frauen eindeutig benannt wurde: *»Hardline ist eine vegane Bewegung aus den USA, die sich selber als eine politisch revolutionäre Avantgarde sehen, die aber unter dem Deckmantel der veganen Ernährung eine sexistisch-faschistoide Ideologie verbreiten, die nun mehr auch auf Europa übergegriffen hat.«*[15] Von FRONTLINE wird daher bewußt auf die Forderungen gegen Abtreibung und gegen Homosexualität (als »nicht natürliche Sexualität«) verzichtet, grundsätzlich aber am biologistischen Weltbild festgehalten. Unter Hinzuziehung gängiger apokalyptischer Bilder von Natur- und Tiervernichtung, die durch eine kompromißlose und militaristische Sprache abgerundet werden, verbirgt sich dabei die oben beschriebene Modernisierung des Rechtsextremismus, der im fortschrittlichen Gewande daherkommt. So beziehen sich dann auch beide Gruppen in ihren Schriften auf die linke Szene, behaupten sogar, selbst in autonomen und antifaschistischen Kreisen aktiv zu sein und werten ihre eigene Position als Vervollständigung dieser Politik. Dem widersprechen nicht nur ihre offen ökofaschistischen Züge, sondern auch ihr persönliches Verhalten, das eine autonome Gruppe aus Essen bekanntmachte: *»Einige liefen eine Zeit mit HJ-Haarschnitt rum; ein Frontliner aus Bremen machte sich einen REP-Aufkleber an sein Auto; in Berlin schmierten sie aufs Klo vom Drugstore 'Borussenfront', eine ehemalige Hoolgruppe aus Dortmund; einer freute sich, endlich das Marschlied, welches bei Rommels Einmarsch in Afrika gespielt wurde, auf Platte zu haben und sangen sogar Fascholieder. (...) Um weiter zu provozieren machte sich einer von ihnen einen Christliche Mitte Anstecker, auf dem ein abgetriebener Fötus zu sehen ist an seine Jacke. Daß sie sich nun sogar mit militanten Abtreibungsgegnern solidarisieren zeigt ein Zeitungsartikel, der bei einem von ihnen im Zimmer hing. Es handelte sich um einen Bericht über einen Anschlag auf einen Arzt, der Abtreibungen vornahm!«*[16]

Ein Antifaschismus, der theoretisch nicht fassen kann, daß dieser modernisierte Rechtsradikalismus (wie er hier in seiner vielleicht kuriosesten Form vorliegt) durchaus gleichzeitig gegen Sexismus und gegen Abtreibung, gleichzeitig gegen Rassismus und für biologisch-natürliche Hierarchien

der »wissenschaftliche Beweis« für den Veganismus als natürliche Lebensweise des Menschen

Fleischfresser[1]	Allesfressor	Grasfresser	Fruchtesser	Der Mensch
(Karnivoren, Zonoplacentalie) Z. B. Löwe, Katze, Jaguar	(Omnivoren, Indeciduat) Z. B. Hyäne, Schwein, Hund'	(Herbivoren, Indeciduat) Z. B. Schaf, Rind, Pferd'	(Frugivoren, Discoplacentalie) Z. B.: Gorilla, Orang Utan, Schimpanse, Gibbon'	(Discoplacentalie)
Vier Füße Krallen Gehen auf allen Vieren Schwanz Augen seitwärts Haut ohne Poren	Vier Füße Hufe Gehen auf allen Vieren Schwanz Augen seitwärts Haut mit Poren	Vier Füße Hufe (gespalten) Gehen auf allen Vieren Schwanz Augen seitwärts Haut mit Poren (Dickhäuter, wie der Elefant, ausgenommen)	Zwei Hände, zwei Füße Plattnägel Aufrechter Gang Ungeschwänzt Augen nach vorn Millionen Poren	Zwei Hände, zwei Füße Plattnägel Aufrechter Gang Ungeschwänzt Augen nach vorn Millionen Poren
Unentwickelte Schneidezähne Spitze Backzähne Zahnstellung: 3-8 1 6 1 3-8 / 3-8 1 6 1 3-8 Wenig entwickelte Speicheldrüsen	Sehr stark entwickelte Schneidezähne Faltenförmige Backzähne mit Spitzen und Höckern Zahnstellung 8 1 2-1 1 8 / 8 1 2-1 1 8 Stark entwickelte Speicheldrüsen	Sehr stark entwickelte Schneidezähne Faltenförmige Backzähne mit Spitzen und Höckern Zahnstellung: 6 0 6 0 6 / 6 1 6 1 6 Stark entwickelte Speicheldrüsen (besonders bei Wiederkäuern)	Starke Schneidezähne Stumpfe Backzähne Zahnstellung: 5 1 4 1 5 / 5 1 4 1 5 Stark entwickelte Speicheldrüsen	Starke Schneidezähne Stumpfe Backzähne Zahnstellung: 5 1 4 1 5 / 5 1 4 1 5 Stark entwickelte Speicheldrüsen
Speichel und Harn reagieren sauer Rauhe Zunge Bauchzitzen Magen einfach und rundlich	Speichel und Harn sauer Glatte Zunge Bauchzitzen Magen einfach und rundlich mit großem Blindsack	Speichel und Harn sauer Glatte Zunge Bauchzitzen Magen dreifach (b. im Kamel und einigen Wiederkäuern vierfach)	Speichel und Harn alkalisch Glatte Zunge Brustmilchdrüsen Magen mit Zwölffingerdarm (zweiter Magen)	Speichel und Harn alkalisch Glatte Zunge Brustmilchdrüsen Magen mit Zwölffingerdarm (zweiter Magen)
Eingeweide: dreifache Körperlänge Grimmdarm glatt	Eingeweide: zehnfache Körperlänge Darmkanal glatt und faltig	Eingeweide verschieden, oft 25fache, aber gewöhnlich: zehnfache Körperlänge Darmkanal glatt und faltig	Eingeweide: zwölffache Körperlänge Grimmdarm zellenförmig	Eingeweide: zwölffache Körperlänge Grimmdarm zellenförmig
Leben von Fleisch	Leben von Fleisch, Aas und Pflanzen	Leben von Gras, Kräutern und anderen Pflanzen	Leben von frischen Früchten und Nüssen (Fruchtesser)	Sollte von frischen Früchten und Nüssen leben! Homo sapiens vegetus lebt so und beweist durch seine Gesundheit, daß die Theorie stimmt!





wie das Lay-out der Instinkt entschärft wurde zeigt der Schriftzug auf der Titelseite

sowie gleichzeitig gegen Kapitalismus und für eine organizistische, ungleiche Arbeitsteilung argumentieren kann, ohne in sich widersprüchlich zu sein, läuft Gefahr, Bündnisse und falsche Solidarität mit diesem einzugehen. Beispielhaft dafür stehen diverse sich in Bezug auf die Linke organisierende Tierrechtsgruppen (z.B. TAN-Tierrechts Aktion Nord; TIGA; Earth First Hamburg), die zumindest Frontline lange Zeit einen Zugang zu linken Räumen/ Strukturen ermöglichten. So wurde z.B. die Instinkt, wenn auch unter Vorbehalt, im Tierrechtscafe in Berlin verkauft und nur Hardline zur Tierrechtswoche in Hamburg im Sommer 95 explizit ausgeladen. Dieses Verhalten kann allerdings nicht nur aus der mehr oder weniger schlechten Tarnung dieser ökofaschistischen Gruppen erklärt werden, sondern ergibt sich aus punktuellen inhaltlichen Parallelen, die endlich benannt werden müssen. So vertreten fast alle Gruppen die politische Forderung nach Veganismus, der mit seinem abstrakten Lebensbegriff und seinem moralischen 'Fleisch ist Mord' prinzipiell das Töten für Ernährung mit dem Töten von Menschen gleichsetzt. Damit öffnet er Tür und Tor für inhaltliche Positionen, die z.B. die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der Tierunterdückung herzuleiten bzw. miteinander zu vergleichen versuchen. In dieser Logik ist es auch nur konsequent und wiederum parallel zur Instinkt-Ideologie, daß die theoretische Analyse des 'Speziezismus' und der daraus resultierende Kampf für Tiere sich als Speerspitze einer revolutionären Bewegung versteht, da *»Tierrechtler automatisch auch Menschenrechtler sind. Wer den Speziezismus verurteilt, verurteilt auch Rassismus und Sexismus.«*[17] In der Instinkt liest sich das folgendermaßen: *»Wenn wir von der Zahl der Betroffenen ausgehen, so ist die Befreiung der Tiere wichtiger als jede vorangegangene Befreiungsbewegung. (...) Weder Frauen noch Schwarze noch irgendeine andere Gruppe von Menschen wurde und werden in dem Maße routinemäßig in so fundamentaler Weise ihres Wohlbefindens beraubt, wie dies bei den Milliarden von Tieren der Fall ist, die jährlich systematisch gefoltert und buchstäblich am laufenden Band umgebracht werden.«*[18]

Linke Gruppen, die Instinkt und die dahinterstehende Ideologie als potentiell faschistisch einstuften, sahen sich massiver Kritik bis hin zu physischen Gewaltandrohungen dieser Gruppen ausgesetzt.[19] Unklar dabei ist bis heute die Rolle von Earth First, einer bundesweiten Organisation, die derzeit wohl die bekannteste Erdbefreiungsgruppe darstellt und welche sich verbal klar von Faschisten, Sexisten und Rassisten distanziert. Dennoch hat an der Instinkt Nr.4 mindestens eine Earth First-Gruppe mitgeschrieben und auch Werbung für dieses Blatt gemacht.[20] Nach oben erwähnter Kritik hat sich dies sogar noch zugespitzt. Nur die Hamburger Earth First-Gruppe distanzierte sich in der Instinkt Nr.5/6 von selbiger und von Frontline. Andere Earth First-Gruppen taten dies nicht, verstärkten vielmehr ihr eigenes Engagement in der Zeitung (so Earth First Deutschland und die Ortsgruppe Essen, die den Versand der Instinkt übernommen hat). Die Nr.5/6 ist auf jeden Fall eine Gemeinschaftsproduktion von Frontline und anderen Erdbefreiungsgruppen, die nach dem Vorwurf des Ökofaschismus an die Instinkt nur als Solidarität mit dieser und ihren Inhalten gewertet werden kann. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß Frontline nur noch zwei Seiten in der Zeitung hat und Lay-Out sowie Ausdrucksweise entschärft wurden.

Trotz der personellen Schwäche dieser ökofaschistischen Gruppen reicht ihre Ideologie also gefährlich weit ins linke und bürgerliche Spektrum hinein. So wird sogar die international agierende Organisation EarthSave in der Instinkt Nr.5/6 als Teil der Erdbefreiungsbewegung angeführt.[21] EarthSave existiert seit Januar 94 in Deutschland und vertritt die für die Esoterik üblichen naturreligiösen und ganzheitlichen Positionen. Dabei bezieht man sich skrupellos auf Ökofaschisten wie Fritjof Capra.[22]

Unterdessen hat der militante Tierschutz in Deutschland einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 23.Juli brannten mehrere leere Stallungen einer Hühnerfabrik in Gehrde ab. Als Bekennerschreiben wurde die Holocaust-relativierende Parole *»Nieder mit den Tier-KZs«*[23] hinterlassen... ■

Anmerkungen:

1) Thomas Jahn/ Peter Wehling 'Ökologie von rechts', S.8
2) Peter Kratz 'Die Götter des New Age', S.8
3) zitiert nach Holger Schleip 'Zurück zur Naturreligion'; S.302
4) Thomas Jahn/ Peter Wehling 'Ökologie von rechts'; S.14
5) zitiert nach 'Hardline – Ein Blick auf Abtreibung'
6) nach H.Gruhl 'Das irdische Gleichgewicht' S.58, 255
7) nach 'Instinkt' Nr.4; S.8
8) alles nach 'Instinkt' Nr.4; S.7, S.9
9) nach 'Instinkt' Nr.4 S.10-13
10) nach 'Instinkt' Nr.4, S.2
11) nach Instinkt Nr.5/6, S.14
12) nach 'Instinkt' Nr.4, S.18/19; direkt dort findet sich 'nur' ein positiver Bezug auf einen Briefbombenanschlag, bei dem ein Polizist getötet wurde. Jedoch wurde von 'Frontline' der Vorwurf, daß so etwas in letzter Zeit nur von rechtsradikaler Seite verübt wurde, nie dementiert oder als Anlaß empfunden, sich davon zu distanzieren
13) Zitat aus 'Stand by' von der Single 'All out war'
14) Zitat aus 'Rock Hard'; 8/95; S.118
15) RAZZ;Nr.49
16) Interim; Nr.332
17) Tierbefreiung aktuell; S.12
18) Instinkt Nr.2; S.4
19) Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der 'Instinkt' und der politischen Forderung nach Veganismus, sowie die daran ansetzende Diskussion mit verschiedenen Tierrechtsgruppen ist gegen 2 DM + Porto bei 'Gruppe im Rausch der Tiefe' c/o Potse; Potsdamer Str. 180; 10783 Berlin zu beziehen
20) Diese Zusammenarbeit führte sogar zu dem angeblichen Mißverständnis, daß auf der Rückseite der 'Instinkt' Nr.4 vermerkt wurde: »Instinkt-Erdbefreiung erscheint vierteljährlich als Gemeinschaftsproduktion von Earth First Germany und des Frontline-Kollektives.«
21) 'Instinkt' Nr.5/6; S.35
22) nach 'EarthSave Nachrichten' Nr.6, Mai 94
23) Junge Welt, 24.7.95; S.5

Frauen in der Vernichtungs-maschinerie

Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen

Die Beiträge in dem sehr lesenswerten Buch »Nach Osten« beschäftigen sich u.a. mit der Frage nach den verdeckten Spuren und verdeckten Überlieferungen nationalsozialistischer Verbrechen in Bezug auf Frauen, Fragen nach Verfolgung, Deportation und Überleben, Frauen als Verfolgte und als Täterinnen. Zum Beispiel wurden jüdische Frauen und Mütter im Faschismus zu Feinden erklärt, unter anderem auch deswegen, weil sie diejenigen waren, die Kinder gebären konnten. Frauen mit kleinen Kindern und Schwangere wurden bei den Selektionen zumeist sofort zur Vergasung ausgewählt. Der erste Beitrag von Judith Friedlanders geht auf die historische Entwicklung der deutschen Juden seit dem Mittelalter ein.

Barbara Hahn stellt Berlin als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen dar, Berlin als Hauptstadt des faschistischen Handelns in Deutschland. Berlin wird zu einer Kreuzung des Todes.

Kira Kosnick nimmt unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten die Frage nach Opfern und Überlebenden auf, unter Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse und deren existenzieller Bedeutung im Faschismus. *»In den Todeslagern sollten Menschen nicht nur zum Verstummen, sondern es sollte auch die letzte Spur ihrer Existenz zum Verschwinden gebracht werden.«*

Bloße Zahlen verhindern einen sensiblen Umgang mit den Berichten von Überlebenden, verhindern, daß wir als folgende Generation einen Zugang zu dem finden, was wirklich geschehen ist, welche Situationen die Überlebenden überstehen mußten. Sie waren gezwungen, ein Rädchen im Ablauf der Vernichtung zu sein, ohne eine Alternative zu haben.

Gisela Bock thematisiert die unterschiedliche Bedeutung, die die Verfolgung im Nationalsozialismus hatte am Beispiel der Zwangsterilisation. Aufgezeigt werden die Verflechtung von Rassismus und Sexismus in einem Bereich, von dem vor allem nichtjüdische Frauen und Frauen diskriminierter Minderheiten betroffen waren. Auch sie versucht, den Unterschied einer nicht differenzierenden Auseinandersetzung über den Opferstatus von Frauen im Faschismus und ihre Auswirkungen herauszuarbeiten. Rassenpolitik war für den Faschismus ebenso wie die Frauen- und Geschlechterpolitik zentral.

Joan Ringelheim diskutiert die Frage über Unterschiede zwischen Männern und Frauen an der Dimension, die den faschistischen Völkermord definiert: die Dimension der Vernichtung. An Beispielen der Ghettos von Lodz, Warschau und Theresienstadt zeigt sie, daß die Politik der Selektion und Deportation gegen Frauen und Männer unterschiedlich war und für diese unterschiedliche Chancen zum Überleben bot. Für Frauen gab es noch weniger „Verwendungsmöglichkeiten« als für Männer. *»Sogar noch 1941 herrschte die Vorstellung, daß Männer in Gefahr waren, nicht aber Frauen und Kinder.«* Dabei wurde außer acht gelassen, daß, über welche Fähigkeiten auch Frauen sonst verfügten, sie nach der faschistischen Logik am wenigsten für wert befunden wurden, auch nur für eine kurze Weile am Leben gelassen zu werden.

Rita Malcher beschreibt das KZ Stutthof als erstes KZ, welches in Polen errichtet wurde. Der Bericht über Chronologie und Binnenstruktur des Lagers kann als Beispiel für die Einrichtung nationalsozialistischer Lager gelten. Von den 3000 SS-Männern und -Aufseherinnen wurden nach der Befreiung 72 Männer und sechs Frauen vor Gericht gestellt. Ermordet wurden dort insgesamt 60 000 Menschen.

Die letzen beiden Beiträge beschäftigen sich mit der Frage nach der Position von Frauen an strategischen Knotenpunkten der faschistischen Verfolgung. Brigitte Scheiger untersucht die Funktion von Frauen im bürokratischen System der Verfolgung. Am Beispiel der Enteignung jüdischen Eigentums wird gezeigt, wie sich Massenmord und soziale »Normalität« in einem beispiellosen Rechtsbruch verketten.

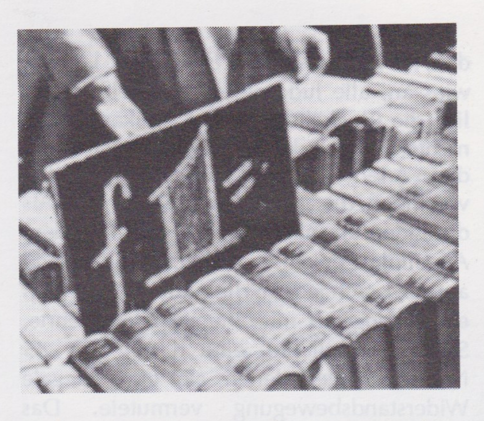
Gudrun Schwarz zeigt in einem Überblick über die vergessenen und verdrängten Täterinnen die Frauen in der Organisation der SS: Frauen, die den Vernichtungsprozeß in den Konzentrationslagern, in den Krankenbaracken, in den Behörden organisierten. Täterinnen, die an den Schaltstellen der Verbrechen zugange waren.

Teresa Wobbe (Hrsg.): »Nach Osten - Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen«. Verlag Neue Kritik KG, Frankfurt am Main, 1992. 238 S., 36,- DM.

Frauen im Warschauer Ghetto, 1941 (aus: «Im Krieg gesehen« von Joe J. Heydecker)



KZ Buchenwald – drei Tage in der Hand der Häftlinge



Emil Carlebach: »Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland. Dachau und Buchenwald 1937 - 1945« Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1995, 29,90 DM.

Emil Carlebach hat die Entwicklung des Konzentrationslager-Systems am eigenen Leibe miterlebt. Der Jungkommunist Carlebach wurde 1934 inhaftiert, 1937 ins KZ Dachau überstellt und verbrachte die Jahre ab September 1938 bis zur Selbstbefreiung im KZ Buchenwald. Nachdem sein Vorgänger aufgrund einer Denunziation ermordet wurde, übernahm Carlebach auf Beschluß der Partei den Posten des Blockältesten für die jüdischen Häftlinge.

Dem Autor liegt besonders am Herzen, ein Bild von der Organisierung des Widerstands und der Rolle der Kommunisten in den Lagerstrukturen zu geben. Er beschreibt, wie die Kommunisten die Kriminellen, die die Nazis zu Helfershelfern der SS und zu Herren über Leben und Tod machten, aus den Lagerfunktionen herausdrängten. Das war notwendig, da sich die Mehrzahl der »grünen« Kapos an der Mißhandlung und Ermordung von Mithäftlingen beteiligte. In Buchenwald schafften die Kommunisten es, sehr weitgehende Funktionen zu besetzen, so sogar den »Lagerschutz", eine Art Häftlingspolizei. Der Buchenwalder Lagerschutz wurde damit zur Tarnorgansiation für die Angehörigen der Internationalen Militärorganisation, die die Befreiung vorbereitete.

Kurz nach Kriegsbeginn wurden 2000 polnische, jüdische und nichtjüdische Gefangene nach Buchenwald verschleppt. Die Absicht war klar: Diese Gefangenen sollten ausgerottet werden, dazu diente auch die Aushungerung durch die geringe Essensration. Wenn der Zählappell um Stunden bei den Polen verlängert wurde, fielen zahlreiche Verhungerte um, an einem einzigen Tag kam es dort zu 67 Toten. Die SS kippte das Essen vor den Gefangenen aus und mischte schließlich sogar Gift in die Suppe, um den Massenmord zu beschleunigen.

Dem KPD'ler Rudi Arndt gelang es, den Kapo-Posten mit einem Kommunisten zu besetzen, der unter Lebensgefahr Brot in das Sonderlager schmuggelte. Die letzten noch lebenden Gefangenen gelang es zu retten, indem der kommunistische Kapo aus der Krankenstation der SS Angst vor einer drohenden Ruhrepedemie machte und so erreichte, daß die Polen ins Hauptlager verlegt wurden. Die jüdischen Überlebenden kamen in die Baracke 21, Blockältester wurde nach Entscheidung der Partei Emil Carlebach. Er betont, daß er kaum eine schlimmere Zeit erlebt habe. Mehrere hundert Menschen, *»die keine Kraft mehr hatten, die einfachsten Regeln der Hygiene, des Selbsterhalts und des Zusammenlebens aufbrachten, sollte ich wieder ins Leben führen (...).«*

Das Außenlager »Dora«

Im August 1943 wurde als Außenkommando das Lager »Dora«, zuständig für Raketenbau, errichtet. 1944, als die Rote Armee heranrückte, betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Gefangenen in Dora sechs Wochen. Eine Gruppe deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten ließ sich nach Dora verlegen. Sie wollte dort die Kriminellen, die mit der SS an Brutalität konkurrierten, aus den Funktionen herausdrängen. Außerordentliches leisteten dort die Antifaschisten auch an Sabotage: Die »Wunderwaffen« aus Dora, die eine Kriegswende einleiten sollten, versagten oft: Bei einem Drittel der Raketen funktionierten die Triebwerke nicht, mehr als die Hälfte explodierte in der Luft, bevor sie England erreichten. Die Schuldigen an den Tausenden Toten von Dora, wie WERNHER VON BRAUN und sein Kollege DOERNBERGER, setzten ihre Karriere nach dem Krieg problemlos in den USA fort.

Als die Gustloff-Werke, ein Rüstungsbetrieb, bombardiert wurden, hatten die Häftlinge 350 Tote zu verzeichnen. Die Gefangenen hätten fliehen können, doch die fanatisierte Weimarer Bevölkerung hatte sich daran beteiligt, sie wieder einzufangen oder gar zu erschlagen. Jedoch konnten die Häftlinge zwischen den Trümmern Waffen einsammeln und ins Lager einschmuggeln.

Zur Jahreswende 1944/45 wurde die Verhältnisse vollends chaotisch. Die SS preßte immer mehr Gefangene in das Lager, das ursprünglich für 4.000 Insassen gedacht war. Ende März 1945 waren es schon über 80.000, überwiegend ausländische Gefangene. *»Hätte es die Häftlingsorganisation nicht gegeben, das Lager hätte nur noch aus Toten bestanden, so wie sie die alliierten Truppen in Bergen-Belsen, in Ohrdruf und anderen Konzentrationslagern vorfanden,«* betont Carlebach.

Die dritte US-Armee unter General Patton stand vor Erfurt. Die IMO arbeitete hektisch an den Vorbereitungen zum Aufstand. Der Lagerkommandant Pister befahl am 4. April 1945 alle auf den Appellplatz, er wollte sie auf den Todesmarsch schicken. Die illegale Lagerleitung stand vor einem Dilemma: Von den bedrohten 6.000 Juden würden sich bei einer Meuterei nur wenige beteiligen. Durfte die Militärorganisation einen jetzt noch aussichtslosen Kampf starten und das Leben Zehntausender opfern für Menschen, die sich nicht selber verteidigen würden? Die Antifaschisten entschie-

den, auf Zeit zu spielen. Die illegale Leitung wies an, alle Judensterne abzureißen und ließ die Blockältesten die Karteikarten vernichten. Die Juden versteckten sich unter den »Ariern« - jedoch nur etwa die Hälfte von ihnen, die anderen wagten es nicht. Als die Juden am nächsten Tag nicht auf dem Appellplatz erschienen, machte die SS Jagd auf sie, brach jedoch die Aktion ab, als sich ein Gefangener mit einem Spaten wehrte. Sie veröffentlichte eine Liste von 45 Namen, hinter denen sie eine illegale Widerstandsbewegung vermutete. Das Internationale Lagerkomitee erklärte die 45 auf der Liste als unter ihrem Schutz stehend. Carlebach kam als jüdischer Blockältester als 46. auf die Liste. Die Leitung ließ ihn »sterben«, er lebte in der Identität eines tatsächlich toten französischen Gefangener weiter.

Die Gruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen erhielt vom Lagerkomitee vor ihrem Todesmarsch noch Waffen; sie konnten sich tatsächlich selbst befreien, viele aber kamen um.

Der Tag X war gekommen...

US-Panzer standen im Tal unterhalb des Ettersbergs, aber sie rollten vorbei. Als der Befehl »Alle SS-Männer sofort aus dem Lager« kam, war es so weit. In der Nacht vom 10. auf den 11. April ermordete die SS noch alle Gefangene in den Arrestzellen. Dann flüchtete der Kommandant Pister mit seinem Stab und einem Teil der SS-Truppe. Die Wachtürme blieben aber weiterhin besetzt, ausgerüstet mit MG und Panzerfäusten. Jetzt war der Tag X gekommen, die SS war wegen der Amis verunsichert, zwei Jahre lang hatte sich die IMO auf diesen Tag vorbereitet. Ein Rammbock lag als angeblicher Mast für Stromleitungen seit Wochen unbemerkt vor einem Tor. Häftlinge hatten Löcher gebuddelt und scheinbar Leitungen gelegt, in Wirklichkeit ging es darum, ein Netz von Schützenlöcher zu schaffen.

Die Befreiungsaktion war dann nur eine Sache von wenigen Minuten. Stoßtrupps durchschnitten den elektrischen Zaun und stürmten die Wachtürme. 127 SS-Leute wurden so gefangen, der Rest türmte. Ein unbeschreiblicher Tumult entstand. Doch das Internationale Lagerkomitee bekam die Situation über die Führer der einzelnen Nationalitäten schnell in den Griff. Es verteilte die erbeuteten Waffen, stellte Posten auf und zog einen Sperrgürtel von bewaffneten Häftlingen in einem Kilometer Abstand ums Lager.

Dem Buch vorangestellt ist ein Dokument aus dem US-Militärarchiv. Es belegt, ebenso wie Aussagen von US-Soldaten, daß die Buchenwald-Häftlinge sich am 11. April selbst befreiten, die US-Armee aber erst am 13. April eingerückt ist. Drei Tage war die Lagerorganisation der Antifaschisten darauf eingestellt, sich gegen ein Angriff von SS oder Wehrmacht zu verteidigen. Diese Tatsache soll heute geleugnet werden. Dem illegalen Widerstand der Kommunisten in erster Linie war es zu verdanken, daß 21.000 Häftlinge, darunter 900 Kinder, überlebten. Einige der Widerstandskämpfer fielen kurz darauf dem Kalten Krieg zum Opfer. Otto Kipp, den stellvertretenden Kapo des Krankenbaus, verschleppten die Amis nach Dachau, wo er ein Jahr lang ohne Untersuchung oder Anklage festgehalten wurde. Der Retter von Hunderten von Kindern in Buchenwald, der Kommunist Wilhelm Hammann, fand sich ebenfalls ein Jahr in Dachau wieder. Und auch Emil Carlebach ist immer wieder öffentlichen Beschuldigungen ausgesetzt, daß er ein Helfershelfer der SS gewesen sei.

Das Wissen über konkrete Aufstandsvorbereitungen, organisiert von Kommunisten, soll keinen Platz in der offiziellen Geschichtsschreibung haben. Es soll nur noch der weitgehend halbherzige Widerstand der Offiziere des 20. Juli abgefeiert werden. Dagegen hat Emil Carlebach ein eindringliches und aufrüttelndes Buch geschrieben. ■

Dokumente zur Verantwortung der IG Farben am Holocaust

Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hrsg.): »IG Farben - Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, BAYER, HOECHST und anderen deutschen Chemie-Konzernen« Schmetterling Verlag,Stuttgart 1995, 24,80 DM.

Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG Farben-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, "vernichtet durch Arbeit", wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige BAYER-Generaldirektor Duisberg war es, der das Farben-Kartell zusammengeschmiedet hatte. Die IG Farben hat Hitler frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert.

Das Buch "Von Anilin bis Zwangsarbeit", herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren, führt in die historischen Zusammenhänge mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen ein. Ein besonderes Augenmerk richten die Autoren, darunter der bekannte Faschismus-Experte Otto Köhler, auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen BAYER und SS "betreffs der Lieferung von Frauen" zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welch grausame Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. "Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst an sie wenden", heißt es in einem Schreiben aus dem Hause BAYER.

Nach dem Krieg wurde die IG Farben entflochten. Doch die Macht von BAYER, HOECHST und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß BAYER seine Geschichte von hochrangigen Professoren reinwaschen läßt und sich gegen Forderungen nach Entschädigung hartnäckig wehrt.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande kaum bekannten Fall in den USA befaßt. Der ehemalige Zwangsarbeiter Hugo Princz hat gerichtlich durchgesetzt, daß er Messerschmidt-Boelkow-Blohm und die Nachfolger der IG Farben auf Entschädigung verklagen darf - ein Tatbestand, der bei BAYER, HOECHST, BASF und IG Farben i.A. für einige Aufregung gesorgt haben dürfte. Die Bundesregierung hat ein Regierungsabkommen unterzeichnet, das Entschädigungen für bestimmte von den Nazis verfolgte US-Bürger garantiert, die bisher ausgeschlossen waren. Gesamthöhe: drei Millionen DM... ■

Heym, Stefan: »Radek« C.Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1995, 569 S., teuer.
„Radek sah. In mehrzollhohen, den russischen Lettern nachempfundenen Buchstaben, die Frage, Wo Ist Radek? Und darunter kleiner, Die Nachforschungen über den Aufenthalt des Bolschewistenführers Radek haben bis jetzt noch kein Ergebnis gezeitigt. Radek grinste, obwohl ihm nicht wohl war, und las weiter, daß für die Ergreifung des Radek, Karl, oder Angaben, die zu seiner Ergreifung führen, eine, und nun wieder groß, dick, schwarz, Belohnung von 10.000 Mark ausgesetzt war. Zehntausend Mark, dachte er. Für deutsche Verhältnisse war das nicht schlecht."

Berlin 1919. Kurze Zeit zuvor waren noch die Massendemonstrationen der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Stadt gezogen, nun wird überall gekämpft. Die Truppen des General Groener sind auf Bitten des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert einmarschiert, um mit jenen aufzuräumen, die auf den Barrikaden standen, weil sie eine Welt ohne Kriege und Ausbeutung wollten. Die ArbeiterInnen in Rußland hatten es vorgemacht, es war möglich, die alte Macht hinwegzufegen. Nur hatten sie ohne eine Revolution im industriell entwickelten Deutschland eine Chance? Der Aufstand in Berlin wird im Blut erstickt, die KämpferInnen sind den Truppen nicht gewachsen, sie sind schlecht vorbereitet und organisiert - chancenlos. Das hatte Radek vorhergesehen, er kannte aus Rußland die Voraussetzungen, die nötig waren, um sich durchzusetzen. Die Anführer der neugegründeten Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, werden verhaftet und von Freikorps-Soldaten ermordet. Auch Radek wird verhaftet. Doch er versteht es, seinen Status als quasi Diplomat der neuen Sowjetmacht mit Kaltschnäuzigkeit und mit intimer Kenntnis der deutschen Bürokratenseele zu seinem Vorteil zu spielen.

Stefan Heym erzählt die Geschichte von Krieg und Revolution in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Es ist ein Roman, der mitreißend ist, und gleichzeitig ein Geschichtsbuch. Es ist keine Lobhudelei auf glorreiche kommunistische Parteigeschichte, im Gegenteil. Heym legt aufgrund einer soliden Recherche seinen Finger tief in die Wunden und bleibt zum Glück nicht dabei stehen.

Die Darstellungsweise lenkt den Blick auf die Ursachen des Werdegangs der sozialistischen Revolution vom großen Hoffungsträger zur Parteidiktatur. Für ein langweiliges, widerspruchsfreies Buch würde sich ein Karl Radek als Hauptperson auch kaum eignen: der kühle Analytiker, das sympathische Großmaul, der feurige Revolutionär, der gewiefte und opportunistische Taktiker, der in sich gekehrte Phantast. Letzendlich wird er von Stalins Mühlen zermahlen, nachdem er ihm mit der Lobeshymne auf den „Bauherrn des Sozialismus" ein literarisches Denkmal unter den Gründervätern des Sozialismus beschert hatte. Radek hatte die Huldigung in der Pravda zwar satirisch gemeint, das verstand nur keiner außer ihm.

Radek ist aus der Sicht eines weltoffenen Kommunisten geschrieben. Es ist ein parteiisches Buch, auch wenn es nur darstellt. Denn es stellt die Vorgänge dar ohne die verengte Brille sowohl der bürgerlichen als auch der parteikommunistischen Geschichtsschreibung. Und diese Art der Geschichtsschreibung ist leider selten.

Der einzige Nachteil: Das Buch ist noch nicht im Taschenbuchformat erschienen und kostet daher 49,90 DM für 569 Seiten.

Franziska Hundseder: »Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziers der braunen Szene«, Knaur Verlag, München 1995, 384 S., 14,90 DM.
Da hat die Buchreihe »Knaur Facts« ja ein wirklich sensationelles Buch herausgebracht. Wahrhaftig »zum ersten Mal« wird in dem Buch »aufgedeckt, wie die gut organisierte Geldbeschaffungsmaschine der extremen Rechten funktioniert«.

Wer hinter diesen wunderschönen Versprechungen noch wunderschönere Neuigkeiten vermutet, die/ den wird das Buch der Franziska Hundseder schnell ernüchtern. Denn was da brühwarm als »Neuigkeit« präsentiert wird, ist nichts als eine ziemlich unstrukturierte Zusammenfassung von Altbekanntem. Damit der geneigten LeserInnenschaft dies nicht sogleich auffällt, wiederholt sich die 42jährige Autorin von Zeit zu Zeit, so daß die Leserin / der Leser sich ständig fragt: 'Habe ich das weiter vorne im Buch gelesen, oder wußte ich es eh schon vorher??'

Nun kann es ja durchaus eine hervorragende Leistung sein, bereits Bekanntes zusammenfassen - nur sollte es dann vielleicht strukturiert werden. Und das schöne Büchlein würde sogar noch etwas dicker werden, wenn anständige Quellenhinweise hinzugefügt würden. Aber dann hätte vielleicht auf den sensationell umfassenden Dokumentationsteil (ganze fünf Dokumente!!) verzichtet werden müssen, und das wäre doch gar zu schade gewesen.

Der größte Verdienst der Autorin ist wahrscheinlich, daß sie akribisch zu nahezu jeder vorkommenden Organisation mitteilt, bei welchem Amtsgericht sie im Vereins- bzw. Handelsregister eingetragen ist sowie - und diese wertvolle Information ist zweifellos unverzichtbar - bei welcher Bank sie ihr Konto hat.

Einfach sensationell!

Antifaschistisches Broschürenkollektiv: »Leipzig ganz rechts - Eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten in Leipzig 1989-1995« 92 S. Din A 4. Bestellungen für 4.- DM + 1,50 Porto an: Leipzig ganz rechts, c/o Infobüro, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig.
»Fünf Jahre Deutschland sind Anlaß genug, Rückschau zu halten. In dieser Dokumentation versuchen Leipziger AntifaschistInnen, die Aktivitäten von FaschistInnen, NeofaschistInnen und anderer Rechtsradikaler in ihrer Stadt Revue passieren zu lassen.« So beschreiben die AutorInnen selbst ihre Broschüre, die mit 4.- mehr als preiswert ist und weit über das gesteckte Ziel hinausschießt. In genauer Analyse und Darstellung werden nicht nur die faschistischen Aktivitäten in Leipzig und Umgebung untersucht, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Situation in Deutschland - speziell im Osten.

Mit unzähligen (neuen) Fotos, Faksimiles und Namen wird nicht nur über die militanten Nazis in Leipzig ein kompletter Überblick geliefert. Auch Gruppierungen wie der Hofgeismarer Kreis bei den Leipziger Jusos kriegen ihren Platz in der übersichtlich und ansprechend layouteten Broschüre. Als hilfreich erweist sich die Vorstellung der meisten Organisationen und Ereignisse in Extra-Kästen.

Besonders hervorzuheben ist der erste Beitrag in der Broschüre, der sich ausführlich mit Rechtsextremismus in der DDR und zur Wendezeit auseinandersetzt. Er sucht nach Ursachen und erzählt Neues über den DDR-Alltag in Bezug aufs Thema.

Die AutorInnen haben eine interessante Verbindung aus Faktenwissen über Nazis und lebendiger Geschichte aus unserer Sicht geschaffen. Eine Lektüre, die in keinem antifaschistischen Bücherregal fehlen darf.



Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.

Kleine Erläuterung

Liebe GenossInnen,
Zu den auf Seite 41 (in der Nr. 31) abgedruckten Fotos wollen wir einige kleinere Erläuterungen beisteuern:

Bei der Person auf den unten abgedruckten Fotos (kurze BW-Hose und Jeans-Weste) handelt es sich unseren Erkenntnissen zufolge um THORSTEN BÄRTHEL, einen Skinhead aus dem Umfeld der Nationalen Liste.

Thorsten Bärthel fiel AntifaschistInnen das erste Mal auf, als er zusammen mit den NL-Faschisten HARTMUT WINNIG-SAMBERGER und TORBEN KLEBE am 6.6.92 eine antifaschistische Demonstration in Hamburg-Rahlstedt fotografierte.

Im gleichen Jahr war er beteiligt an der Rudolf-Heß-Gedenkdemonstration in Rudolstadt- In der ersten Reihe - direkt hinter Esther Wollschläger und noch vor dem Führungstransparent rechts neben ihm ging wiederum Torben Klebe (siehe Index-Titelblatt Nr. 30, Sept. 92).

Im vergangenen Jahr wurde er wegen des Absingens des Horst-Wessel-Liedes (...) angeklagt. Sein Verteidiger in diesem Prozeß war JÜRGEN RIEGER.

Bärthel war Besitzer eines VW-Busses, der von der NL mehrere Male zum Plakatieren genutzt wurde. So auch in der Nacht vom 15.10. auf den 16.10.94 in Hamburg-Rahlstedt und Hamburg-Volksdorf, wo die Faschisten militant angegriffen wurden.

Anfang des Jahres zeichnete er mit seinem Namen verantwortlich für faschistische Aufkleber.

Thorsten Bärthel (...) gehört zu einer der wenigen Hamburger Skinheadcliquen, die direkt eingebunden sind in das Organisationsgeflecht der Nationalen Liste. Seine Kameraden Winnig und Klebe waren im übrigen auch in Roskilde vor Ort.

Autonome AntifaschistInnen aus Hamburg

Nazitreffpunkte zerschlagen!

Am 10. Dezember 94 fand in der SPORTLERKLAUSE in der Hohenschönhausener (*Bezirk von Berlin, die Red.*) Conrad-Wolf-Straße ein größeres Treffen von Nazis statt. Dieses wurde von den DEUTSCHEN NATIONALISTEN (DN) organisiert.

Uns bewegte das, also schauten wir uns in der Gegend um, woher der Treffpunkt für die Nazis kommt. Zum einen ist fast gegenüber das ehemalige Dynamo-Stadion, in dem die Heimspiele des Eishockeyclubs Eisbären stattfinden. Nun ist es nicht unbekannt, daß die Spiele zur Tummelzeit von Ostberliner Glatzen genutzt werden. So werden ständig diverse »deutsche Aufnäher« auf Armee-Jacken und »preußische Fahnen« von dutzendweise auftretenden Kurzhaarigen mitgeführt. Ein Mosambiquaner wurde nach einem Spiel verprügelt, ohne daß die Polizei einschritt. Gesehen haben wir mehrere Mitglieder oder Sympatisanten der DN, die sich (...) in der Kneipe ZAPFHAHN in der Conrad-Wolf-Straße 88 treffen - nicht nur zum Biertrinken. Der Trupp wird geführt von einem gewissen C. ENGELHARDT, der als Landesvorsitzender fungiert.

Die DN besitzt damit innerhalb ihres Landesverbandes in Berlin, einen Bezirksverband in Hohenschönhausen.

Gesehen wurde hier auch schon jede Menge Prominenz aus der Szene, so z.B. WENDT und SCHWERDT (DIE NATIONALEN), LUTZ GIESEN (BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG), GEITHE und weitere FAP-Mitglieder. Früher wurde auch GISSLER (CNB) und ein Mitglied der NL Hamburg gesichtet, die den INDEX verteilten.

Die Zahl der Teilnehmer liegt bei ca. 20 bis 30 Personen, die meisten sind Jungnazis oder Glatzen. Seit der Zapfhahn 88 aus wirtschaftlichen Gründen zeitweilig geschlossen hatte, verlagerte die braune Truppe ihre Treffen in den 2 Häuser weiterliegenden LINDEN-WALTER. Trotz der eindeutigen Absichten der Faschos wurde ihnen der Zutritt erlaubt.

Im Sommer spielte ein Dutzend DN-Nazis Fußball auf dem benachbarten Dynamo-Gelände.

Gute Verbindungen hat die DN zur FAP, oder dem was nach dem Verbot übriggeblieben ist.

Die Bierkneipe KIEW in der Landsberger Allee ist ein weiterer Nazitreffpunkt. Früher fanden hier Sing-Abende der FAP unter BURMEISTER statt, auch HEISE (FAP Niedersachsen) schaute nach der Maidemo 93 mal rein.

Seit der Laden »entpolitisiert« wurde, hängen hier meistens ältere »Suffglatzen« und jüngere Möchtegern-Skinheads rum, die den Älteren gern den Diener (Bierholer) spielen, um etwas sinnvolles fürs Vaterland zu tun. (...)

Eigentlich wollte die DN-Hohenschönhausen zur BVV-Wahl im Oktober diesen Jahres antreten, konnte wohl aber nicht die nötigen Unterstützungsunterschriften zusammenbekommen.

Trotz des offenen Auftretens in solch militanter Form sieht sich die Polizei nie geneigt einzuschreiten.

Den größten Auftritt hatte die DN-Hohenschönhausen zum 8. Mai vor dem russischen Ehrenmal, an dem etwa hundert Linke und PDS-Leute der Opfer der Faschisten und des Tages der Befreiung gedachten. Eine Gruppe von ca. 30 Nazis versuchte mit Flugblättern zum Veranstaltungsort durchzukommen, wurde aber von der Polizei (man staune!) aus dem Verkehr gezogen. Die meisten Nazis von der DN sind aus dem näheren Umkreis Hohenschönhausen 1 und nicht bekannt.

Wir wollen mit diesem Leserbrief darauf hoffen, daß sich ein bißchen Initiative bildet um gegen die Treffpunkte hier vorzugehen. In den Plattenbauten ist bei den resignierten und auf-der-Straße-sitzenden Jugendlichen mit brauner Ideologie für geschulte Nazi-Kader leicht Fuß zu fassen. Weg mit den Nazi-Treffpunkten in unserem Bezirk!

Das dynamische Duo gegen Nazis

(die Redaktion hat leider gar keine Ahnung, welche Organisation mit»CNB« gemeint ist)

Nazi-Treffen

Am Abend des 23. Juni 1995 versammelte sich im Landkreis Mecklenburg-Strelitz am Brückentiner See eine vermutlich große Gruppe organisierter Neonazis (Autos mit Kennzeichen unter anderem aus Berlin, Wolgast und Oberhausen). Der See befindet sich ca. 15 km südöstlich von Neustrelitz, 2,5 km hinter Wokuhl und Neubrück im Wald Richtung Lychen in der Nähe eines ehemaligen sowjetischen Raketenstützpunktes.

Ähnliche Treffen am gleichen Ort hat es in den vergangenen Jahren schon mehrfach gegeben. Erstmalig wurden nun am Abend des 24.6. durch AnwohnerInnen die Bullen benachrichtigt, die daraufhin mit 10 Bullis in Richtung See fuhren.

Laut Bullenaussagen wurden von 30 Neonazis die Personalien aufgenommen; ein anderer Teil der Gruppe konnte jedoch in Richtung Kastaven/Lychen flüchten. Außerdem wurden Flugies mit rassistischem Inhalt und Hakenkreuz-Armbinden beschlagnahmt. Laut Aussagen der Bullen trugen die Frauen BDM-Uniformen.

Das Treffen wurde aber trotzdem nicht aufgelöst, lediglich das Feuer wurde untersagt. Die Bullen vereinbarten mit den Neonazis, daß der Platz bis um 10 Uhr am Sonntagmorgen (25.6.) zu verlassen sei. Die Wannen observierten bis zum Morgen das Gelände und kontrollierten die Zufahrtswege zum See.

Vermutlich handelte es sich um eine Sommersonnenwendfeier der NF-Nachfolge. Der Platz ist bei den Nazis offensichtlich wegen seiner Abgelegenheit beliebt.

anonym



Mitglieder von Carmagnole bei der Befreiung von Lyon

»Ohne Waffen und mit leerem Bauch«

Henri Krischer über den Kampf der MOI in Lyon

Auf dem Internationalen Hearing »8. Mai – 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus« in Berlin berichtete Henri Krischer von seinen Erlebnissen im Widerstand gegen die Nazis. Er war der letzte Kommandant der Gruppe Carmagnole, eine der effektivsten Einheiten der Résistance. Carmagnole war Teil der MOI, der Immigrantenorganisation der französischen KP und hatte im Herbst 1942 den Kampf aufgenommen. Die MOI, in der unter den ImmigrantInnen viele Frauen und jüdische KämpferInnen vertreten waren, hatte als erste den bewaffneten Kampf gegen die Besatzer in Frankreich aufgenommen. Wir veröffentlichen Auszüge aus Henri Krischers Vortrag.

Es war damals eine sehr beklemmende Situation. Die Nachrichten waren ja zensiert, es gab ein unheimliches Mißtrauen in der Bevölkerung. So wußte niemand, wie lebendig eigentlich die Kraft gegen das Vichy-Regime[1] war. Das erste Zeichen, womit wir überhaupt erst an die Öffentlichkeit gegangen sind, das war ein kleines Zeichen, das man mit dem Schlüssel in die Mauer geritzt hat. Das waren Aufkleber, die wir irgendwo hingeklebt haben. Das erste illegale Flugblatt, das wir verteilt haben, war schon ein wichtiges Ereignis. Ich muß dazu sagen, daß der bewaffnete Kampf in Frankreich sehr spät angefangen hat, nämlich in Paris 1942, das heißt, nachdem die Deutschen schon in die Sowjetunion einmarschiert waren.

Ich muß ein bißchen die Zustände in Paris damals beschreiben. Alle Französinnen und Franzosen waren den Besatzern, dem »Herrenvolk« total ausgeliefert, ganz Paris war eigentlich ein riesiges Bordell und die Deutschen haben sich dort wirklich aufgeführt. Sie waren ja in einem besetzten Gebiet, sie waren sehr frech, sie sind auch ohne Waffen auf die Straßen gegangen. Es war dann ein junger Kommunist, ein junger Mann namens Fabien, der den ersten Schlag gegen sie ausgeführt hat, in der Metro, indem er einen deutschen Marineoffizier getötet hat. Dies war dann der Auslöser für eine ganze Reihe von Attentaten und überhaupt für den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen. Meine GenossInnen und ich haben damals dann, 1942, als die Deutschen in Lyon einmarschiert sind, auch diesen Kampf aufgenommen. Das erste, was wir gemacht haben, war am Rand der Saône in einem Straßengraben eine Granate zu deponieren, wo die Deutschen vorbeikommen mußten. Das war eine Granate wahrscheinlich aus dem Hundertjährigen Krieg, denn als sie explodierte, ist der Deutsche, unter dessen Auto sie explodierte, aus seinem Auto gestiegen und hat geguckt, ob er jetzt vielleicht einen Platten hat oder was das gerade war.

Die FTP/MOI[2] ist überhaupt erst durch die deutsche Propaganda bekannt geworden. Das war, als in Paris die Gruppe verhaftet worden ist, die dann von den Deutschen als GROUPE MANOUCHIAN bezeichnet wurde, mit der berühmten »Affi-



Adam Rayski, der Leiter der jüdischen Sektion der MOI

che Rouge«[3], die in Frankreich sehr bekannt ist, weil die Dichter, u.a. Aragon, daraus eine Hymne gemacht haben. Man hat also die Affiche Rouge lange vor der MOI gekannt. Dies war das erste Mal, daß Männer und Frauen eine Stadguerilla auf die Beine gestellt haben. Ich habe ja schon gesagt, daß diese jeweiligen Zellen aus drei Personen bestanden. Sie waren alle sehr junge Leute, die eigentlich permanent im Kampf waren. Die sind bezahlt worden, sie haben das Gehalt eines französischen Hilfsarbeiters aus der Gegend von Paris bekommen, das war ein Mindestlohn damals und ab und zu gab ein Paar Schuhe. Wir mußten auf jeden Fall dafür sorgen, daß wir absolut einwandfrei aussahen, von unserem Äußeren her.

Das waren alles sehr junge Leute, 17 Jahre war damals etwas völlig Normales. Ich selbst war 22 und gehörte schon zu den Älteren. Die waren alle jüdischer Herkunft und zwar ausländischer jüdischer Herkunft. Es gab darunter auch ItalienerInnen, ArmenierInnen, und SpanierInnen und einige ehemalige StudentInnen, die aus Rumänien oder Ungarn kamen und in Grenoble Chemie oder Elektromechanik studiert haben. Dies war deswegen wichtig, weil diese StudentInnen uns ihre Kompetenz zur Verfügung gestellt haben, was das Herstellen von Waffen anging und auch das Entwickeln der ersten elektrischen Bomben.

Wir sollten Lyon isolieren

Lyon hatte für die Wehrmacht eine sehr große Bedeutung, weil es an einem strategischen Punkt gelegen ist, geographisch gesehen. Unsere Hauptarbeit am Anfang war, die Stadt zu isolieren, Nachschub in Sachen Munition oder überhaupt alle Truppenbewegungen zu blockieren. Wir haben Züge zum Entgleisen gebracht. Lyon war deshalb so wichtig, weil es für die verschiedenen Armeen an den verschiedenen Stellen Durchgangsstation war. Die Mittelmeerzone war wichtig wegen Rommel in Nordafrika, dann ging es über Lyon auch nach Italien oder an den Atlantik. Wir hatten also den Befehl, diese Züge zu blockieren, wir hatten aber keine Waffen und auch keinen Sprengstoff. So mußten wir alle unsere geistigen Energien darauf verwenden, irgendetwas zu entwickeln, womit wir dieses Ziel erreichen konnten.

Ich werde Euch ein Beispiel erzählen: Am 25. Mai 1944, in Vorbereitung der Landung in der Normandie, hat die amerikanische Luftwaffe Lyon bombardiert, gegen Mittag. Sie wollten die Eisenbahnstrecken rund um Lyon und auch durch die Stadt treffen. Das Ergebnis aber waren 800 Tote und kein einziges der militärischen Ziele konnte getroffen werden. Wir haben in der darauf folgenden Woche die selbe Arbeit per Handarbeit fortgesetzt. D.h. wir haben Eisenbahnschienen auseinandergeschraubt, wir haben dieselbe Arbeit gemacht, ohne daß es ein einziges Opfer in der Zivilbevölkerung gekostet hätte. Die Eisenbahnarbeiter hatten uns die Methode gezeigt. Man muß über eine bestimmte Wegstrecke, am besten in einer Kurve, die Gleise auseinanderschrauben und einfach abtragen und davor eine Art Prellbock errichten. Wir haben auch einige Sachen mit Sprengstoff ausprobiert, aber ich kann im Nachhinein nur sagen, diese handwerkliche Methode war die, die am besten funktioniert hat.

Ähnlich sind wir auch mit den Garagen vorgegangen. Kinder aus der Umgegend von Lyon haben uns in Konservendosen Sprengstoff gebracht. Wir sind damit in die Garagen gegangen und haben dort die Lastwagen in die Luft gesprengt ebenso die Ersatzteillager und Maschinen für die Reparatur der LKW. Ich werde nächsten Montag beispielsweise in Strasbourg sein, wo ich eingeladen wurde von der Stadt, um einen Platz nach JEANINE SONTAG[4] zu benennen. Jeanine Sontag ist eine Genossin gewesen, die im Elsaß bei einer solchen Garagensprengaktion gefallen ist.

Ich habe schon vorhin gesagt, daß ohne Hilfe der französischen Kollaborateure die Deutschen in Frankreich viel schlechter ausgesehen hätten. Wir mußten uns um die französischen Milizionäre und Kollaborateure mindestens genauso kümmern wie um die Gestapo. Unsere Informationsdienste haben uns versorgt mit Angaben über die Persönlichkeiten unter den Kollaborateuren, über die Denunzianten, und die haben wir dann exekutiert. Z.B. haben wir den Richter exekutiert, der unseren Genossen SIMON FRIED zum Tod durch Köpfen verurteilt hatte, und ich kann Euch garantieren, nachdem dieser Richter gestorben war, hat

Während des Pariser Aufstandes



sich kein anderer Richter mehr getraut, so mit unseren GenossInnen umzugehen.

Der Aufstand war nicht geplant

Wir haben insgesamt 450 militärische Aktionen durchgeführt, die heute auch in Geschichtsbüchern festgehalten werden. Jede dieser Aktionen war eine eigene Schlacht, die wir geführt haben ohne Waffen, mit leerem Bauch und ohne besonders große Erfahrung. Wir haben uns ja auch in eine große Gefahr begeben, wir haben 90 GenossInnen dabei verloren. Die gesamte Gruppe Carmagnole in Lyon ist eigentlich dreimal komplett ausgewechselt worden, weil wir ja in Lyon insgesamt ungefähr 30 waren. Dennoch haben wir die Stadt am Ende gehalten — diese Stadt Lyon, die gegen Ende des Krieges eigentlich von aller Résistance gesäubert worden war.

Ich möchte schließen mit einer Geschichte vom Aufstand in Villabanne, ein Aufstand, der eigentlich völlig zufällig ausgebrochen ist. Das war am 24. August 1944. Wir hatten damals den Befehl, französische PatriotInnen aus dem Gefängnissen von Lyon zu befreien. Das war auch sehr wichtig, weil diese Leute ansonsten alle gestorben wären. Man hatte ja nach der Befreiung rund um Lyon hundert Massengräber gefunden, darunter auch eines, in denen jene Jeanine Sonntag hingerichtet worden war, von der ich vorhin erzählt habe. Wir hatten also an diesem Tag ein Abkommen mit bestimmten Kräften innerhalb der französischen Polizei, die sich der Résistance zuordneten, daß wir mit ihren Lastwagen diese Gefangenen aus den Gefängnissen herausholen sollten.

Das hat aber nicht alles so geklappt, wie es vorgesehen war. Es gab dann einen Gegenbefehl, manche von diesen Häftlingen sind selbst geflüchtet, manche wurden befreit. Auf jeden Fall standen wir dann in Villabanne zum ersten Mal mit unseren Waffen sichtbar, offen mit unseren Armbinden und die Deutschen haben uns angegriffen. Und die französische Bevölkerung ist auf uns zugekommen, aus den Häusern mit Fahnen in der Hand und hat sich an unsere Seite gestellt als die Befreier und hat geschrien *»Es leben die Befreier!«* Wir sind dann zusammen zum Rathaus marschiert, ins Stadtzentrum und haben dem dort tagenden Stadtrat gesagt, daß seine Zeit nun abgelaufen sei. Der Platz auf dem Rathaus, ein sehr großer Platz, hat sich angefüllt mit Menschen und die Franzosen und Französinnen haben Waffen gefordert. Ich war damals sehr perplex, weil ich eigentlich den Befehl hatte, nur die Leute aus den Gefängnissen zu befreien und ich dachte, man würde mich erschießen, weil ich etwas ganz anderes erreicht hatte, als mein Befehl war. Ich habe mich dann nachmittags um vier mit meinem Chef getroffen, sofort, der hat sich wiederum mit einem anderen Verantwortlichen rückgesprochen und der Aufstand ist im Nachhinein dekretiert worden. Wir haben rund um Villabanne Barrikaden gebaut und wir haben darauf gewartet, daß die Leute



Henri Krischer auf dem Hearing

aus dem Maquis rund um die Stadt uns zu Hilfe kommen. Das ist aber nicht eingetreten, weil sobald die Leute aus dem Maquis[5] gehört haben, daß die MOI diesen Aufstand in Villabanne getragen hat, d.h. die Eingewanderten, haben die alle davon Abstand genommen, uns zu unterstützen. Sie sind alle dort geblieben, wo sie waren, sie haben sich nicht bewegt. Wir haben dann in Lyon auf die amerikanische Armee gewartet, die aus Nordafrika kam. Aber wir haben bewiesen, daß wir sehr wohl in der Lage waren, zu dieser Befreiung beizutragen, wir, die ImmigrantInnen, die Juden.

Jetzt hatte mal die SS Angst

Wir haben die SS, die wir gefangengenommen haben, gut behandelt. Ich habe es mir dann nicht nehmen lassen, die aufzusuchen, die wir gefangen genommen haben, und habe sie in meinem nicht sehr guten Deutsch gefragt: *»Wißt ihr, wer Euch gefangen genommen hat?«* Und sie sagten: »Na ja, die Partisanen.« Da meinte ich: *»Das reicht nicht.« »Na ja, die Franzosen«*, war dann die Antwort. *»Nein, das reicht immer noch nicht.«* Und dann habe ich gesagt: *»Wißt ihr, wer das war, das waren ausländische Juden, die euch gefangen genommen haben.«* Ich muß sagen, das war ein sehr guter Moment, denn sie hatten mir ja viel Angst in meinem Leben eingejagt, diese SS-Leute, aber in diesem Moment hatten sie mal Angst vor mir. ■



Französische Partisanen brachten den Zug zum Entgleisen



Anmerkungen:

1) Vichy-Regime: französische Regierung, die mit den Nazi-Besatzern kollaborierte

2) FTP: Francs-tireurs et partisans, kommunistische Partisanen.

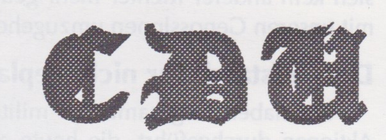
FTP/MOI: die internationalistische Abteilung der FTP.

3) »Rotes Plakat«, Fahndungsplakat

4) Jeanine Sontag war Führungsmitglied von Carmagnole

5) Maquis: die Widerstandsbewegung (Résistance) außerhalb der Städte

Am äußeren Rand der



In letzter Zeit sind mehrere Fälle bekannt geworden, wo Unionsmitglieder teilweise enge Kontakte zum rechtsradikalen Spektrum unterhalten:

So schreibt in SUSPEKT, der Landesverbandszeitung der BERLINER SCHÜLER UNION (BSU), der Berlin-Redakteur der JUNGEN FREIHEIT, MARTIN OTTO. Unter der Überschrift »Noch ein Holocaust Mahnmal?« beklagt Otto in Suspekt Nr. 6 eine »denkmalsstifterische Aktivität von ungeheurem Ausmaß« und fürchtet »die schon bereitliegende Faschismuskeule«. Doch da selbst Kanzler Kohl und Ignatz Bubis den prämierten Denkmal-Entwurf kritisieren, sei die Hoffnung »vielleicht nicht unberechtigt, daß sogar ein Stück Normalität in die Berliner Republik einziehen könnte«.

Dieselbe Ausgabe des BSU-Blättchens präsentiert eine Forderung des innenpolitischen Sprechers der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, DIETER HAPEL: »Ein härteres Durchgreifen gegenüber dem Sozialhilfe-Mißbrauch insbesondere durch Bosnier-Banden« sei notwendig. Um dies umzusetzen, möchte der 44jährige »eine erkennungsdienstliche Behandlung der Antragsteller einführen«.



Dieter Hapel von der Berliner CDU

Da wundert nicht, daß HELGE DRESCHER, der zahlreiche Kontakte zu faschistischen Organisationen hat (*Antifa Info-Blatt Nr.28*), noch immer in der CDU weilt. Dabei will laut BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ)[1] selbst die Junge Freiheit mit Drescher nichts mehr zu tun haben. Sie erwirkte gegen ihn eine einstweilige Verfügung, so daß Drescher den »Junge-Freiheit-Leserkreis Berlin« in »Deutsches Kolleg« umbenennen mußte. JF-Chefredakteur DIETER STEIN begründete dies laut BBZ mit »rechtsradikalen Tendenzen« im Leserkreis.

Aus Berlin stammte auch ein von Mitgliedern der JUNGEN UNION (JU) verfaßtes 12-Punkte-Programm.[2] In dem von den Wilmersdorfer JU-Mitgliedern ROMAN HÖPFNER, JAKOB PRINZ und ADRIAN WINKLER verfaßten Papier wird »eine starke nationale volkskonservative politische Führung« ebenso gefordert wie »die vorrangige Versorgung des deutschen Bürgers bei Arbeit, Wohnung und Sozialleistung« sowie »die Begünstigung deutscher, kinderreicher Familien«. Die JU-Wilmersdorf forderte 1994 den Ausschluß Winklers, nachdem dieser geäußert hatte, die CDU könne das »christlich« in ihrem Namen streichen, wenn jüdische Mitglieder wie Michel Friedmann im Bundesvorstand säßen.

Konservativer »Arbeitskreis«

Der Rechte Rand[3] berichtet aus Braunschweig von einem ARBEITSKREIS JUNGER KONSERVATIVER (AJK). Dieser sei im November 1993 von Mitgliedern der CDU-Studentenorganisation RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) gemeinsam mit Burschenschaftlern der ALEMANNIA und der THURINGIA ins Leben gerufen worden. Als maßgeblicher Initiator des Arbeitskreises gilt FRANK BÖTZGES, der freier Mitarbeiter der JUNGEN FREIHEIT und Vorsitzender des CHRISTLICH-KONSERVATIVEN DEUTSCHLAND FORUMS gewesen ist. Als Referenten lud der AJK etliche Bekannte aus dem Spektrum der sogenannten »Neuen Rechten«: So den Historiker KARL-HEINZ WEIßMANN, KLAUS WEINSCHENK (vormals REP-Vorsitzender in Berlin), CRITICON-Herausgeber CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING oder den Osnabrücker Soziologie-Professer ROBERT HEPP, der nicht nur in Junge Freiheit, Criticon und den STAATSBRIEFEN schreibt, sondern auch in seinen »wissenschaftlichen« Schriften einen »Volkstod in der Form wachsender Überfremdung« heraufbeschwört. Auch der Braunschweiger Rechtsanwalt und Europaabgeordnete JOACHIM CLEMENS hielt im vergangenen Jahr einen Vortrag beim AJK.

Der CDU'ler forderte eine weitere Einschränkung der verschärften Asylgesetzgebung. Clemens hatte bereits 1982, damals Bundestagsabgeordneter, für Aufsehen gesorgt, als er sich an einem Antrag beteiligte, der die Verurteilung des Nazi-Idols und HITLER-Stellvertreters RUDOLF HEß kritisierte und dessen sofortige Freilassung forderte.

In diese Reihe paßt auch das Verhalten des Braunschweiger CDU-Ratsherren R.MANLIK: Der Kriminalpolizist griff am Volkstrauertag 1994 TeilnehmerInnen einer genehmigten Kundgebung für die Opfer eines Braunschweiger Konzentrationslagers an. Als Begründung gab er an, die Kundgebung habe eine in der Nähe stattfindende Kranzniederlegung gestört, an der neben Manlik auch Mitglieder der ORDENSGEMEINSCHAFT DER RITTERKREUZTRÄGER teilnahmen. Das Verwaltungsgericht stellte die Rechtswidrigkeit von Manliks Angriff fest.

Konservative »Initiative«

Als »geistig-politische Eingreiftruppe« versteht sich laut JUNGER FREIHEIT[4] eine von der JUNGEN UNION Mittelfranken gegründete Konservative Initiative. Hauptprogrammpunkt des fränkischen CDU-Nachwuchses ist der Kampf gegen den (linken) »Zeitgeist«, gegen die »Political Correctness« und und »journalistische Kommissare«, die angeblich versuchen, »die Freiheit konservativ Andersdenkender zu erdrosseln«. Wie DIETER HUMMEL von der JU Mittelfranken in einem JF-Artikel ankündigt, wollen die strammen Jungunionisten bundesweit mit »Aktionen und Veranstaltungen konservativ Flagge« zeigen. Ziel ist eine geschlossene rechte Formation innerhalb der CDU/ CSU:

»Gerade auch wertkonservative Christen, Mittelständler, Paneuropäer, Antikommunisten und Nationalpatrioten müssen ihre Stimme vernehmlicher als bisher erheben.«

Militante Nazis

Aus dem Bundesland Brandenburg weiß die Zeitung *Was geht ab?*[5] zu berichten, daß militante Nazis bei der JUNGEN UNION untergekommen sind. Am 28. Mai diesen Jahres wurde in den Reihen der JU Luckenwalde MICHAEL BARTH gesichtet. Barth war zuvor im FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ) organisiert, ein Nachfolger der 1992 verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Als solcher beteiligte er sich an einer Flugblatt-Kampagne gegen das örtliche Flüchtlingsheim.

Ebenfalls aus Luckenwalde stammt BERT LINDNER, stellvertretender Vorsitzender des JU-Kreisverbandes Teltow-Fleming. Lindner trat bald nach der 'Wende' der NF bei und war in deren Nachfolgeorganisationen FMJ und DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND aktiv.

Wie Barth ist Lindner ein für Schulungen zuständiger Nazi-Kader. Im Mai 1993 ward er in Dänemark bei THIES CHRISTOPHERSEN gesehen, als dort ein internationales Treffen von Nazi-Aktivisten angesagt war.

Auch die Faschistin SILKE WUNDERLICH (*siehe Antifa Info-Blatt Nr.31, Seite 32*) ist in Erlangen in der Jungen Union organisiert – behauptete sie selbst zumindest gegenüber dem Bundeskriminalamt. ■

Anmerkungen:

1) Berlin-Brandenburger. Zeitung der Nationalen. Ausgabe Dezember 1994/ Januar 1995.

2) Der Tagesspiegel vom 19.September 1994.

3) Der Rechte Rand Nr.36 (September/ Oktober 1995), Seite 16.

4) Junge Freiheit Nr.42/95, Seite 5.

5) Was geht ab? Nr.8, Seite 20f.

Auf dem rechten Weg

Der neue Kurs der 'Wochenpost'

Beim Kampf um neue Leserinnen und Leser verirrt sich die Wochenpost in letzter Zeit öfter mal in die Zielgruppe einer bekannten Potsdamer Wochenzeitung. Der Abwärtskurs des Blattes hatte den Verlag Gruner & Jahr im Frühjahr 1994 dazu bewegt, den Chefredakteur Matthias Greffrath, einen 68er-Linken, abzusetzen. Die Wochenpost führt jetzt DR. MATHIAS DÖPFNER. Seitdem schlägt den LeserInnen der vormals auflagenstärksten Wochenzeitung der DDR beizeiten ein rechter Wind entgegen.

So zeigte eine Karikatur ein trojanisches Pferd mit der Aufschrift »Asyl«. Aus diesem springen bewaffnete Menschen auf die Straße.[1] Der stellvertretende Chefredakteur THOMAS SCHMID beklagt das Fehlen eines »hellen Patriotismus«. »Natürliche Heimatlichkeit« müsse wieder eingeführt werden, schließlich sei Patriotismus ja gar nicht so schlimm – wie er mit einem Blick in die Geschichte beweisen will.[2] Und im Oktober präsentierte die Wochenpost die Erkenntnis, daß JÖRG HAIDER »Österreich in gewissem Sinne modernisiert« habe, denn: »Nach 50 Jahren Dauerkoalition werden die politischen Karten in der stabilitätssüchtigen Alpenrepublik neu gemischt – dank Jörg Haider.«[3] Daneben will die Wochenpost größere Kriegsbereitschaft und hartes Durchgreifen in Asylfragen. Und natürlich wird auch das von »einer Minderheit nichtchristlicher Eiferer« erwirkte Kruzifix-Urteil kritisiert.[4]

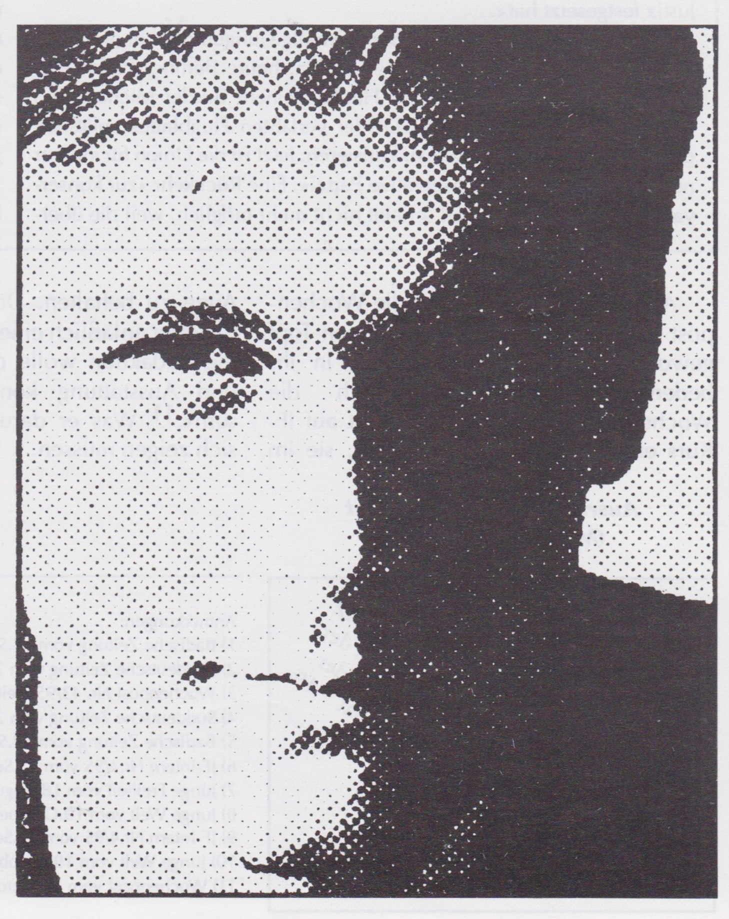
Döpfner, laut der *Badischen Zeitung* ein »Jung-Konservativer«, genießt allerdings nicht den vollen Rückhalt seiner Redaktion. Etliche Journalistinnen und Journalisten haben die Wochenpost wegen dem Kurs des 31jährigen bereits verlassen, darunter auch leitende Redakteure, ja selbst Mitglieder der Chefredaktion.[5]

Große Freude hingegen äußert die JUNGE FREIHEIT über den Kurs der Wochenpost: »Der Wind beginnt sich langsam auch in der Medienlandschaft zu drehen«, urteilt JF-Chefredakteur DIETER STEIN.[6] Zudem gibt es durchaus Verbindungen zwischen der bis vor kurzem in Potsdam verlegten Wochenzeitung und der von Gruner & Jahr:

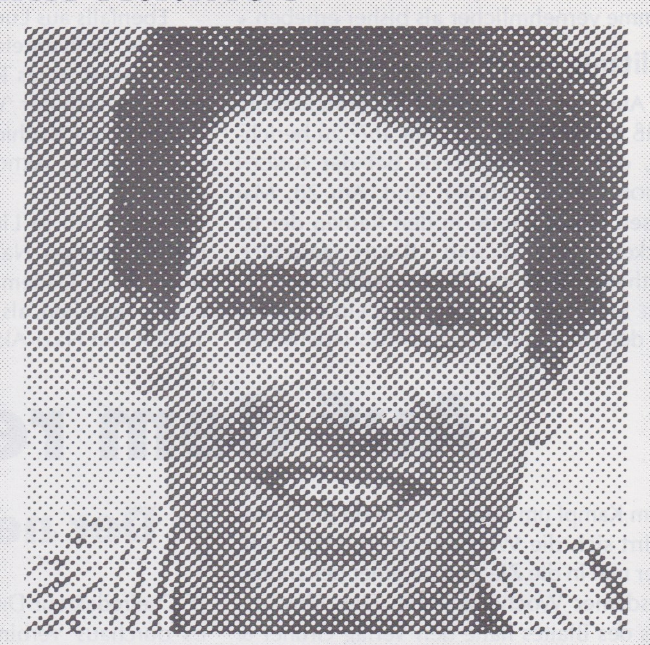
Der stellvertretende Wochenpost Chefredakteur Thomas Schmid füllte im August eine ganze Seite der Jungen Freiheit über die »68er Bewegung«. »Über Nation oder gar die Frage der deutschen Vereinigung war ein Diskurs nicht möglich«, beklagt sich Schmid, und: »das Ziel der Gleichheit war nicht hinterfragbar«.[7]

Für die Wochenpost schreibt laut der *jungen Welt* auch ein gewisser FRANK HAUKE (siehe nächste Seite) – als »freier Mitarbeiter«.[8] Der 26jährige ist nicht nur Abonnent der Jungen Freiheit, sondern publiziert in dem rechten Sammelband »Wir 89'er«, über den Stein zu berichten weiß: »Fast alle der zwölf Autoren sind zudem in irgendeiner Weise mit dem Projekt JF als Redakteure oder Schreiber verbunden.«[9] Als Hauke im Sommer für die Wochenpost ein Interview mit Angela Marquardt führte, brachte er das Gespräch auf die Junge Freiheit. Auf die Äußerung der PDS-Vize-Vorsitzenden, es sei »legitim zu verhindern, daß die Junge Freiheit gedruckt werden kann« reagierte die rechte Wochenzeitung, laut *junger Welt* noch am Erscheinungstag mit einer Strafanzeige.[10]

Ein »Jung-Konservativer«, der der 'political correctness' den Kampf angesagt hat: Mathias Döpfner



Wer ist Frank Hauke?



Der 26jährige Journalist aus Berlin-Neukölln schrieb schon vor über zehn Jahren im »konservativen Jugendmagazin« NEWS. Im Laufe der Zeit wurde Hauke zum Chefredakteur dieser von der Neuköllner JUNGEN UNION und SCHÜLERUNION herausgegebenen Zeitung. Als solcher war er 1987/88 mitverantwortlich für eine Kampagne gegen die VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Insbesondere hetzte er gegen einen Geschichtslehrer, der »Mitglied der kommunistisch unterwanderten und DDR-freundlichen VVN« sei. Dieser war daraufhin rechten Drohanrufen ausgesetzt. Der Fall kam sogar in der Bezirksverordnetenversammlung zur Sprache und war für Volksbildungsstadtrat Jürgen Colell (SPD) Anlaß, sich bei CDU-PolitikerInnen über News zu beschweren. Das paßte ins Weltbild des Frank Hauke, bezeichnete er doch die SPD wegen ihrem Verhältnis zur DDR als »Helfershelfer der Unterdrücker«.

In einem Artikel vom September 1988 spricht Hauke, der auch den rechten Appell »Gegen das Vergessen« zum 8. Mai 1945 unterzeichnet hat, von DDR-BürgerInnen als »Mitteldeutschen«. »Ostdeutsche« sind für ihn hingegen AussiedlerInnen aus osteuropäischen Staaten. Sie seien mit »der widerrechtlichen Abtrennung der deutschen Ostgebiete (...) Fremde im eigenen Land« geworden.

Entsprechend nennt der Westberliner im »JF-Buch« (so bezeichnet in JF-INTERN) »Wir 89'er« auf die Frage nach dem bedeutensten »Datum der deutschen Geschichte« den »Tag der Befreiung, der 9.11.1989«. In dem Buch beklagt sich Hauke, der ein Gespräch mit der *jungen Welt* wegen ihrer »politischen Ausrichtung« ablehnte, über mangelnde Toleranz – den Konservativen gegenüber versteht sich. Besonders beschwert er sich über »die um sich schlagende Antifa« sowie »die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch linksdominierte Medien, die Faschismus-Keule und zunehmende Fälle linkslastiger juristischer Entscheidungen. So zeige das Urteil im Fall Kaindl, »wie weit die selbsternannte 'antifaschistische' Argumentation sich bereits in den Köpfen der Justiz festgesetzt hat«.

Keine Hoffnung mehr setzt der ehemalige Jungunionist in die CDU. Denn 1990 wagte Hanna-Renate Laurien, heute Berliner Parlamentspräsidentin, den Stil eines von Hauke, seinem Bruder Michael und einem weiteren Nachwuchs-CDU'ler verfaßten Flugblattes anläßlich der DDR-Volkskammerwahl zu kritisieren. Jetzt ist die Union für ihn nur noch »eine angeblich konservative Partei«. Eine Rückkehr »zur konservativen Tradition der Partei scheint nicht mehr möglich, weil die überwiegend rechte Basis lethargisch geworden ist und die mehrheitlich linke Führung mit Zähnen und Klauen ihren Besitzstand verteidigt«.

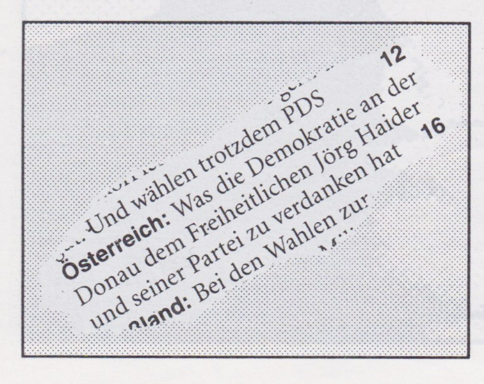
Stattdessen favorisiert der ehemals für das Springer-Blatt *Berliner Morgenpost* tatige Journalist, die FDP, zumindest den nationalen Flügel der strauchelnden Partei. Diese könne durch einen Kurs rechts der CDU/CSU ihr Überleben sichern.Das zeige »ein Blick auf die einstige österreichische Schwesterpartei der FDP: Jörg Haider führte die FPÖ mit seiner Öffnung nach rechts innerhalb von nur acht Jahren von unter fünf auf fast 23 Prozent«.

Nach Hauke gelte es »vor allem die deutsche Einheit zu vollziehen; nicht nur staatlich, sozial und wirtschaftlich, sondem vor allem national«. Und ganz wichtig ist ihm natürlich, das angeblich so linke Meinungsklima in der Bundesrepublik zu kippen. Sein Mittel dazu: »Konservative dürfen sich durch Hetzjagden nicht mehr einschüchtern lassen, müssen in die Offensive gehen und den Antifa-Angriffen mit Rückgrat entgegentreten«.

Interessant auch Haukes Antwort auf die Frage nach »seinem Symbol«: »Die ausgestreckte Hand«. Wie er das wohl meint?

Allerdings soll hier nicht die Wochenpost mit der Jungen Freiheit in einen Topf geworfen werden. Zwar gibt es in ihr bedenkliche Tendenzen, doch die Wochenpost ist noch längst nicht auf JF-Kurs eingeschwenkt. Aber es gilt, sie im Auge zu behalten. Döpfner kündigte im Oktober anläßlich einer Preiserhöhung an, die Redaktion wolle das Blatt »in Inhalt und Ausstattung kontinuierlich verbessern«.[11] Was er darunter versteht, wird sich zeigen müssen. ■

Ausriß aus der Wochenpost (Mitte Oktober 1995)



Anmerkungen:
1) Badische Zeitung vom 12.September 1995.
2) Süddeutsche Zeitung vom 29.August 1995.
3) Wochenpost Nr. 43/95, Seiten 16 und 18.
4) Süddeutsche Zeitung vom 29.August 1995.
5) Badische Zeitung vom 12.September 1995.
6) JF-intern Nr.4/95 vom 21.September 1995.
7) Junge Freiheit vom 18.August 1995, S.13.
8) Junge Welt vom 19.Oktober 1995.
9) JF-intern Nr.4/95 vom 21.September 1995.
10) Junge Welt vom 19.Oktober 1995.
11) Wochenpost vom 19.Oktober 1995.

Junge Freiheit in Berlin

Ende Oktober verlegte die rechte Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT ihren Redaktions- und Verlagssitz von Potsdam nach Berlin. Diesmal bevorzugte die Redaktionsriege allerdings den stillen Umzug, nachdem Ihnen im Januar 1994 AntifaschistInnen bei der Umstellung auf wöchentliches Erscheinen erhebliche Probleme bereiteten.

Das Blatt sitzt jetzt an der Bezirksgrenze von Kreuzberg und Mitte in der Zimmerstraße 55 (10117 Berlin, Tel. 030-203991-0, Telefax 030-203991-14).

Allerdings sind die rechten Schreiberlinge schon immer in Berlin präsent gewesen: So die Redakteure WOLFGANG FENSKE (Spandau) und MARTIN OTTO, THORSTEN THALER aus Reinickendorf sowie JF-Buchhalterin SABINE PAUL (aus dem Stadtteil Moabit).

Antifa-Aktionen – immer und überall



Bremerhaven:

DVU-Material in »Brauer Tonne«

Auch nach den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft in diesem Jahr trifft die Deutsche Volksunion immer wieder auf engagierte AntifaschistInnen, die ihnen das Leben schwer machen.

Am 31.August 1995 beteiligten sich ca. 70 überwiegend jugendliche Leute an einer öffentlichen Überplakatier-Aktion gegen DVU-Werbung. Die Polizei fand diese Idee allerdings gar nicht gut. Sie nahm willkürlich Personalien auf, drohte mit Anzeigen und kündigte an, Namen und Adressen an die DVU weiterzugeben. Aus einer Kamera des Offenen Kanals wurde polizeilicherseits eine Videokassette entfernt (»freiwillig abgegeben« wurde das später genannt) und Plakate beschlagnahmt. Zugleich wollten die diebischen »Ordnungshüter« nicht einmal ihre Dienstnummern herausrücken.

Durchaus erfolgreich war dagegen die Blockade eines DVU-Standes am 23.September diesen Jahres. Viele PassantInnen nahmen die von der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) angebotene Möglichkeit wahr und entsorgten sogleich die DVU-Propaganda in einer »Braunen Tonne«.

Berlin:

Gegen den »Tag der Heimat«

Grün war die dominierende Farbe bei den Auftaktveranstaltungen am ersten Septemberwochenende zum »Tag der Heimat« des BUNDES DER VERTRIEBENEN (BdV). Von der Kranzniederlegung am Vertriebenen-Denkmal am Theodor-Heuss-Platz, über je einen katholischen und evangelischen Gottesdienst bis hin zur alljährlichen Großveranstaltung war die Polizei stets in großer Anzahl präsent.

Unter den TeilnehmerInnen der Veranstaltung fanden sich zahlreiche prominente Politiker, so Berlins Regierender Bürgermeister EBERHARD DIEPGEN (CDU), der bei auf der Großveranstaltung in der Charlottenburger Sömmeringhalle Einzug hielt, als wäre es seine Privatveranstaltung. Weniger triumphal traten die SPD-Politikerinnen INGRID STAHMER und MONIKA WISSEL auf, die es sich dennoch nicht nehmen ließen, die »Leistungen« der Vertriebenen-Verbände zu »würdigen«. Anwesend waren auch der CDU-Rechtsaußen HEINRICH LUMMER sowie Bundesbauminister KLAUS TÖPFER.

Im Vorfeld der Veranstaltungen am 2. und 3. September 1995 hatte das *Bündnis gegen den »Tag der Heimat«* zu einer Kundgebung vor der Sömmeringhalle aufgerufen und versucht, über den Charakter des Bundes der Vetriebenen aufzuklären. Dies war allerdings nicht sonderlich erfolgreich, denn sowohl Bezirkspolitiker von CDU und SPD als auch die Pfarrer der Kirchengemeinden, wo die Gottesdienste stattfanden, beriefen sich auf die alljährliche Förderung des BdV durch die Bundesregierung in Millionenhöhe.

Polizei und Verfassungsschutz befürchteten Aktionen gegen das Revanchisten-Meeting und warfen ein Auge auf die aktiven AntifaschistInnen. Die *junge Welt* will interne Papiere der Behörden in die Hand bekommen haben, aus denen hervorgehe, daß der VS über Interna aus den Bündnistreffen Bescheid wisse. Diese Auffassung wurde allerdings nicht von allen Leuten aus dem Bündnis geteilt.

Die Kundgebung gegen die Großveranstaltung des BdV war mit 250 Leuten eher schwach besucht. Die Männer in Grün hatten es sich zudem nicht nehmen lassen, die Kundgebung nur weitab vom Vertriebenen-Treff zu genehmigen und eine direkte Beschallung der Halle mit Musik oder Redebeiträgen zu verbieten.

Keine Republikaner-Veranstaltung

Am Tag vorher mußten die REPUBLIKANER eine für den 13. August'95 geplante Veranstaltung absagen.

Grund dafür ist laut SVEN THOMAS FRANK vom Berliner Landesverband der REPs »die offensichtliche Gefahr, daß diese Veranstaltung von gegnerischen politischen Kräften von rechtsaußen und linksaußen umfunktioniert werden könnte«.

Ferner kritisierte Frank den Bericht eines Fernsehsenders, daß zu dieser Veranstaltung der NPD-Vorsitzende GÜNTER DECKERT erwartet werde. Diese »diabolische Meldung« zeige »deutlich die journalistische Verwahrlosung in öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten«.

Das Antifa-Info...

... im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck nebenan benutzen, da dürfte eigentlich nichts mehr schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.

Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

... Nachbestellung

Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen, ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

... zum Weiterverkaufen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

... Preise

Abo (5x eine Ausgabe/ca. ein Jahr):	30,00 DM
Doppelabo (5x zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	5,00 DM
ab fünf Stück:	20% Rabatt
ab 50 Stück:	25% Rabatt

(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

... Überweisungen:

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Bereits erschienene Infos:

(Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM)

Ausgabe	Datum		Preis
INFO 0	87	Kopie	3,00 DM
INFO 1	6/87	Kopie	6,00 DM
INFO 2	12/87	Kopie	4,50 DM
INFO 3	3/88	Kopie	6,50 DM
Sondernr.	5/88	Kopie	3,50 DM
INFO 4	9/88	Kopie	7,50 DM
INFO 5	11/88	Kopie	6,00 DM
INFO 6/7	2/89	Kopie	8,50 DM
INFO 8	5/89	Kopie	8,50 DM
INFO 9	10/89	Kopie	9,50 DM
INFO 10	2/90	Kopie	7,00 DM
INFO 11	5/90		3,00 DM
INFO 12	9/90	Kopie	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91		3,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b	11/92	Kop.	10,50 DM
INFO 21	3/93		4,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM
INFO 26	3/94		5,00 DM
INFO 27	6/94		5,00 DM
INFO 28	11/94		5,00 DM
INFO 29	3/95		5,00 DM
INFO 30	6/95		5,00 DM
INFO 31	9/95		5,00 DM
INFO 32	11/95		5,00 DM

INFO-Paket 1: 11,13,14,17,18,23 gibt's für 12,- DM incl. Porto.

INFO-Paket 2: 25,26,27,28,29,30 gibt's für 18,- DM incl. Porto.

INFO-Paket 1+2 zusammen gibt's für 27,- DM incl. Porto.

Protest gegen Wahlkampf der »Nationalen«

Am 14.Oktober 1995 zog eine Gruppe AntifaschistInnen durch die Wilsnaker Straße in Berlin-Moabit. Damit wollten sie auf das Treiben der NATIONALEN und der REPUBLIKANER in diesem Stadtteil aufmerksam machen (siehe Seite 16).

Die herbeigerufene Polizei kutschierte im Anschluß an die Aktion CHRISTIAN WENDT, Funktionär der Nationalen und Redakteur der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG, durch die Umgebung und stellte von den Leuten, die Wendt ihnen zeigte, die Personalien fest.

Düsseldorf:

Fünf Jahre deutsche Einheit

Der Austragungsort der fünften Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober 1995 war die nordrheinwestfälische Landeshauptstadt. Auch dieses Jahr gab es Gegenaktionen, um den Herrschaften ihr Fest zu vermiesen. Nachdem es letztes Jahr in Bremen gelungen war, die Feierlichkeiten massiv zu stören, orientierten sich die OrganisatorInnen am Bremer Konzept. Für den Fall, daß die Demo verboten wird, sollten dezentrale Aktionen stattfinden.

Die Sicherheitskräfte hatten ebenso aus den Ereignissen gelernt und dieses Jahr den volksnahen Charakter der Feier stark eingeschränkt. Die Festlichkeiten der Prominenz fanden schön abgeschirmt mit je 30 geladenen BürgerInnen aus jedem Bundesland statt. Trotz klarer Deeskalationslinie, die ein ruhiges Ablaufen der Feierlichkeiten in diesen Jahr sichern sollte, kam es im Vorfeld am 23. September und in der Nacht zum 3. Oktober zu Entglasungen und kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Demonstration wurde erlaubt und starke Gerbärden der Bullen im Vorfled stellten sich als heiße Luft heraus. Die Mobilisierung nach Düsseldorf und die Organisation der Demo waren gut und erfolgreich, so nahmen etwa 3000 bis 4000 Leute teil. Ein breites Spektrum von kommunistischen Gruppen über Jusos und die PDS bis hin zu autonomen Gruppen war vertreten. Entsprechend bunt war die Demo und die Stimmung gut. Am Sammelpunkt der Demo wurden einige FaschistInnen, die besoffen am Rand standen und pöbelten, des Platzes verwiesen.

Göttingen:

Diesmal ohne »Schwarzen Block«

Am 2. Oktober fand in Göttingen die alljährliche Demonstration gegen die deutsche Einheit mit einigen hundert Leuten unter starker Polizeipräsenz statt. An sich ein Erfolg, doch ein Blick auf die gesamte Situation und die Vorbereitungen zeigt an den Ereignissen dieses Tages die Widersprüche, Fehler und Schwächen der GöttingerInnen und ihres Konzeptes auf.

Auf das Verbot der von der Antifa (M) angemeldeten Agit-Prop-Aktion und Demo reagierte diese mit dem Ausstieg aus allen Vorbereitungen. Diese Handlung der Antifa (M) steht im Zusammenhang mit der anhaltenen Repressionswelle gegen sie. Mittlerweile sind 17 Personen nach Paragraph 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) angeklagt, die SchnüfflerInnen richten ihre ganze Aufmerksamkeit auf diese Gruppe. Sie soll kriminalisiert, ihre gesellschaftliche Verankerung in Göttingen zerstört werden.

Aber die Antifa (M) hat sich teilweise selbst mit ihrem Verständnis vom Schwarzen Block ins Abseits manövriert und es den Bullen leichtgemacht, sie anzugreifen. Nach dem Verbot für den 2.Oktober wurde weitermobilisiert, um einen Schwarzen Block durchzusetzen. Erst im Laufe des Wochenendes wurde eingestanden, daß man sich den Bedingungen der »Ordnungshüter« fügen mußte.

Die Antifa (M) wollte den Schwarzen Block als kontinuierlichen, passiv ausgerichteten Bestandteil bei Demonstrationen etablieren. Der 2.Oktober hat gezeigt, daß dieses Konzept der propagierten, aber nicht ausgeführten Militanz gescheitert ist. Die Bündnisse der Antifa (M) gingen schon nach leichten Ausschreitungen bei einer Demo gegen die Durchsuchungen im Juli 1994 in die Brüche.

Die Kritik an der Funktionalisierung des Schwarzen Blockes als uniformiert und martialisch auftretende Einheit besteht längere Zeit und hat sich leider bestätigt. Da läßt sich auch nichts herunterspielen oder pathetisch beschönigen, wie in der Antirepressionszeitung *Einsatz* geschehen, wo die Demo als voller Erfolg gewertet wurde – mit überhöhter TeilnehmerInnenzahl.

Weißmann wird bunt

In der Nacht zum 20. September 1995 verschönerten AntifaschistInnen in Bovenden bei Göttingen die Wohnung von KARL-HEINZ WEISSMANN mit Farbbeuteln. Der rechtslastige Historiker und Publizist beziffert den entstandenen Schaden auf 10.000 DM. Weißmann schreibt u.a. für die JUNGE FREIHEIT, für NATION & EUROPA und CRITICON und tritt beim STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM auf.

Hetendorf:

Zweiter Antifaschistischer Sonntagsspaziergang

Am 1. Oktober trafen sich cirka 300 AntifaschistInnen aus dem autonomen Spektrum und einige BürgerInnen plus Dorfpfarrer in Bonsdorf, um von dort im Konvoi nach Hetendorf zu fahren. Sie wurden dort bereits von zwei Hundertschaften Polizei mit Pferde- und Hundestaffel erwartet, die den AntifaschistInnen den Zugang zum Nazizentrum versperrten. Vor der Sperre wurde über Megaphon ein Redebeitrag verlesen. Über einen Acker kamen die DemonstrantInnen später doch an das Zentrum heran. Dort wurden Redebeiträge verlesen. Auf dem Rückweg kam es noch zu Rangeleien mit der Polizei, die mit Pferden in den Spaziergang reinritt.

Anschließend fuhr ein Großteil der Leute nach Meißendorf, wo sie gegen den führenden Kopf der Wehrsportgruppe Freundeskreis Kirsch/Knoop, Eckhard Knoop, protestierten. Knoop ist Mitglied im Ortsrat und unterhält in seinem Wohnhaus die Kneipe »Kick in« (Winsener Str.9). Hier verkehren rechtsradikale Jugendliche – beispielsweise Björn Wiebke (Ostenholzer Str. 39). Bei dem 21jährigen fand die Polizei Aufkleber mit verbotenen NS-Symbolen sowie Waffen. Nach eigenen Angaben ist er Mitglied der Republikaner.

Die Polizei versperrte den Antifas den Dorfeingang, wobei sie auch Knüppel einsetzte und eine Person festnahm.

Passau:

»Für eine unterdrückungsfreie Gesellschaft«

Für den 30. September'95 hatte das *Bündnis gegen die DVU* zu einer Demonstration gegen die alljährliche Großveranstaltung der Deutschen Volksunion mobilisiert. Im Bündnis arbeiteten autonome Gruppen, Grüne und »bürgerliche« Organisationen zusammen. An der Demo unter dem Motto »Für eine unterdrückungsfreie Gesellschaft – Faschismus zerschlagen« beteiligten sich an die 1000 Leute, darunter ein von der Antifaschistischen Aktion Passau angeregter »großer, geschlossener und entschlossener Antifa-Block«. Dieser sollte unter dem Motto »Gegen Faschismus und Bullenterror – tretet in antifaschistische Aktion« auf die Repression gegen AntifaschistInnen aufmerksam machen.

Zur DVU-Veranstaltung, die bereits das 14.mal in der Paussauer Nibelungenhalle stattfand, wurden 2500 DVU-Fans aus der gesamten Bundesrepublik herangekarrt.

Rheine:

Protest gegen Fascho-Konzert

Ein »Begrüßungskomitee« aus etwa 100 AntifaschistInnen bildete sich spontan am 13. Mai 1995, um zu einem Konzert anreisende FaschistInnen zu empfangen. Insgesamt erschienen über 1000 Faschos in der Gaststätte »Zum Schwan« (Lange Straße 59) in Bevergern nahe Rheine.

Zwar reisten die meisten »Musikfans« mit dem Auto an, einige kamen jedoch per Zug und wurden am Bahnhof im westfälischen Rheine »empfangen«. Später wurden drei Leute festgenommen, denen die »Beschädigung« eines Faschisten-Fahrzeuges und Waffenbesitz vorgeworfen wird. Des Abends kam es zu weiteren Sachbeschädigungen, die insgesamt einen Schaden von mehr als 100.000 Mark anrichteten.

Bereits am 8. April und 12. Februar diesen Jahres hatte es in der Umgebung von Rheine Konzerte von Fascho-Bands (so mit 08/15 und Noie Werte) gegeben. Ermöglicht und koordiniert haben diese Konzerte der ex-Störkraft-Manager Torsten Lemmer, der heute 08/15 und Noie Werte unter Vertrag hat, und sein Freund Mike Bayer.

Rheinfelden:

Sozialhilfe statt Sachleistungen

Am 25. Juli diesen Jahres verweigerten die Flüchtlinge des Sammellagers Rheinfelden (Baden-Württemberg) die Annahme der ihnen vorgesetzten Lebensmittelpakete. Damit wollten sie ihre Forderung nach besserer Versorgung unterstreichen. Außerdem verlangen sie die Auszahlung von Sozialhilfe statt Sachleistungen. Dabei berufen sie sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Freiburg vom Beginn dieses Jahres gegen das Sachleistungsprinzip.

Am gleichen Tag fand auch eine Kundgebung vor dem Rathaus Rheinfelden statt, um die Aktion der Flüchtlinge zu unterstützen.

Solingen:

Antifas waren schneller

Ein *Kommando Conny Weßmann* »besuchte« am 22.Oktober 1995 »eines der größten faschistischen Propaganda und Verteillager« und fand zufällig mehr als 5000 Seiten wichtige Papiere: «Mit deutscher Gründlichkeit wurden über Jahre hinweg bundesweite Strukturen katalogisiert. In den Akten befinden sich Belege über finanzielle Transaktionen, Spenden, faschistische Vertriebsnetze und Strukturen, in denen u.a. die Namen RA Jürgen Rieger, Felicitas Deubel, Günther Kissel oder Thies Christophersen zu finden sind.«

Über den ungebetenen Besuch beim Lebenskunde-Verlag wurde die Polizei durch ein anonymes Fax informiert. Am Tatort stießen die Beamten auf Material, das die Antifas nicht mitgenommen hatten: Publikationen aus dem rechtsradikalen Spektrum, darunter auch welche, in denen der Holocaust geleugnet wird. Das brachte den Verlagsinhabern – laut der Erklärung vom Kommando Conny Weißmann Torsten Lemmer und Kurt Winter – gleich noch ein Verfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Das Kommando Conny Weßmann kündigte an, die Listen »zu gegebenen Zeitpunkt (...) der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wären die Akten dem Staatsschutz in die Hände gekommen,wären sie wie so oft der Öffentlichkeit vorenthalten worden«.

3. Antifaschistischer Sonntagsspaziergang

gegen das faschistische Schulungszentrum Hetendorf 13.

Dafür treffen wir uns am **17. Dezember 1995, diesmal schon um 12.00 Uhr,** in Bonstorf (Ortsmitte).
Nach dem Sonntagsspaziergang fahren wir gemeinsam zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen - Belsen um dort eine Kundgebung zu halten.

Bündnis gegen Rechts Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf
c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle
Für unsere Arbeit brauchen wir viel Geld (Plakate, Flugblätter usw.) deshalb spendet bitte auf das Konto: Info-Treff, Stichwort 1995, Postbank Hannover, BLZ 25010030, KontoNr. 384862-302.

Idealisten und Staatsmänner

Die türkischen Faschisten zwischen islamischem Fundamentalismus und nationalistischer Realpolitik

»Graue Wölfe. Eine faschistische Bewegung«, unter diesem Motto stand eine Veranstaltung des AStA der Technischen Universität Berlin am 30.Juni 1995. Der türkische Journalist und Politologe Tanil Bora berichtete von Entwicklung und gegenwärtiger Politik der *Milliyetci Hareket Partisi* (MHP - Nationale Aktionspartei), in Deutschland besser bekannt als »Graue Wölfe«.

Wir haben Boras Vortrag anhand der Notizen seines Manuskriptes zusammengefaßt. Im ersten Teil (Antifa Info-Blatt Nr.31) ging es um Ursachen und Spielarten des Nationalismus. In diesem Teil geben wir Boras Ausführungen zur faschistischen Bewegung wieder.

Die Ursprünge des Faschismus gehen auf die *pan-turkistische Bewegung* der 40er Jahre zurück. Als Kind des offiziellen *Kemalismus* stand die Bewegung von Anfang an unter direktem und indirektem Einfluß deutscher völkischer Ideologie. Sie vereinigt einen biologistischen Rassismus, Militarismus und den Kampf um eine faschistische Gesellschaftsordnung mit der laizistischen Distanz zum Islam, die auch den offiziellen Kemalismus prägt. Dabei träumen sie von »*Turan*«, dem utopischen »promised land« aller Türken in- und außerhalb der heutigen Türkei.

Während des 2.Weltkrieges hofften die Kader des Pan-Turkismus auf einen deutschen Sieg. Zunächst gelang es ihnen, Einfluß im »ideologischen Staatsapparat« zu erlangen. 1944 wurde dieser von Turanisten gesäubert. Nach einem Schauprozeß galt der Turanismus als rechter Extremismus, seine Kader sickerten zwar in die rechte Zentrumspartei ein, mußten sich aber liberal-demokratisch tarnen.

Zur faschistischen Sammlungsbewegung wurde seit dem Ende der 60er die Milliyetci Hareket Partisi (MHP). Sie sammelte die Altkader des Pan-Turkismus und das Potential der Vereine zur Bekämpfung des Kommunismus, in denen sich landesweit eine reaktionäre Massenbewegung zwischen Islam und Nationalismus gesammelt hatte. Die eigentliche Keimzelle der MHP war die Republikanische Bäuerliche Nationalpartei (CKMP), die das kleinbürgerliche anti-modernistische Protestpotential Mittelanatoliens vertrat. Ihr Führer war der turanistische Altkader Oberst Alpaslan Türkes, 1960 mächtiger Drahtzieher des Militärputsches. 1965 übernahm er mit seinen Unterstützern die CKMP.

Bis 1970 blieb ein - zum Teil islamisch getönter - Antikommunismus das entscheidende verbindende Element der Partei, die daneben eine Mischung aus Turanismus, nationalistischem Populismus und anti-kosmopolitischer Hetze verband. Ein Parteiflügel namens MILIYETCI TOPUMKULAR - wörtlich übersetzt »National-Sozialisten« - vertrat sogar antikapitalistische Phrasen.

Bürgerkrieg und Islamisierung

Zur ideologischen Festigung kam es 1969, als sich die Partei MHP - Nationale Aktionspartei - nannte. Die Bewegung fungierte vor allem zwischen 1969 und 1971 als nicht-staatliche Miliz gegen die linke Opposition. Die bis heute andauernde enge Verflechtung mit dem staatlichen »Anti-Terror-Apparat« hat hier ihren Ursprung. Die Bewegung schuf sich mit den ÜLKÜ OCAKLARI, (etwa: »Idealistenheime«) eine militante Jugendbewegung, deren Kämpfer sich BOZKURT'LAR nannten: Graue Wölfe. Der Bozkurt war das Totem des vor-islamischen alttürkischen Schamanismus.

Nach dem 1971er Putsch festigte sich die Linke erst in der zweiten Hälfte der 70er wieder. Die MHP, 1977 und '78 an der Mitte-Rechts-Koalition beteiligt, fuhr demgegenüber eine offene Bürgerkriegsstrategie, der bewaffnete Kampf wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Dabei bedienten sich die Faschisten eines Konfliktes, der hauptsächlich in Ostanatolien schwelte: zwischen sunnitischen Moslems und den relativ weltzugewandten Aleviten. Der verselbständigte militärische Apparat erging sich in sinnlosem Morden - mit dem Massaker in Kahramanmaras 1978 als Höhepunkt - und verlor dadurch innerhalb des antikommunistischen Lagers teilweise an Legitimität. 1980 traute sich die Zentrumspartei nicht mehr, mit der MHP zu koalieren, die nun faktisch isoliert war. Doch hatte sie den Putsch entscheidend mit vorbereitet.

Ideologisch vollzog sich ein Wandel hin zum Islam. Nachdem die »reinen« Turanisten ausgeschlossen worden waren, öffnete sich die Partei zunehmend für islamisch-reaktionäre Parolen. Die Kader wurden vor allem in der mittel- und ostanatolischen Provinz rekrutiert. Schlagworte wie »Märtyrertum« und »Heiliger Krieg« wurden benutzt und gleichzeitig die Auserwähltheit des türkischen Volkes als »Schwert des Islam« moslemisch untermauert. In der Partei kam es zum Konflikt zwischen Führungselite und provinzialisierter Basis. Während die Führung regimetreu blieb, äußerten die ÜLKÜCU, die »idealistische« und stärker islamische Basis, Kritik am Regime. Bora vergleicht diesen Prozeß mit den Konflikten zwischen Hitlers Parteilinie und der SA bis 1934.

Verbot und Neuformierung

Der Putsch am 12.September 1980 legitimierte sich als Aktion gegen Terror von links und rechts. Zwar traf dieser Schlag die MHP nicht so hart wie die Linke, doch wurden neun ülkücü gehängt und viele gefoltert. Die Spitzenkader saßen bis zu sechs Jahre im Gefängnis. Tiefgreifend war die ideologische Wirkung und Frustration. AGAH OKTAY GÜNER vom Parteivorstand sagte: »Wir sind die einzige politische Partei der Welt, deren Ideen an der Regierung sind, deren Kader aber im Gefängnis.«

Einige Kader der Partei infiltrierten die wieder zugelassenen Parteien, vor allem die ANAP, Özals Regierungspartei. Besonders in Istanbul wandelten sich die ülkücu zu Mafia-Banden, die bis heute agieren. In der übrigen Bewegung vollzog sich die enttäuschte Abwendung vom Staat als fortschreitende und tiefgreifende Islamisierung der Ideologie. 1983 wurde die Partei als MUHAFAZAKAR PARTI (Konservative Partei) wiedergegründet und 1985 in MILIYETCI CALISMA PARTISI (MCP - Nationale Arbeitspartei) umbenannt. 1987 wurde Türkes wieder zum Präsidenten gewählt. Ende der



Türkische Jugendliche machen den Gruß der »Grauen Wölfe«

Begriffserklärungen:

Bozkurt – Grauer Wolf, schamanisches Totem der vor-islamischen Türken.

Laizismus – weltanschauliche Richtung, die die radikale Trennung von Kirche und Staat fordert.

Pan-Turkismus – Bewegung zur nationalen Vereinigung aller Turk-Völker.

Turan – Gesamtheit der »türkisch« besiedelten Gebiete, als territoriale Einheit Ziel der pan-turkistischen Bewegung.

Ülkü Ocaklari – »Idealistenheime«, Form der Jugendorganisation der MHP.

ülkücu – Idealisten

80er kam es zu heftigen parteiinternen Kontroversen zwischen islamisierten ülkücu und alten faschistischen Kadern.

Seit Beginn der 90er hat sich die faschistische Bewegung in der Türkei erfolgreich modernisiert. Hierzu war Türkes' »Versöhnung« mit dem Staat Voraussetzung. Ein realpolitisches Bündnis mit der islamistischen RP brachte die MCP ins Parlament. Die Zuspitzung des Krieges in Kurdistan, demgegenüber Türkes eine harte Linie forderte, trug weiter zur Etablierung bei. Türkes galt nun als erfolgreicher, »genialer« Politiker, bekräftigt durch sein außenpolitisches Engagement. So begleitete er Anfang 1992 Ministerpräsident Demirel nach Mittelasien und profilierte sich als »weiser Staatsmann«.

Dies verschärfte die Konflikte mit der ülkücu-Basis. Ein Versuch, ihrer Herr zu werden, bestand darin, sie bevorzugt als »patriotische Kader« für die Bekämpfung der PKK vorzuschlagen. So rekrutieren sich die »Anti-Terror-Einheiten« zum großen Teil aus Kadern und Sympathisanten der ülkücu.

Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen gründete der islamisierte Flügel im Sommer 1992 die BÜYÜK BIRLIK PARTISI (BBP - Große Einheitspartei). Die Türkes-Partei, die seit 1993 wieder MHP heißt, besinnt sich indessen auf den puren Turkismus und den Rassismus der Frühzeit. Die Vergötterung des »ewigen« türkischen Staates (*Devlet-i ebed-müddet*) wird wiederbelebt. Es entsteht eine neue Frontstellung gegen den Islam, der nur toleriert wird, sofern er sich der »nationalen türkischen Identität« unterordnet. Islam ist nur als türkischer Islam akzeptabel, ansonstens wird er - insbesondere die Refah-Partei - beschuldigt, die Interessen des arabischen Auslands bzw. des Iran zu vertreten. Im Zusammenhang mit der erneuten Annäherung an den Kemalismus gilt die MHP vielen Kräften des »linken« und übrigen nationalen Spektrums als kleineres Übel gegenüber der Refah und wird somit bündnisfähig.

Modernisierung und Öffnung

Die Modernisierung der MHP weist auffallende Parallelen zur Modernisierung anderer rechter Parteien - beispielsweise in Italien - auf. So vertritt Türkes seit Ende 1994 ein umfassendes neo-liberales Deregulierungskonzept. Der Parteikader wird mit Politprofis aus anderen Parteien, prominenten Journalisten und Industriellen angereichert - und mit »unbedeckten« Frauen, die 1994 sogar bei den Regionalwahlen kandidierten.

Der Modernisierungstrend steht zwar im Widerspruch zur provinziellen Basis, hat aber teilweise auch die ülkücu erfaßt. Die neugegründeten Ocaks machen sich in den Großstädten mit der Kultur der Jugendlichen vertraut. Langhaarige, ohrring-tragende Heavy-Metal-Hörer werden zu Grauen Wölfen; die faschistische Symbolik verbindet sich wie ein modisches Markenzeichen mit dem Pop-Nationalismus der Medien.

Diese Modernisierung und Öffnung für großstädtische Jugendliche ist ein Ansatzpunkt für faschistische Propaganda in westeuropäischen Immigrantengemeinden geworden.

Diese letzten Ausführungen Boras verweisen die deutsche Linke - an die sich die Veranstaltung richtete - auf die eigene Verantwortung. Wir wären schlecht beraten, die jugendlichen Bozkurt'lar nur als »Feinde« zu betrachten, ohne ihre Motivation ernstzunehmen. Neben der Dynamik des Kurdistan-Krieges sind es gerade die antitürkischen Übergriffe deutscher Rassisten, die zum Aufschwung des türkischen Faschismus in Deutschland beitragen. Das erste massive öffentliche Auftreten Grauer Wölfe seit Jahren war bei den Demonstrationen in Solingen 1993 zu bemerken. Bora konnte diesen »deutschen« türkischen Faschismus nicht berücksichtigen. Hiermit muß sich die deutsche Linke auseinandersetzen. ■

»Europaweiter Aktionstag« der MHP in Hague (Niederlande) am 7. Oktober 1995



Die seit Wochen und Monaten betriebene Angriffswelle der als Graue Wölfe bekannten türkischen Faschisten in der BRD hat ein erstes Todesopfer gefordert. Am Abend des 3.9. wurde in Neumünster der aus Bingöl stammende 21 jährige Kurde Seyfettin Kalan erschossen. Zwei weitere Kurden, Mahmut S. und Ahmet S., erlitten durch jeweils mehrere Schüsse z.T. lebensgefährliche Verletzungen, laut »Özgür Politika« gehörten alle drei zum Umfeld der ERNK. Auch einer der Angreifer wurde durch Messerstiche und ein Beil schwer verletzt.

Türkische Faschisten mobilisieren in der BRD

Todesopfer in Neumünster - deutsche Stellen sehen zu

Auffallend die vornehme Zurückhaltung der Polizei gegenüber den türkischen Rechtsextremisten: Kein einziger von ihnen wurde festgenommen; der Todesschütze soll sich später selbst gestellt haben. Getreu ihrem durch die jahrelange antikurdische Politik der Bundesregierung geschärften Feindbild bezichtigte die Polizei in einer sofortigen Pressemitteilung »Kurden« eines Überfalls auf ein »türkisches Lokal«. Nachdem der tatsächliche Ablauf des Vorfalls an die Öffentlichkeit kam, und kurdische und türkische AntifaschistInnen mit einer Mahnwache, Informationsständen und Pressemitteilungen auf die Urheberschaft der Grauen Wölfe hinwiesen, beeilte sich die Neumünsteraner Polizei, in einer eigenen Pressekonferenz zu erklären, sie habe »keinerlei Hinweise auf einen politischen Hintergrund« des Überfalls. Auf Nachfrage versicherte der Sprecher der Polizei, es gäbe keine Erkenntnisse über Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten in Neumünster.

Das ist ganz offensichtlich gelogen: Keine zwei Wochen vor dem tödlichen Vorfall hatte der Alevitische Kulturverein in Neumünster auf einer Pressekonferenz auf die zunehmenden Aktivitäten türkischer Faschisten in Neumünster hingewiesen und vor möglichen Gewalttaten aus deren Ecke gewarnt. Nicht nur Kurden oder vermeintliche PKK-Sympathisanten waren in der Vergangenheit von den Faschisten angegriffen und provoziert worden, ebenso linke und demokratische Türken, Angehörige der alevitischen Glaubensgemeinschaft, ja sogar kleine Schulkinder, die sich weigerten den »Wolfgruß« mitzumachen, wurden bedroht.

Neues Outfit der MHP

Der Vorfall in Neumünster ist nur die Spitze eines Eisberges: In fast allen Gegenden der BRD haben die türkischen Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren erheblichen Zulauf; seit Monaten kommt es zu Angriffen auf Vereine linker und alevitischer Türken und Kurden, bekannte oder vermeintliche Antifaschisten aus der Türkei werden bedroht oder geschlagen.

In Ulm, Bielefeld und Mühlheim wurden Brandanschläge auf kurdische Einrichtungen verübt, bei denen von einer Urheberschaft türkischer Rechtsextremisten auszugehen ist (in der Presse wurden diese Fälle selbstredend dem »kurdischen Terror« zugeschlagen). In Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln sind ganze Stadtviertel unter Kontrolle der Faschisten. Fußballspiele, Hochzeits- oder Beschneidungsfeiern werden zu Parteidemonstrationen umfunktioniert. Nach bestimmten Ereignissen, beispielsweise Fußballänderspielen bildeten Anhänger der Grauen Wölfe in Hamburg, Berlin und Duisburg Autokonvois, die mit türkischen Fahnen und Emblemen der MHP durch die Straßen fuhren. Nationalistische und antikurdische Parolen wurden gerufen, linke Türken und Kurden mit Schußwaffen bedroht, zum Teil gar Warnschüsse abgegeben und linke Einrichtungen oder Einzelpersonen angegriffen.

Nach dem zeitweiligen Verbot der MHP in der Türkei bis zur Mitte der 80er Jahre hatten sich auch hier einige der MHP-nahen Vereine aufgelöst oder an Mitgliedern verloren. In den folgenden Jahren verlagerte sich die Organisierung der MHP in der BRD zum Teil aus den ehemaligen Vereinen heraus in eigene Sportvereine, Clubs, Cafés und sogenannte »türkisch-deutsche Freundschaftsvereine«. Moscheen und Solidaritätsvereine für Aserbaidschan und Bosnien dienen als Rekrutierungsfeld und Tarnorganisationen. Vermutlich dient diese Aufsplitterung nicht allein konspirativen Zwecken, sondern ist Ausdruck einer gewissen Neuorientierung, wie die MHP sie in der Türkei vollzogen hat.

Viele der heutigen MHP-Anhänger gehören zur »zweiten oder dritten Generation«, sind hier geboren oder aufgewachsen und entsprechen in ihrem »outfit« kaum noch dem Bild der MHP der 70er Jahre. Der langhaarige, »freakige« Junge Wolf ist hingegen nicht weniger aggressiv als sein Schnurrbart-tragender Onkel von 1979, wie die Aktivitäten der letzten Monate belegen. Eine Verharmlosung der Grauen Wölfe als »unpolitische, deklassierte Jugendliche«, wie der deutsche Staat sie gegenüber deutschen Neonazis betreibt, verkennt die Stärke der MHP. So nahmen am 26. November 1994 in Sindelfingen über 10.000 MHP-Anhänger an der Jahreshauptversammlung der Türk-Federation teil. Ihr Führer Alparslan Türkes wurde hier mit »Führer befiehl, wir folgen« empfangen wurde. Als Ehrengast nahm auch der Botschafter teil, Ministerpräsidentin Ciller ließ Glückwünsche übermitteln.

So wie die MHP in der Türkei als ein Arm der Kontraguerilla fungiert und heute wichtige Teile des »Sicherheitsapparates« kontrolliert, ist auch in Europa davon auszugehen, daß die verschiedenen Tarnorganisationen als Aktionsbasis für den türkischen Geheimdienst MIT dienen. Bereits Anfang der 80er Jahre, als die türkische Exil-Linke gegen das Militärregime in der Türkei mobilisierte, gab es eine Reihe von Ereignissen - Paketbomben an türkische Arbeitsemigranten oder eine im Schließfach abgestellte »Bombe« im Hamburger Hauptbahnhof, angeblich von der PKK plaziert - die auf Provokationen des MIT schließen ließen.

Auftrieb durch die offizielle türkische Politik...

Ihren gestiegenen Masseneinfluß verdanken die Grauen Wölfe auch der Tatsache, daß sie am radikalsten das vertreten, was von Presse, Fernsehsendern, Konsulaten und ihnen angeschlossenen Vereinen, Schulen usw. täglich an türkisch-nationalistischer Propaganda und Mobilisierung betrieben wird. Hierzu zählt die aggressive Spendenwerbung für die türkische Armee,

Videoclips MHP-naher Sänger vor oder nach Fußballspielen, Rap-Gruppen wie »Karakan« oder jetzt »Cartell«, die mit ihren Texten zur türkisch-nationalistischen Mobilisierung beitragen, selbst wenn sie selbst nicht als faschistisch zu bezeichnen sind.

Die türkische Linke, durch den Militärputsch von 1980 ohnehin geschwächt, konnte oder wollte diesem Chauvinismus bislang nichts entgegensetzen. Während ein Teil dazu neigt, die türkisch-nationalistische Stimmung der Jugendlichen hier als Reaktion auf den deutschen Rassismus zu entschuldigen, beschäftigen sich andere Gruppen vor allem mit ihrer eigenen Krise. Initiativen wie der Türkisch-Kurdische Freundschaftsverein in Köln, der sich diesem nationalistischen Trend entgegenstellt, werden von offiziellen türkischen Stellen scharf angegriffen und auch von einigen Linken als »Kurdenfans« verächtlich gemacht. Die türkisch-nationalistische Front schließt auch Sozialdemokraten wie Hakki Keskin, Mitglied im Hamburger Parteivorstand der SPD und Sprecher des »Bundes türkischer Einwanderer« ein. Vor zwei Jahren gehörte er zu den Organisatoren und Rednern einer antikurdischen Massendemonstration in Hamburg, aus der heraus MHP-Anhänger zahlreiche kurdische und linke Läden zertrümmerten.

... und Schürung durch deutsche Politik

Die deutsche Politik hat gleich in mehrfacher Weise zum Erstarken der türkischen Faschisten beigetragen:

➤ Natürlich ist der vehemente Nationalismus türkischer Jugendlicher hier *auch* Reaktion auf den täglich erlebten Rassismus der deutschen Gesellschaft, auf die Ausgrenzung und die Mordanschläge, die ihnen eine gesicherte Lebensperspektive hier verschließt. Erste Massenauftritte nach 1990 hatten die Grauen Wölfe während der Protestaktionen gegen die Brandanschläge von Mölln und Solingen.

➤ Ebensowenig ist die Duldung und Verharmlosung des türkischen Rechtsradikalismus durch die BRD Zufall, sondern entspricht der staatlichen Haltung gegenüber deutschen Nazis. So wie die türkische Armee als Nato-Waffenbruder von der Bundeswehr ausstaffiert und unterstützt wird, genießt (natürlich) der MIT als »befreundeter Dienst« die bevorzugte deutsche Gastfreundschaft. Nach dem Verbot der PKK durch Innenminister Kanther im November 1994 meldete die türkische Presse stolz, daß die türkische Regierung (mit Duldung der BRD) eine große Anzahl »spezieller Sicherheitskräfte« entsandt hätte, um hier den Kampf gegen den »kurdischen Terror« effektiver zu führen.

➤ Nicht zuletzt hat auch die antikurdische Politik der Bundesrepublik, die Verbote kurdischer Vereine, Verlage, Publikationen bis hin zu kurdischen Symbolen und Fahnen und die Pressehetze den türkischen Rechtsradikalen erheblichen Auftrieb verschafft, da sie sich von höchst-offizieller Seite bestätigt sehen. Die von der deutschen Polizei (auch auf türkisch) verbreiteten Aufrufe zur Denunziation »terroristischer Kurden« schaffen den türkischen Rechtsradikalen ganz neue Aktionsmöglichkeiten. Kommentatoren der türkischen Presse rufen nach einer Bewaffnung der Türken in der BRD. Hermann Regensburger, Mitarbeiter des bayerischen Innenministeriums, schlug die Aufstellung »freiwilliger Wächter« durch türkische Jugendliche vor, die nach einer 40-stündigen Ausbildung mit »Wächterausweis«, Armbinde, Funkgerät und Tränengas ausstaffiert werden sollten, um dann als Hilfstruppe der Polizei eingesetzt zu werden.

Die genannten Maßnahmen erleichtern nicht allein Kontrolle und schärfere Repression kurdischer *und* türkischer Oppositioneller, sondern sind zugleich ein Schritt in Richtung einer Ethnisierung sozialer Probleme, wie sie in den USA längst praktiziert wird. Das Anlegen von »Kurdenkarteien« durch massenhaftes Sammeln von Videoprints abgefilmter kurdischer Demonstrationen, sowie die Schaffung »kurdenfreier Zonen« (etwa am Hamburger Hauptbahnhof) sind bereits gefährliche Schritte in diese Richtung.

Fehler und Perspektiven

Allerdings haben auch die zahllosen Anschläge gegen türkische Läden, Einrichtungen und Privatwohnungen, die in den vergangenen Jahren periodisch verübt wurden, erheblich zur Schaffung des angespannten Klimas beigetragen. Deshalb würde mensch am liebsten schlußfolgern, sie gingen einzig auf das Konto deutscher Rechtsradikaler oder des türkischen Geheimdienstes. Obgleich sich PKK und ERNK wiederholt von diesen Anschlägen distanziert haben, gibt es auch schwammige Formulierungen: »Einige der Aktionen könnten die Reaktion unseres Volkes sein«.

Selbst das Bundeskriminalamt gibt in einer Antwort auf die Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke nach der Urheberschaft der antitürkischen Anschläge zu,

3»Wir sind die türkischen Nazis«

Meint Ihr, es sei wichtig, daß sich jeder einer Nation zuordnet, als Deutscher, Türke, Kurde usw.?
A: Natürlich ist das wichtig.
B: Ich bin stolz, daß ich ein Türke bin.
C: Ich auch.
Was ist denn das besondere an den Türken?
B: Das Osmanische Reich war ein schönes großes Reich, man hat ja fast ganz Europa gehabt, halb Europa.
Und was haltet Ihr von den Kurden? Die betonen ja von sich selbst auch, daß sie kämpferisch und mutig sind?
A: Ja mutig, guck mal, die wollen von der Türkei ein Land haben, aber die kriegen das nicht. Auch hier in Deutschland, guck mal, die haben uns provoziert, die wollten Streit haben und deswegen ist jetzt einer weg von denen *(gemeint ist der erschossene Seyfettin Kalan, d.Red.)*. Da haben die doch selber Schuld.
Der Rassismus der Deutschen richtet sich ja gegen Euch alle, egal ob Kurde, Türke oder sonst was. Warum kämpft Ihr denn da untereinander?
A: Das Ganze hat ja in der Türkei angefangen, das sind PKK-Anhänger, die wollen unseren Staat zerteilen, zerbröckeln.
Was habt Ihr denn für ein Verhältnis zur Türkei, meint Ihr, daß Ihr eines Tages zurückgehen werdet?
A: Nee, ich bin hier geboten, ich bleib' hier.
B: Ich auch.
C: Ich bleib' hier, weil ich mich in der Türkei nicht wohlfühle.
Wenn es jetzt einen Aufruf geben würde, es würden Leute gesucht, die gegen die PKK kämpfen...?«
A: Natürlich würde ich dahingehen - freiwillig! Ich würde dahin laufen.
B: Ja klar, für mein Vaterland würde ich alles tun. Wenn sie zweijährige Kinder fragen würden, die würden sogar auch mitkommen.
Und was haltet Ihr von den Grauen Wölfen?
A: Ich bin ja einer.
B: Ich auch.
C: Mir ist das egal welche Partei, hauptsache Türke.
Was bedeutet das Symbol eigentlich ?
A: Guck mal der Graue Wolf ist wie ein Nazi...
C: ...nur für die Türkei.
D: Was erzählst Du denn da? Das ist doch das, was sie hören wollen.
A: Das ist 'ne Partei, daß wir dem Vaterland irgendwie dienen und so weiter. Die deutschen Nazis sind auch stolz, daß sie Deutsche sind, und wir sind stolz, daß wir Türken sind. Und deswegen bin ich ein Grauer Wolf.
Hast Du mehr gegen deutsche Nazis oder mehr gegen PKK'ler? Welche sind schlimmer?
A: Die PKK, ich hasse die PKK!
Was empfindest Du denn dabei, wenn zum Beispiel ein Kurde hier seine Fahne zeigen würde, kriegst Du dann Haß?
A: Die Fahne existiert doch gar nicht, was ist denn das? Das ist 'ne kommunistische und jüdische und einfach so gemischte Fahne.

(Auszug aus einem Interview mit türkischen Jugendlichen aus dem Umfeld der Grauen Wölfe in Neumünster)

daß es nur bei zwölf von 139 Anschlägen (von Februar bis April dieses Jahres) Verdachtsmomente in Richtung auf eine Täterschaft aus dem PKK-Umfeld hat. Die PKK trägt mit ihrer nicht immer eindeutigen Haltung jedoch zur Verunsicherung bei und liefert Munition für diese antikurdische Koalition. Anschläge gegen ausländische Läden und Büros, selbst wenn deren Inhaber aus dem MHP-Umfeld stammen sollten, sind absolut schädlich, da sie von der Mehrheit der deutschen und türkischen Öffentlichkeit durch nichts von rassistischen Anschlägen deutscher Neonazis zu unterscheiden sind. Es ist verlogen, wenn sich Sprecher der PKK hinter »spontane Reaktionen« »unseres/ ihres Volkes« verschanzen, da sie sonst keine Gelegenheit auslassen zu betonen »Das Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk«.

Deutsche AntifaschistInnen machen sich unglaubwürdig, wenn sie verunsichert abwarten und schweigen, anstatt lautstark und unmißverständlich alle Gewaltakte gegen Personen und Geschäfte von Minderheiten zu verurteilen, egal ob es sich bei den Opfern um Kurden, Türken, Aleviten, Juden, Portugiesen oder Chinesen handelt. ■

Italien

Regierung und Faschisten Hand in Hand

Die italienische Gesellschaft erlebt derzeit einen Rechtsruck. In der Presse wird tagtäglich gegen ImmigrantInnen gehetzt, Fackelzüge gegen »Zuwanderung« werden veranstaltet, Gruppen von Naziskins agieren als quasi-legitimierte rassistische Bürgerwehr. Ab und zu erscheint die Polizei gerade noch rechtzeitig, um Baseballkeulen, Schlagstöcke, Eisenrohre Messer oder Ketten einzusammeln. Die Regierung reagiert mit dem Versuch, Berlusconis Forza Italia und der faschistischen Alleanza Nationale (AN) in nichts nachzustehen, und ImmigrantInnen das Leben so schwer wie möglich zu machen.Im September verhalf die Regierungspartei Lega Nord einem Gesetzentwurf der AN im Senat zur Mehrheit. Demnach sollen ImmigrantInnen an der Grenze künftig ein Gesundheitszeugnis vorlegen, ebenso wie eine Bescheinigung über gute Führung im Heimatlande.

Mittlerweile hat sich der rassistische Kurs im gesamten Regierungsbündnis aus sozialdemokratischer Partei (PDS), der Volkspartei PPI und der Lega Nord durchgesetzt. Mitte Oktober einigte sich das fälschlicherweise als »Mitte-Links-Koalition« bezeichnete Bündnis auf eine drastische Verschärfung der Ausländergesetzgebung. Durch eine Verfassungsänderung sollen verurteilte ImmigrantInnen schnell abgeschoben werden. Widerspruch gegen den Abschiebebescheid soll zwar zugelassen werden, jedoch keine aufschiebende Wirkung haben. Erstmal wird abgeschoben. Wer einer Straftat verdächtigt wird, muß mit »Schutzhaft« bis zu 30 Tagen rechnen, so sie/er nicht BürgerIn der Europäischen Union ist. Die faschistische Nationale Allianz applaudiert natürlich und sieht ihre Saat des Hasses voll aufgehen. Nur von linker Seite - aus Reihen von grünen und katholischen Organisation - gibt es Kritik an der repressiven Regierungspolitik: Demonstrationen werden veranstaltet und eine Unterschriftenkampagne »Zerstört nicht den Rechtsstaat« durchgeführt.

Lettland

Rechtsextreme regieren mit

Die rechtsextreme Partei VOLKSBEWEGUNG FÜR LETTLAND des Deutschen JOACHIM SIEGERIST ist bei den Wahlen am 1.Oktober drittstärkste Kraft geworden und wird vermutlich an der Regierung beteiligt sein. Drei Linksparteien sind mit der Partei des ehemaligen *Bild*- und *Hörzu*-Journalisten eine Koalition eingegangen, und Siegerist winkt eventuell gar ein Ministerposten.

Der aus Hamburg stammende Deutsche hatte sich in der BRD an der Konservativen Aktion und Den Deutschen Konservativen beteiligt, Kundgebungen für Rudolf Heß organisiert, Willy Brandt als »Vaterlandsverräter« und Roma und Sinti als »mieses Zigeunerpack« oder »Gesindel« bezeichnet. Ebenso hetzte er gegen »fanatische Juden in Israel und einzelne Strolche im jüdischen Weltkongreß«.

1991 zog er nach Riga und wurde unter dem Namen Joahim Zigerists Mitglied der LETTISCHEN BEWEGUNG DER NATIONALEN UNABHÄNGIGKEIT, die ihn mittlerweile ausschloß, weil er sein Mandat im Parlament kaum wahrnahm. Wahlkampfthemen des »kleinen Hitler« waren Kommunistenhatz und das Schüren der Angst vor »Überfremdung«. Dabei spricht Siegerist selbst kein lettisch, Interviews muß er immer mit Hilfe eines Dolmetschers führen. Im Gegensatz zu den in Lettland lebenden Menschen aus Rußland, der Ukraine und Belorußland besitzt er dennoch die lettische Staatsangehörigkeit. Der Grund: Verwandte von ihm lebten 1940 in Lettland.

Spanien

Anti-Antifa-Liste

Die Nazi-Gruppe »GESCHORENE KÖPFE« hat eine Auflistung von 100 mißliebigen Personen erstellt und verbreitet.

Die »schwarze Liste« der »anormalen Seperatisten« und »Anarchistenschweine« wurde im August in der Zeitung CIRROSIS abgedruckt. Neben Name und Adresse beinhaltet sie auch den ausgeübten Beruf sowie den Familienstand der Betroffenen.

Schweden

Neue Taktik

Wie eine Geschichtswissenschaftlerin im August gegenüber der Tageszeitung *Arbetet Nyhetera* mitteilte, gründen schwedische Neonazis zunehmend Frauen- und Jugendorganisationen oder sammeln sich in lokalen Gruppen. Durch diese Taktik gelinge es den Nazis, erheblich an Einfluß zu gewinnen und sich neben rechtsextremistischen Parteien eine zweite Organisationsform zu geben.»Die neuen Gruppen arbeiten wie Befreiungsbewegungen«, so die Historikerin, »wenn sich eine Organisation auflöst, stehen andere Gruppen bereit, die die Aktivitäten fortführen«. Insgesamt sei davon auszugehen, daß schwedische Neonazis zukünftig verstärkt im Untergrund arbeiten werden.



Szenen des Überlebenskampfes der II. Republik

Wenn am 17. Dezember 1995 in Österreich gewählt wird, dann kann mit einem Kopf an Kopf-Rennen der drei großen Parteien gerechnet werden. Die zerstrittenen Koalitionspartner, die sozialdemokratische SPÖ und die konservative ÖVP, liegen in den Umfragen zwischen 29% und 30% (SPÖ) auf Platz 1 und mit 26%-28% der Stimmen (ÖVP) auf Platz 3. Dazwischen bewegt sich die Partei des smarten neofaschistischen Demagogen JÖRG HAIDER. Seinen FREIHEITLICHEN werden 28%-29% prognostiziert. Eine Regierungsbeteiligung der Haider-Partei und ihrer zahlreichen eindeutig neonazistischen Funktionäre ist nicht mehr auszuschließen. Alles scheint von der Partei WOLFGANG SCHÜSSELS, der ÖVP, abzuhängen. Die ÖVP hatte die Koalition vorzeitig aufgekündigt, da man sich mit der SPÖ nicht über den Haushalt einigen konnte. Ansonsten versuchte die Partei seit ihren Stimmverlusten bei den letzten Wahlen, ihr Law and Order-Profil zu schärfen und ist nach rechts gerutscht. Sie benutzte insbesondere die neofaschistischen Briefbombenattentate, um eine Verschärfung der Gesetze und Ausweitung der polizeilichen Befugnisse zu fordern. Doch nicht nur eine inhaltliche Annäherung beider Parteien ist festzustellen, von höchster Stelle werden auch die guten Beziehungen zum braunen Sumpf der Alpenrepublik gefestigt.

Der ÖVP-Verteidigungsminister WERNER FASSLABEND sprach höchstpersönlich als Festredner auf der Veteranenfeier der ehemaligen Soldaten der Waffen SS auf dem Ullrichsberg in Kärnten. Hier versammeln sich alljährlich Tausende alte und junge Anhänger des Nationalsozialismus. Ihnen müssen besonders die Worte des 3. Nationalratspräsidenten von der F-Partei einen wohligen Schauer durch den Brägen *(was immer dieses österreichische Wort auch bedeuten mag... Anm. d. Red.)* getrieben haben, als er sie »Extremisten des Friedens« nannte, die einzig und allein ihre Heimat verteidigt hätten. Die Liebe zwischen dem rechten Teil der ÖVP und dem Haider-Mob ist schon seit Jahren offenkundig, entfaltete sich jedoch erst einmal in einer gemeinsamen Landesregierung in Kärnten.

Doch nicht die ÖVP setzt die Akzente, sondern Haider. Die FREIHEITLICHE BEWEGUNG (F) prägt den Wahlkampf, sie gibt die Themen vor. Wie besipielsweise den sogenannten Kulturkampf gegen die aufklärerische Kunst im Lande, der von den Haider-Mannen mit Demagogie und viel Pathos geführt wird. Die F treibt die bürgerlichen Parteien vor sich her. Sie ist Nutznießer der Zerstrittenheit der Bürgerlichen und wird so oder so mit am Tisch sitzen, wenn der neue Koalitionsvertrag ausgehandelt wird. Entweder als Verhandlungsmasse in den Händen der ÖVP, die drohen kann, mit der F zusammenzugehen, oder als direkter Partner der ÖVP.

Zwar nicht vorhanden, aber gerade deshalb erwähnenswert: eine außerparlamentarische Kraft, die Haider stoppen könnte - so hängt alles von den Bürgerlichen ab, die ihr Fähnlein nach dem Winde richten - Alpengruseln.

Neue Briefbomben

Wie schon vor den letzten Nationalratswahlen gehören auch diesmal Briefbomben zur unvermeidlichen Wahlkampfmunition. Die Briefbomber führen einen scheinbar unfähigen Polizeiapparat der Öffentlichkeit vor und versenden beizeiten, wohlkalkulierend, ihre explosive Post. Während vor dem Wiener Landesgericht noch rumgerätselt wird, wer die erste Serie der Briefbomben zu verantworten hat, detonierten erneut zwei weitere Bomben.

Daß die Briefbomben Haider im Wahlkampf nicht schaden, steht seit der letzten Wahl fest, als die Bomben vier Tage vor der Wahl eintrafen und die FPÖ ihr Rekordergebnis von beinahe 23 % einfuhr. Haider, der gerichtlich bestätigt als »Ziehvater des rechtsextremen Terrors« bezeichnet werden darf, polterte los und erklärte dummdreist, daß es komisch sei, denn immer wenn die SPÖ Probleme habe, dann gäbe es Bomben. Da mittlerweile offenkundig ist, daß aus dem Polizeiapparat und auch aus dem Innenministerium vertrauliche Informationen in die rechtsextreme Szene sickern, ja Kreise dort die Ermittlungen sabotieren, wurde der Innenminister CASPAR EINEM (SPÖ) nach Ursachen befragt. Nach seiner Theorie handele es sich bei den Briefbombenattentäter entweder um einen Einzeltäter oder eine Verschwörung mit Putschabsichten!

Briefbombenprozeß in Wien

Seit dem 11. September wird vor dem Landesgericht Wien in Sachen Briefbomben verhandelt. FRANZ RADL, PETER BINDER und ALEXANDER WOLFERT werden beschuldigt die erste Serie von 10 Briefbomben im Dezember 1993 ausgeführt zu haben. Geladen sind sowohl die Opfer als auch die gesammelte Riege des österreichischen Neofaschismus, Jörg Haider ausgenommen. Der Umstand, daß die Ermittlungen äußerst schlampig geführt wurden, läßt an einer Verurteilung in Sachen Briefbomben zweifeln. Fest steht dagegen eine Verurteilung nach dem zweiten Anklagepunkt, dem Verstoß gegen das NS-Wiederbetätigungsgesetzes - das räumen die Angeklagten Radl und Binder ein. Beobachter rechnen damit, daß der Prozeß weitaus länger als geplant dauern wird - mindestens bis Weihnachten 1995.

Schon zu Beginn des Vefahrens berichtete die Presse über eine gemeinsame Ver-

einsmitgliedschaft des vorsitzenden Richters FRIEDRICH FISCHER und des österreichischen Anti-Antifa-Spezialisten GÜNTHER REHAK. Es wäre sicherlich keine Schlagzeile wert, wenn im österreichischen Vereinsleben ein Richter im selben Verein wie ein Nazi sitzt (das kommt zu oft vor), wenn nicht eben jener Rehak über einen Dauerbesuchsschein für den Angeklagten Franz Radl verfügen würde. Rehak ist einer der profiliertesten Hetzer der Rechten. Seine Theorie: Die Opfer hätten sich die Bomben selbst geschickt oder gar die Antifa stecke dahinter.

Daß das nicht der einzige Ausdruck österreichischer »Gemütlichkeit« in einem solchen Prozeß bleiben kann, gilt nicht nur unter Satirikern als sicher. Bei dem Elektronikingenieur Peter Binder fand die Polizei im Rahmen einer Hausdurchsuchung eines der größten Waffenlager von Neonazis nach dem II.Weltkrieg. Den Anklagepunkt der Ansammlung von Kampfmitteln räumt Binder freimütig ein, denn mögliche Spuren zu den Briefbomben sind längst verwischt. Einige Beweisstücke aus dem Waffenlager, darunter ausgerechnet die Explosivas, können nicht in das Verfahren eingebracht werden, denn die hat die Polizei vorsorglich schonmal entsorgt. Ein Lump, wer Böses dabei denkt.

Für die Verteidigung sind diese Ermittlungsfehler natürlich ein gefundenes Fressen. Dabei braucht sie sich nicht nur auf die offensichtliche Schlamperei verlassen, sondern erhält zusätzliche Unterstützung durch ein offizielles Gerichtsgutachten über die Sprengkraft der Briefbomben, das behauptet, diese seien nicht tödlich gewesen. Dagegen lief das prominenteste Opfer, der frühere Wiener Bürgermeister ZILK Sturm. Er sagte vor Gericht aus, daß es allein seiner Frau zu verdanken sei, daß er noch am Leben sei - sie holte Hilfe, als seine Hand von einer Briefbombe zerfetzt wurde und stark blutete.

Glanzleistungen werden dem vorsitzenden Richter in der Prozeßführung nachgesagt. Bei der Befragung eines Zeugen ist folgender Wortlaut überliefert: Richter: »Wo wohnen Sie?« Zeuge: »In einer Wohnung.« In diesem Stil befragte Fischer bisher eine große Zahl von Nazizeugen, ohne wesentlich ergiebigere Antworten erhalten zu haben. Es lag nicht daran, daß gerade mal die Hälfte der Geladenen überhaupt erschienen, sondern an der Tatsache, daß sich alle Nazizeugen auf das Recht auf Aussageverweigerung berufen konnten. Es gilt ein Passus, nach dem der Zeuge die Aussage verweigern kann, wenn er irgendwann einmal eventuell wegen der Aussage ein Strafverfahren bekommen könnte.

Von einiger Brisanz war hingegen eine Aussage des Nazi-Aussteigers INGO HASSELBACH. Er weigerte sich aufgrund der zahlreichen Drohungen, nach Wien zu kommen und machte seine Aussage in Berlin. Er sagte aus, daß in einem Bunker bei Berlin (gemeint ist höchstwahrscheinlich der PRIEM-Bunker bei Groß-Köris) Briefbombenkurse gegeben worden seien. Es seien auch Österreicher, unter ihnen Peter Binder, mit von der Partie gewesen. ■

Jörg Haider, Chef der Freiheitlichen: Bald in Österreichs Regierung?



Mordwaffe von Oberwart gefunden

Am 6. April 1995 wurde der 37-jährige Musiker Raimund Friedl in Oberwart/Innkreis auf offener Straße erschossen. Fast alle Hinweise sprachen dafür, daß Friedl Opfer einer Verwechslung wurde, erwischen sollte es den Journalisten Wolfgang Purtscheller, der den Nazis wegen seiner Ermittlungen in Sachen Briefbomben ein Dorn im Auge war.

Die Polizei tappte offiziell im Dunkeln und bestreitet bis heute jeden Zusammenhang mit einem fehlgeleiteten Anschlag gegen Purtscheller (siehe Info 30). Nun kam heraus, daß die Mordwaffe bereits vier Tage nach der Tat aufgefunden wurde - und zwar am tschechisch-deutschen Grenzübergang Zinnwald. Die geladene 9mm Pistole der Marke »Star« befand sich im Besitz der Brüder Karl (22) und Peter (20) WIMMER aus dem Innviertel. Karl Wimmer war am morgen des 7. April nicht in die Kaserne zurückgekehrt und galt als fahnenflüchtig. Er erzählte, daß er zusammen mit seinem Bruder auf dem Weg nach Dresden gewesen sei und unterwegs die Waffe von einem Unbekannten abgekauft hatte.

USA:

Auch mehrere Wochen nach der Anschlag auf den Langstreckenzug »Sunset Limited« in der Wüste Arizonas, zu dem sich eine bisher unbekannte Gruppe namens »Sons of Gestapo« (Söhne der Gestapo) bekannte, hält die restriktive Informationspolitik des FBI bezüglich möglicher Tätergruppen und deren Verbindung ins rechtsextreme Spektrum an. Die Gerüchte und Spekulationen über Tatmotive und Täter reichen von einem Racheakt eines entlassenen Mitarbeiters der Bahngesellschaft, einem Bandenkrieg zwischen zwei Drogenkartellen - da die Bahnstrecke nach Los Angeles als beliebte Drogentransportroute gilt - bis hin zu einem weiteren Racheaktion für Waco aus dem Umfeld der paramilitärischen Citizens' Militias, den Bürgermilizen. Doch auch bekannte antifaschistische Forschungs- und Dokumentationszentren wie das »Center for Democratic Renewal« (Zentrum für demokratische Erneuerung) in Atlanta, können momentan nur Vermutungen über die Täter anstellen.

»In Arizona gab es schon immer aktive Gruppen weißer Rassisten. Aber wir wissen nicht genug über die Täter - es können faschistische Skinheads, paramilitärische Bürgermilizen, aber auch einfach ein Verrückter gewesen sein,« so Maryann Mauney, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Centers.«Das Bekennerschreiben und die Literatur, die am Tatort gefunden wurden, sind ihrem Inhalt nach allerdings eher dem Umfeld der rechtsgerichteten Militias zuzuordnen.« Wie überall in den USA, ist auch im Bundesstaat Arizona die Zahl der Bürgermilizgruppen und anderer rechtsextremer Organisationen in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Mehr als 50 Gruppen, mit so vertrauenserweckenden Namen wie z.B. »Arizona Patriots«, operieren in Arizona.

Anfang der 80er Jahre hatten die Bürgermilizen in Arizona und New Mexico mit ihren Aktionen gegen »illegale MigrantIn-

»Sons of Gestapo«



Nazis in den USA

nen« an der Grenze zu Mexiko letztmalig die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffent lichkeit und der Medien erregt. Bei sog. »Light up the Border«-Kampagnen standen hunderte von Milizanhängern mit aufgeblendeten Autoscheinwerfern auf der US-amerikanischen Seite der Grenze und machten Jagd auf alle MexikanerInnen und LateinamerikanerInnen, die versuchten, den Stacheldrahtzaun zu überqueren. Mehr als einmal wurden bei den Verfolgungsjagden »Illegale« von Milizmitgliedern erschossen, doch sympathisierende AnwohnerInnen und Sheriffs verhinderten in den meisten Fällen die Aufklärung der Morde.

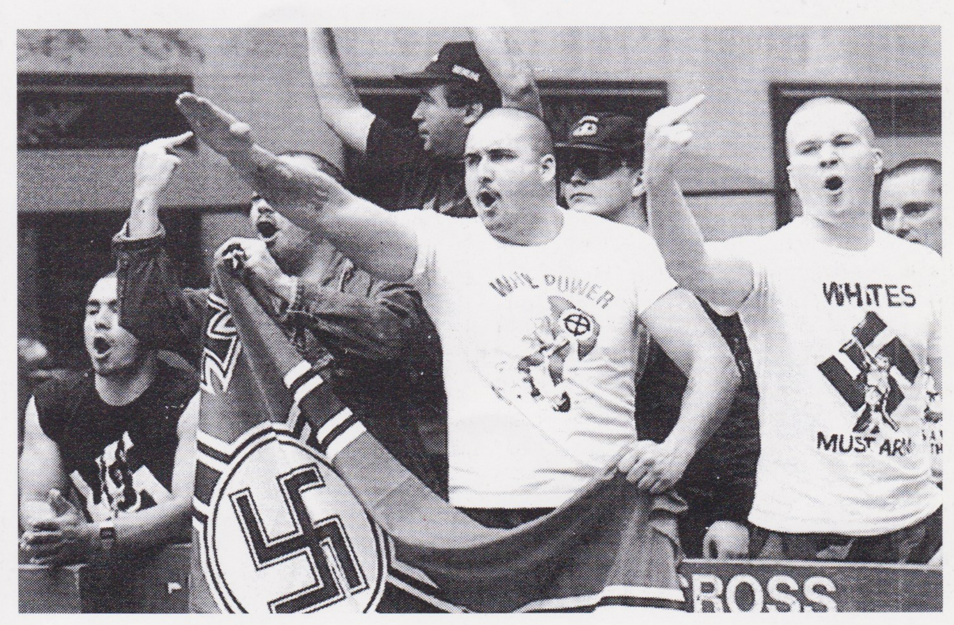
Die Existenz der rechtsgerichteten Bürgermilizen und deren militärische Stärke sind einem Großteil der US-Öffentlichkeit erst nach dem Bombenanschlag von Oklahoma City im April dieses Jahres bewußt geworden, bei dem 167 Menschen starben und mehrere hundert Menschen verletzt wurden. Mittlerweile haben die gerichtlichen Voranhörungen gegen die beiden Hauptverdächtigen von Oklahoma City begonnen. Timothy McVeigh und Terry Nichols stammen aus dem Umfeld der paramilitärischen Milizen; McVeigh bezeichnet sich als »Kriegsgefangener«. Obwohl die organistorischen Verbindungen noch lange nicht aufgedeckt sind, ist das Thema »weiße Militias« eben nicht so »sexy« wie der O.-J.-Simpson-Prozeß, so daß die Berichterstattung der überregionalen Medien sich mittlerweile auf 20-Zeilen Artikel beschränkt.

Nach Ansicht des Centers for Democratic Renewal sind die paramilitärischen Bürgermilizen der 90er Jahre jedoch als Nachfolgeorganisationen des in den 70er und 80er Jahren insbesondere in den Farmstaaten des Mittleren Westens aktiven Posse Comitatus und der legalen Naziorganisation »Aryan Nations« entstanden. Ideologie und Organisierung beruhen auf einer tiefen Ablehnung der Bundesregierung in Washington DC und aller Bundesbehörden, auf Rassismus und Antisemitismus sowie auf der Opposition gegen jegliche Einschränkung des Waffenkaufs und -besitzes, der »gun control«. Besonders beliebt sind Verschwörungstheorien über angebliche Vorbereitungen für eine totale Diktatur Washingtons in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, die beide vom »Weltjudentum« gesteuert würden. Sowohl der inzwischen bedeutungslose Posse Comitatus als auch die »Aryan Nations« setzten parallel zur Propaganda auch auf bewaffneten Terror. Bei Auseinandersetzungen zwischen Posse Comitatus Mitgliedern und Polizeibeamten kam es immer wieder zu tödlichen Schüssen; der inoffizielle bewaffnete Arm der Aryan Nations, »The Order«, verübte bis zu seiner Zerschlagung 1985 durch das FBI mehrere Mordanschläge und Banküberfälle. Einige der heutigen Milizführer, wie Jack McLamb von den »Arizona Patriots« und John Trochmann von der »Militia of Montana«, verfügen über gute Kontakte zu den Ideologen des Posse Comitatus und dem militärischen Arm der »Aryan Nations« *(siehe auch Antifa Info-Blatt Nr. 30 und 31 für Details).*

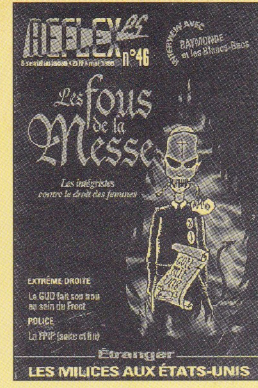
Besonders besorgt zeigen sich BeobachterInnen über das Ausmaß des Waffenarsenals, daß den Milizen mittlerweile zur Verfügung steht. Ein Ergebnis des staatlichen Verkaufsverbots von schweren Angriffswaffen, das 1994 als »gun control« Gesetz verabschiedet wurde, sei, daß sich die Milizen kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes mit den tödlichsten Waffen auf dem Markt eingedeckt haben, meinen einige AntifaschistInnen.

Lösungsansätze gegen den rechten Terror sehen die meisten Bürgerrechtsorganisationen jedenfalls nicht in weiteren Gesetzesverschärfungen aus Washington D.C.. Denn, so eine Mitarbeiterin der Zeitschrift »Covert Action Magazine«:«Das eigentliche Thema sind die Wechselbeziehungen zwischen der Propaganda der Militias und der Politik der Republikanischen und Demokratischen Partei sowie der rassistische und konservative Roll-back in der US-Gesellschaft«. ■

Provozierende US-Nazis beim Lesbian & Gay Pride March, New York, Juni 1995



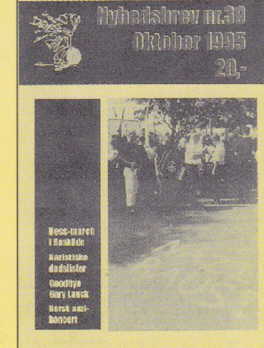
Antifaschistische Zeitungen
Überall gern gelesen!



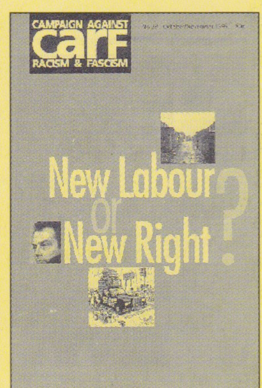
Reflex, Frankreich



Monitor, Norwegen



Nyhedsbrev, Dänemark



Carf, England



Lotta dura, Österreich

Expo, Schweden und Searchlight aus England